



www.MinisterieVanPropaganda.org

WALTER ULBRICHT
ZUR
GESCHICHTE
DER NEUESTEN
ZEIT

Mit 13 Faksimiles

1.-50. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1955 · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten · Typographie: Dietz Entwurf · Einband: Hans Kurzhahn · Papierformat: 61×86 cm · Autorenbogen: 25 · Druckbogen: 28,25 · Lizenznummer 1
Druck: Karl-Marx-Werk, Pößneck, V 15/30

VORWORT

Dieses Buch behandelt die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Berlin und im östlichen Teil Deutschlands. Es ist der erste Halbband einer Arbeit, die die neueste Geschichte Deutschlands, also die Zeit von 1945 bis 1955, umfassen soll.

Dieses Buch ist den heroischen Kämpfern der Sowjetarmee gewidmet, denen das deutsche Volk die Befreiung vom Faschismus zu verdanken hat, und auch den namenlosen Helden des illegalen antifaschistischen Kampfes. Es ist den unzähligen Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Intelligenz und anderen Werktätigen gewidmet, die in opfervoller Arbeit den Grundstein zu einem neuen Deutschland gelegt haben.

Dieses Buch gibt Zeugnis von der Kraft und den Fähigkeiten des deutschen Volkes, das imstande war, in einem Drittel Deutschlands unter der Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse die Wurzeln des deutschen Faschismus und Imperialismus auszurotten und eine neue, wirklich demokratische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Dieses Buch möge dazu beitragen, der Arbeiterklasse, den werktätigen Bauern und allen Friedensfreunden im Westen unserer Heimat zum Bewußtsein zu bringen, welche große Kraft das werktätige Volk besitzt, wenn es einig ist und wenn in seinen vordersten Reihen eine Partei der Arbeiterklasse kämpft, die sich von der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus leiten läßt.

Dieses Buch möge der deutschen Jugend zur Lehre dienen, damit sie mutig das Errungene verteidigt, für die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat kämpft und durch ihre eigene Leistung zur Entwicklung der neuen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik, zur Mehrung des Wohlstandes des Volkes und zur Entwicklung seiner Kultur beiträgt.

In den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, die selbst am großen Aufbauwerk mitgewirkt haben, wird das Buch manche stolze Erinnerung wachrufen, aber auch Zusammenhänge erklären, die in der täglichen Arbeit schwer zu erkennen waren. Möge es in ihnen das Vertrauen in die Gerechtigkeit unserer Sache stärken und sie zu neuen großen Leistungen begeistern.

*

Für die Mitarbeit an diesem Buch sei besonders Professor Hans *Schaul* und Hans *Vieillard* gedankt, ebenso den Freunden, die durch Mitteilung eigener Erlebnisse und Zurverfügungstellung geschichtlichen Materials wertvolle Hilfe leisteten.

Berlin, Mai 1955

Walter Ulbricht

KAPITEL I

DER EROBERUNGSKRIEG DES FASCHISTISCHEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS UND DIE ZERSCHLAGUNG DER HITLERARMEEN DURCH DIE SOWJETARMEE

Die räuberischen Überfälle der Hitlerfaschisten auf die friedlichen Völker Europas

Mit der Machtergreifung des Nazismus im Jahre 1933 nahmen die aggressivsten, räuberischsten, terroristischsten Kräfte des deutschen Imperialismus die Führung des deutschen Staates in ihre Hand. Thälmanns Mahnung „Hitler, das ist der Krieg“ wurde zur grausamen Wahrheit. Auf die Zeit der Kriegsvorbereitungen folgten die Überfälle auf andere Völker. Es begann mit der Intervention deutscher Truppen im Bürgerkrieg in Spanien. Bald danach folgten die Überfälle auf Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland. Diese Kriegsüberfälle waren nur möglich, weil die Westmächte unter der Führung Großbritanniens es abgelehnt hatten, mit der Sowjetunion und den anderen von Hitlerdeutschland bedrohten europäischen Ländern rechtzeitig einen Pakt der kollektiven Sicherheit abzuschließen. Die Regierungen der USA und Großbritanniens waren bemüht, die Aggression des deutschen Imperialismus gegen Osten zu lenken. Deshalb schlossen Großbritannien und Frankreich mit der Hitlerregierung das Münchner Abkommen ab, das den deutschen Nazismus zu weiterer Aggressivität ermunterte.

Weite Kreise des deutschen Volkes hatten sich durch chauvinistische Einflüsse und gewisse zeitweilige Erfolge Hitlers in seiner Innen- und Außenpolitik verblenden lassen und Hitlers ver-

brecherischen Überfällen gegen die anderen Völker zugestimmt oder dazu geschwiegen. Viele Deutsche fühlten sich infolge des scheinbar unaufhaltsamen Vormarsches bereits als „Herren Europas“, die dazu berufen waren, andere Völker auszuplündern und sie wie Sklaven zu behandeln. Für eine „Neuordnung Europas“, für mehr „Lebensraum“ für Deutschland hielten sie die Raubkriege Hitlers in ganz Europa für gerechtfertigt. Die Brosamen, die vom Tische der deutschen Monopolherren und Junker, der wahren Herren Deutschlands, abfielen, betrachteten selbst manche Arbeitersöhne als „deutschen Sozialismus“; sie wiederholten die Goebbels-Lüge, daß in Deutschland das Finanzkapital nicht mehr zu bestimmen habe.

Nur ein Teil des deutschen Volkes, mit den Kommunisten an der Spitze, hatte sich bei allem Kriegsgeschrei, bei allen Scheinerfolgen Hitlers seine antifaschistisch-demokratische Auffassung und den Blick für die politischen Realitäten bewahrt. Es war gekommen, wie Ernst Thälmann, der große deutsche Arbeiterfunktionär, vorausgesagt hatte: Wer Hitler gewählt hatte, hatte den Krieg gewählt und dazu beigetragen, daß Deutschland ein Land der Galgen und Scheiterhaufen wurde.

In dem Krieg, den der Hitlerfaschismus im Auftrag der Konzernherren entfacht hatte, ging es für die deutschen Imperialisten um die imperialistische Neuaufteilung der Welt und die Verwirklichung ihrer Weltherrschaftspläne. Die einzige politische Kraft in Deutschland, die von Anfang an konsequent die Kriegsaggression Hitlerdeutschlands als imperialistische Eroberungspolitik entlarvte, den Widerstand organisierte und der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk erklärte, warum diese Politik zur Katastrophe Deutschlands führen müsse, war die Kommunistische Partei Deutschlands:

„Die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Deutschen verurteilen aufs schärfste die nationale Unterdrückung, den furchtbaren Terror, wie die Germanisierungsmaßnahmen der deutschen Okkupanten. Das deutsche Volk kann selbst nicht frei sein und in Frieden leben, solange es zuläßt, daß die herrschende Klasse Deutsch-

lands andere Völker unterdrückt. Deshalb rufen wir das werktätige deutsche Volk auf zum Kampf für das volle Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker und für die Unterstützung ihres Kampfes um die Entfernung der Gestapo und der SS, für die Freilassung der Verhafteten und die Schließung der Konzentrationslager, gegen die Germanisierungsmaßnahmen, für die demokratischen Rechte des werktätigen Volkes. Es lebe die brüderliche Kampfgemeinschaft der deutschen, tschechischen, slowakischen, österreichischen und polnischen Arbeiterklasse“,

hieß es zum Beispiel in einer Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands Ende 1939.¹

Nachdem der Hitlerfaschismus die Mehrzahl der europäischen Staaten überfallen und zu deutschen Kolonien gemacht hatte, glaubte er, mit Hilfe des Rüstungspotentials der westeuropäischen Staaten den längst geplanten Überfall auf die Sowjetunion beginnen zu können. Ohne Kriegserklärung, unter Zerreißung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, drangen am 22. Juni 1941 die deutschen Armeen in das Sowjetland ein. Damit begingen die Hitlerfaschisten das größte Verbrechen der deutschen Geschichte. Die deutsche Arbeiterklasse, die gespalten war, hatte nicht vermocht, den Überfall auf das Land des Sozialismus zu verhindern.

Nach dem Kriegsüberfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion wandte sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands erneut mit einem Aufruf an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht, in dem es unter anderem hieß:

„Am 22. Juni hat Hitler durch seinen heimtückischen und treubruchigen Überfall auf die Sowjetunion das allerschwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk begangen und das größte Unglück über Deutschland heraufbeschworen . . .

Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Der Krieg wird solange dauern, wie Hitler und seine Bande Deutschland regieren. Und wehe unserem Volke, wenn es sein Schicksal bis

¹ Gegen jede der deutsch-faschistischen Aggressionshandlungen erhob die Kommunistische Partei Deutschlands ihren warnenden Protest vor dem deutschen Volk. Auszüge aus den Erklärungen der KPD zu den Überfällen auf die einzelnen europäischen Staaten siehe im Anhang, S. 354–342.

zuletzt an Hitler bindet, wenn wir Deutschen nicht selbst Ordnung in Deutschland schaffen, sondern es den anderen Völkern überlassen, Europa von der faschistischen Pest zu säubern.

Die Stunde hat geschlagen, da unser Volk die Geschicke Deutschlands in die eigenen Hände nehmen muß, den Krieg beenden und einen ehrenhaften Frieden erzwingen muß.¹

Indessen bedurfte es bitterer Erfahrungen am eigenen Leibe, bis sich im deutschen Volk die Erkenntnis von dem Verbrechen des Hitlerkrieges und der Notwendigkeit, sich von Hitler zu befreien, verbreitete. Erst die Schläge der Sowjetarmee brachten die Legende von der Unbesiegbarkeit der deutschen Heere ins Wanken und machten weitere Kreise des deutschen Volkes für Argumente der Vernunft und der Realität zugänglich.

In den ersten Monaten des Krieges gegen die Sowjetunion konnte Hitler eine Reihe vorübergehender Vorteile ausnutzen und gewisse Anfangserfolge erringen. Deutschland hatte seit langem gerüstet; die gesamte europäische Industrie, nur die englische ausgenommen, arbeitete für die deutsche faschistische Wehrmacht und lieferte Hitlerdeutschland Waffen und Kriegsmaterial. Die Riesenarmee Hitlers, verstärkt durch die Truppen seiner Vasallenstaaten, verfügte über eine zweijährige Kriegserfahrung und war mitten im Frieden an den Grenzen des Sowjetlandes konzentriert worden. Alles dies gab der hitlerischen Kriegsmaschine, die, auf vollen Touren laufend, den Krieg gegen die Sowjetunion begann, zeitweilige Vorteile.

Die Sowjetunion war gewiß nicht unvorbereitet auf einen Überfall durch Hitlerdeutschland. Sie hatte im August 1939 den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt geschlossen, um einen Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu verhindern. Die Sowjetregierung gab sich jedoch keiner Illusion darüber hin, daß Hitlerdeutschland über kurz oder lang die Sowjetunion überfallen wollte.² Dieser Vertrag war notwendig geworden, weil die

¹ Siehe im Anhang, S. 351–354.

² Vgl. „Geschichtsfälscher. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 48.

Regierung Großbritanniens im Einvernehmen mit den USA zur gleichen Zeit, wo sie Verhandlungen mit der UdSSR führte, Verhandlungen mit Deutschland begonnen hatte. Die Vertreter Großbritanniens waren bereit gewesen, sich gegen die Interessen der Sowjetunion mit der Hitlerregierung über die Einflußsphären in der Welt zu verständigen. Das hätte bedeutet, daß die Sowjetunion in eine isolierte Position gebracht und noch früher in einen Krieg hineingezogen worden wäre. Um bei den kommenden Auseinandersetzungen mit im Geschäft zu sein, reisten im Sommer 1939 führende Vertreter der Wallstreetmonopolisten, wie Vandenberg und Fish, durch die europäischen Hauptstädte und versuchten das internationale Monopolkapital für die Unterstützung der Hitleraggression gegen die friedlichen Völker Ost- und Südeuropas zu organisieren. Unter diesen Umständen hatte die Sowjetregierung den Vorschlag Deutschlands auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes angenommen. Dadurch hatte die Sowjetunion anderthalb Jahre Zeit gewonnen, um ihre Verteidigungskräfte zur Abwehr eines Überfalls zu stärken. Die weitere Entwicklung der Ereignisse hat bewiesen, daß der Schritt der Sowjetunion nicht nur den Interessen der Völker der Sowjetunion entsprach, sondern auch den Interessen aller friedliebenden und antifaschistischen Kräfte in der Welt.

Nachdem Polen im Jahre 1934 und England und Frankreich im Jahre 1938 eine Nichtangriffsdeklaration mit Hitlerdeutschland abgeschlossen hatten, war die Sowjetunion gezwungen, einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abzuschließen, um das Gelingen des Planes gewisser imperialistischer Kreise Großbritanniens zu verhindern, die eine Isolierung der Sowjetunion erstrebten und die Aggressivität des deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion lenken wollten. Großbritannien und Frankreich waren weder vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Tschechoslowakei noch vor dem Überfall auf Polen bereit, einen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa abzuschließen. Erst als die Kriegsaggression des deutschen Nazismus eine unmittelbare tödliche Gefahr für Großbritannien schuf, sah sich die briti-

sche Regierung veranlaßt, ihre Taktik zu ändern. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion erklärte sie sich bereit, an einer Antihitlerkoalition teilzunehmen.

J. W. Stalin beantwortete in seiner Rundfunkrede am 3. Juli 1941 die Frage „Was haben wir durch den Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen?“ wie folgt:

„Was haben wir durch den Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Pakts zu überfallen. Das ist ein bestimmter Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.

Was hat das faschistische Deutschland durch die wortbrüchige Zerreißung des Pakts und den Überfall auf die UdSSR gewonnen, und was hat es verloren? Es hat dadurch für kurze Zeit eine gewisse vorteilhafte Lage für seine Truppen erzielt, hat aber in politischer Hinsicht verloren, da es sich in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt hat. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser kurzfristige militärische Gewinn für Deutschland nur eine Episode ist, während der gewaltige politische Gewinn für die UdSSR ein ernster Faktor von langer Dauer ist, auf den gegründet sich entscheidende militärische Erfolge der Roten Armee im Krieg gegen das faschistische Deutschland entfalten müssen.“¹

Schon die ersten Vorstöße der deutschen Eindringlinge stießen auf einen Widerstand, den die Hitlerheere bisher nirgends verspürt hatten. Die Anfangserfolge mußten unter ungewohntem Einsatz und mit großen Verlusten erkaufte werden. So widerstand Brest-Litowsk heldenmütig neun Tage, die Kämpfe um Smolensk erforderten einen Monat, siebenzig Tage widerstand Odessa. Panzer- und Luftschlachten von diesem Ausmaß hatte das deutsche Heer noch nicht bestehen müssen. In einem Bericht der amerikanischen Overall Economic Effects Division über die deutsche Kriegswirtschaft heißt es:

„Der Angriff auf Rußland wurde in der festen Hoffnung begonnen, daß sich die Erfahrungen der früheren Feldzüge wiederholen würden. Rußland sollte in drei bis vier Monaten vollkommen unterworfen werden.

¹ Siehe im Anhang, S. 345.

Die Unterschätzung der Stärke Rußlands war eine der größten Fehlkalkulationen dieser Strategie.“

Zu Beginn des Winters 1941 standen die deutschen Truppen zwar vor Moskau und hatten einen beträchtlichen Teil des Westens der Sowjetunion besetzt. Aber vom Sieg waren sie weiter entfernt als zu Beginn des Krieges. Jetzt wurden die Momente der Überraschung, des Rüstungsvorsprungs und der größeren Kriegserfahrung unwirksam. Die politische, moralische, wirtschaftliche und militärische Überlegenheit der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung trat immer mehr in Erscheinung. Daran scheiterten die militärischen Pläne des deutschen Generalstabs. Für den 7. November 1941, den 24. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, hatte Hitlers Terminplan den Einzug der Hitlerarmee in Moskau vorgesehen. Am 6. November 1941 aber erklärte Stalin auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets:

„Die Deutschen führen heute einen Raubkrieg, einen ungerechten Krieg, der auf die Eroberung fremden Gebiets und die Unterwerfung fremder Völker abzielt. Darum müssen sich alle ehrlichen Menschen gegen die deutschen Eindringlinge als gegen ihre Feinde erheben.

Zum Unterschied von Hitlerdeutschland führen die Sowjetunion und ihre Bundesgenossen einen Befreiungskrieg, einen gerechten Krieg, der auf die Befreiung der unterjochten Völker Europas und der UdSSR von der Hitler-tyrannie abzielt.“¹

Die Niederlagen der Hitlerarmeen von Moskau bis zur Elbe

Wenige Wochen später begann die Gegenoffensive der Roten Armee. Im Verlauf eines Gegenangriffs von vierzig Tagen wurde das Gebiet von Moskau befreit; die deutsche Armee verlor vor Moskau allein an Toten etwa 300 000 Offiziere und Mannschaften. Das war nach zweieinhalb Jahren ununterbrochener militärischer Erfolge die erste schwere Niederlage der Hitlerarmee. Die Legende der Unbesiegbarkeit der deutschen faschistischen Heere war zerstört.

¹ J. W. Stalin, „Über den Kampf um den Frieden“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 259.

Die Auswirkungen dieser ersten Niederlage des deutschen Heeres auf das Leben des deutschen Volkes waren erheblich. Die Widersprüche zwischen den Interessen der breiten Volksmassen und der faschistisch-plutokratischen Clique verschärfen sich. Unter den Schlägen der Roten Armee begann die soziale und nationale Maske des Hitlerfaschismus in die Brüche zu gehen. Die mächtigsten und aggressivsten Konzernherren übernahmen jetzt selbst Kommandohöhen in Wirtschaft und Staat; die „Frankfurter Zeitung“, das Organ der IG-Farbenindustrie, erklärte, daß jetzt

„die Leute der Wirtschaft, das heißt die angesehensten Leiter der Konzerne und Banken, gleichzeitig auch die höchsten Posten im Staat und in der Partei bekleiden“.

In den Betrieben verschärfte sich das Zuchthausregime. Zu den großen Verlusten an der Front kamen im Innern des Landes steigende Schwierigkeiten und wachsender Terror. Die Unzufriedenheit unter den Bauern, den städtischen Kleinbürgern und der Intelligenz wuchs. Der „Völkische Beobachter“ schrieb damals von einem „Stoß, den viele gespürt haben“. Selbst gewisse führende Kreise des deutschen Finanzkapitals begann die Angst zu beschleichen. So schrieb Schacht, der lange Zeit Finanzberater und Rüstungsbeauftragter der Hitlerregierung gewesen war, über seine Stimmung im Herbst 1941:

„Meine Freunde und ich waren uns klar darüber, daß der Angriff gegen Rußland ein Wahnsinn sei. Hatten wir bis dahin immer noch die Möglichkeit erhofft, den Krieg durch irgendeine vernünftige Vermittlung zu beenden, so wurde diese Hoffnung mit der Einbeziehung Rußlands in die Reihe unserer Feinde nahezu aussichtslos.“

Indessen gelang es dem Hitlerfaschismus im Sommer 1942 240 Divisionen mit großen Mengen an Panzern, Flugzeugen und Geschützen, größtenteils von der Westfront, zu einem neuen Stoß gegen die Sowjetunion zusammenzuziehen, im Süden bis zum Don und zur Wolga vorzustoßen und sich Stalingrad zu nähern. Schon die Verluste, die der heldenhafte Widerstand der Sowjetarmee den deutsch-faschistischen Heeren beibrachte, waren ungeheuer. Sewa-

stopol widerstand 250 Tage und kostete die deutsche Armee allein in den letzten 25 Tagen seiner Verteidigung 150 000 Mannschaften und Offiziere, 250 Panzer und 300 Flugzeuge.

Stalingrad aber brachte endgültig die Wende des Krieges. 36 deutsch-faschistische Divisionen griffen die Stadt an. Das Heldentum der Verteidiger von Stalingrad ist heute zum erhabensten Beispiel des Freiheitskampfes in der Geschichte geworden. Die ganze Welt blickte auf die heldenmütigen Verteidiger der Stadt. 2000 Flugzeuge waren vom deutschen Generalstab gegen Stalingrad eingesetzt. Die heldenhaften Verteidiger Stalingrads, unter dem Kommando von General Tschuikow, machten jedes Haus und jede Straße zu einer Festung. Vier Monate lang, bis zum November 1942, banden sie die Hauptkräfte der deutschen Armee und ermöglichten es der Roten Armee, ihren strategischen Plan zu entwickeln und eine Gegenoffensive vorzubereiten, die dem Krieg eine entscheidende Wendung geben sollte. Als die Rote Armee am 19. November 1942 die Offensive an der Donfront begann, gelang es ihr, die deutschen Stellungen nordwestlich und südlich Stalingrads zu durchbrechen und nach Zerschlagung von 15 Divisionen die deutsche Heeresgruppe bei Stalingrad einzukesseln. Alle Versuche, die eingekesselten Truppen zu entsetzen, scheiterten. Da die Angebote einer ehrenvollen Kapitulation vom deutschen Kommando abgelehnt wurden, blieb nur die militärische Vernichtung der deutschen Truppen im Kessel. Im Ergebnis der schweren Kämpfe, die die Sowjettruppen gegen die deutsche Armee bei Stalingrad führten, verlor diese zwei Drittel ihres Bestandes. Die 24 Generale des deutschen Kommandos kapitulierten am 1. Februar 1943.

In den drei Monaten der Winteroffensive vernichtete die Rote Armee 112 deutsche faschistische Divisionen. Die faschistische deutsche Armee wurde um 600–700 Kilometer bis zum Dnepr zurückgeworfen und verlor 850 000 Offiziere und Mannschaften an Toten; 343 000 waren in Gefangenschaft geraten.

Die deutschen Kriegsgefangenen aus dem Kessel von Stalingrad und aus den Winterkämpfen 1943, welche den Wahnsinn der

Hitlerschen Kriegsführung und die Stärke der Sowjetarmee am eigenen Leibe erlebt hatten, begannen sich Rechenschaft darüber abzulegen, daß ihre Niederlage keine Zufälligkeit des „Kriegsglücks“ war, sondern daß sie die Unvermeidlichkeit der Niederlage Hitlerdeutschlands weithin anzeigte. Die sowjetische Strategie und militärische Kraft hatten sich als überlegen erwiesen, nicht weil auf deutscher Seite Fehler zugelassen worden waren oder die deutschen Soldaten versagt hatten. Die Sowjetarmee hatte bei Stalingrad gesiegt, weil sie gegenüber der Eroberungspolitik und der Barbarei des deutschen Imperialismus die Sache des Rechts, der Freiheit und des Fortschritts, die Sache der Völker vertrat.

Generalfeldmarschall Paulus, dem die Jahre der Gefangenschaft Gelegenheit gegeben hatten, sich gründlich mit den Ursachen der Niederlage der Hitlerheere und den Fehlern der deutschen Strategie zu beschäftigen, mußte zu der folgenden Feststellung kommen:

„Die beste Armee muß in ihrer Aufgabe scheitern, wenn an sie unlösbare Forderungen gestellt werden, das heißt, wenn ihr Aufträge erteilt werden, die sie gegen den nationalen Bestand anderer Völker ins Feld führen. Eindringliche Beweise dafür sind der zweite Weltkrieg, der Einsatz der UN-Truppen in Korea und die bisherigen Kolonialkämpfe in Indochina. Diese Erfahrung kann keine Militärtheorie umstoßen.“¹

Unmittelbar nach der Schlacht von Stalingrad im Februar 1943 zog Walter Ulbricht im Interesse der Aufklärung des deutschen Volkes folgende Schlußfolgerungen aus dieser Niederlage der deutschen Armeen:

„Worin besteht die Wendung in der Kriegslage nach der Niederlage der deutschen Armeen bei Stalingrad?“

1. Die Zertrümmerung der deutschen Armeen am Südabschnitt der Ostfront beweist die Änderung des militärischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses. Im Kampfe eines gegen einen hat sich die militärische, politisch-moralische und wirtschaftliche Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber Hitlerdeutschland erwiesen. Die Zertrümmerung der deutschen Armeen bei Stalingrad und am Don läßt klar erkennen, daß auch dann, wenn keine zweite Front in Europa geschaffen

¹ „Neues Deutschland“ vom 3. Juli 1954.

wird, die Sowjetarmeen unter der genialen Führung Stalins die Hitlerarmeen zerschlagen werden.

2. Die Niederlage der deutschen Truppen an der Ostfront wird auch insofern zu einer Wendung führen, als die von der Hitlerregierung abhängigen Länder bestrebt sein werden, aus dem Kriege auszutreten, bevor die Niederlage Hitlerdeutschlands endgültig ist.
3. Die Siege der Sowjettruppen werden in den vom deutschen Faschismus okkupierten Ländern die Widerstandsbewegung verstärken. In den okkupierten Ländern wird der Volkskrieg zur Vertreibung der deutschen Truppen auf breiterer Grundlage entfacht werden.
4. Die Zerschlagung der deutschen Armeen bei Stalingrad und am Don wird die Gegensätze innerhalb der deutschen Bourgeoisie zur Entwicklung bringen. Jene Angehörigen der Bourgeoisie, die früher Vorbehalte gegen Hitler hatten, und jene Generäle, die die Niederlage Deutschlands voraussehen, werden bestrebt sein, sich von der Hitlerregierung zu distanzieren.
5. In dem Maße, wie die militärischen Niederlagen bei Stalingrad und am Don in Deutschland bekannt werden, wird die Opposition in den Reihen der Werktätigen gegen den Hitlerfaschismus wachsen. Die Bedingungen für den organisatorischen Zusammenschluß der antifaschistischen Kräfte in Deutschland sind günstiger geworden.
6. Solange die Regierungen der USA und Großbritanniens die Eroberung Stalingrads durch die Hitlertruppen für möglich hielten, haben sie die Schaffung der zweiten Front in Westeuropa hinausgezögert. Nach der Niederlage der deutschen Truppen bei Stalingrad und am Südabschnitt der Ostfront sind sie an der Schaffung einer zweiten Front interessiert, damit nicht die Sowjetarmeen allein den Hitlerfaschismus in Europa schlagen. Die Konferenz der Vertreter der USA und Englands in Casablanca, die unmittelbar nach dem Sieg der Sowjettruppen bei Stalingrad stattfand, zeigt bereits, daß die westlichen Alliierten Konsequenzen aus der Veränderung der Lage ziehen.¹

Die weitere militärische und politische Entwicklung hat diese Schlußfolgerungen in allen Teilen bestätigt. Die Kette von militärischen Schlägen, durch die die deutsche Armee zertrümmert wurde, war für die weitere politische Entwicklung in Deutschland und in der Welt entscheidend. Von Stalingrad führten die Siege der Sowjetarmee zur Befreiung der von den Hitlerokkupanten besetzten europäischen Länder. Die Rote Armee vereinigte

¹ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 502/503.

ihre Schläge mit denen der polnischen, bulgarischen, rumänischen, ungarischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Widerstandsbewegung und drang bis in das Herz Deutschlands ein. Der letzte, entscheidende Schlag gegen die Hitlerarmee wurde von den Sowjettruppen in Berlin selbst geführt. Die deutsche Armee wurde vollständig zerschlagen.

*Die Krise des Hitlerregimes;
der Kampf der illegalen Widerstandsorganisationen
und des Nationalkomitees „Freies Deutschland“*

Nach der Niederlage von Stalingrad nahm die Entwicklung in Deutschland rapide krisenhaften Charakter an. Goebbels schrieb schon im Mai 1943 von einer Krise und erhob drohende Anklage gegen diejenigen, die „einer Sache nur im Glück anhängen, in ihrem Unglück aber versagen“. Das militärische und politische Kräfteverhältnis veränderte sich zusehends zu ungunsten Hitlerdeutschlands. Die militärische und politische Überlegenheit der Sowjetunion und die Wucht der Schläge der Roten Armee erzwangen Rückzug auf Rückzug, Kesselschlacht auf Kesselschlacht. Die deutsche Presse täuschte die Bevölkerung, indem sie nur von „Frontbegradigungen“ sprach und die Verluste zu verschleiern suchte. Die ständig steigenden Verluste an Material und Menschen waren für Hitlerdeutschland unersetzlich. Die militärischen Opfer, zu denen der Hitlerstaat die deutschen Soldaten zwang, konnten die Lage nicht ändern. Erst 1944 erreichte die deutsche Rüstungsproduktion ihr höchstes Ausmaß. Als aber Hitler, Goebbels und General Keitel im Sommer 1944 auf einer Konferenz in Sonthofen die deutschen Generale aufforderten, die nach dem Zusammenbruch der Zentralfront verkürzte Front um jeden Preis zu halten, mußte Keitel offen erklären, daß Reserven für diese Aufgabe nicht mehr zur Verfügung stünden. Führende Offiziere, wie Generalfeldmarschall von Rundstedt, versuchten, sich durch Rücktritt der Mitverantwortung für die Niederlage zu entziehen. Die Mehrheit der Offiziere und Soldaten und die deutschen Volks-

massen sahen sich von Hitler und seinen Generalen in eine Sackgasse geführt. Das Gefühl der Sinnlosigkeit der Weiterführung des Krieges verbreitete sich in Deutschland und verstärkte sich ständig.

Weitere Kreise im deutschen Volk, besonders in der Arbeiterklasse, begannen jetzt die Lage nüchterner und mit weniger Illusionen zu betrachten. Zu den Niederlagen an der Front, den Verlusten und den Zerstörungen durch die Bombenangriffe kamen die Folgen der totalen Mobilisierung. Zuchthausregime und Gestapoterror verstärkten sich. Das deutsche Kleinbürgertum, das in Massen der Hitlerpartei gefolgt war, litt unter dem Abzug der Arbeitskräfte und der Sperrung der Rohstofflieferungen. Die werktätigen Bauern waren unzufrieden über die Zwangsmaßnahmen der Reichsnährstandspolitiker und über die Opfer, die von ihnen gefordert wurden. Was nutzte den Großbauern, die den Titel „Erbhofbauer“ erhalten hatten, die Bevorzugung, wenn ihre Söhne gefallen oder zu Krüppeln geschossen waren?

Diese Veränderungen schufen in Deutschland objektiv günstige Bedingungen für den Kampf der deutschen Hitlergegner. Die Arbeiterklasse, die Mehrheit der Bauernschaft, viele Kleinbürger, patriotisch gesinnte Bürger und Offiziere hatten das gleiche Interesse, den Krieg zu beenden und einen Ausweg zu finden. In der Hitlerpartei selbst entwickelte sich die Krise. Ihr Wesen bestand darin, daß sich viele der bisherigen Hitleranhänger mehr und mehr des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen den Lebensinteressen des deutschen Volkes und der Kriegspolitik der Hitlerregierung bewußt wurden. Hitler hatte Beseitigung der Wirtschaftskrisen versprochen, statt dessen stand das deutsche Volk nun vor der Krise des Krieges. Hitler hatte große Teile des deutschen Volkes mit Versprechungen eines mühelosen Lebens in Überfluß verblenden können. Aber jetzt gab es Millionen Tote und Krüppel, die Städte wurden zertrümmert, und die Fronten rückten den deutschen Grenzen immer näher.

Schon seit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion hatten es die Kommunisten als ihre Ehrenpflicht angesehen, ihre An-

strengungen zu verstärken, um die deutsche Bevölkerung gegen die ungeheuerlichen Hitlerverbrechen zu mobilisieren. Der Widerstandskampf verstärkte sich sichtbar. Wie zum Beispiel ein geheimer Lagebericht der Gestapo aus dem Jahre 1941 zeigt, wurden in den Monaten Januar bis Mai 1941 zwischen 62 und 519 illegale Schriften der Hitlergegner erfaßt, während die Zahl der erfaßten Schriften im Juli 1941 3797 und im Oktober 1941 10227 betrug. Mit der Entwicklung der Krise des Hitlerregimes konnten die illegalen Gruppen der Hitlergegner, gestützt auf die Veränderungen in der politischen und militärischen Situation und der Stimmung der Bevölkerung, noch aktiver und energischer für die Rettung der Heimat aus der Katastrophe des Hitlerkrieges arbeiten. Einzelne Beauftragte der Führung der Kommunistischen Partei kamen nach Deutschland, um den Kampf zur Beendigung des imperialistischen Raubkrieges durch den Sturz des Hitlerregimes zu organisieren. Diese Genossen nahmen Verbindungen zu den bestehenden Gruppen der aktiven Hitlergegner auf und trugen entscheidend dazu bei, daß der Kampf auf der Grundlage der Beschlüsse und Richtlinien der Parteiführung sich verstärkte und die Front der Hitlergegner breiter wurde.

Schon in der Resolution der Berner Konferenz der KPD (Januar 1939) wurde gesagt:

„Das befreite Deutschland, das sich stützt auf die Einigkeit und Freiheit seines Volkes und die Kraft seiner Volksarmee, im Bunde mit der Sowjetunion und mit den Völkern Frankreichs, Englands, Amerikas und mit allen fried- und freiheitliebenden Kräften in der Welt, wird ein starkes und allgemein geachtetes Deutschland sein, das die deutsche Nation wieder zu Ehren in der Welt bringen wird. Ein solches Deutschland allein ist der Ausweg aus dem Chaos, das die Kriegswirtschaft, die Kriegspolitik, die barbarische Diktatur des Hitlerregimes über Deutschland bringen... Die neue demokratische Republik wird aber, im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen. In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht die Groß-

bourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen.“¹

Die Idee der Vereinigung aller patriotischen Kräfte des deutschen Volkes zum Kampf gegen den Krieg und das Hitlerregime, die von den Konferenzen der Kommunistischen Partei in Brüssel (Oktober 1935) und Bern (Januar 1939) ausging, begann in der wachsenden Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern und bürgerlichen Intellektuellen wirksam zu werden. Illegale Druckereien wurden geschaffen, die Zeitungen und Flugblätter in jetzt zum Teil beträchtlicher Auflage herausbrachten. Verbindungen zwischen einzelnen illegalen Gruppen wurden hergestellt und Informationen und Agitationsmaterial ausgetauscht. Die deutschen Antifaschisten erkannten auch ihre besondere Pflicht, sich mit den furchtbar gequälten Millionen Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen zu verbünden und zur Erleichterung ihres schweren Loses beizutragen. Zahlreiche Solidaritätsaktionen wurden organisiert und viele Flugblätter in russischer, polnischer, tschechischer, französischer und holländischer Sprache herausgegeben. Die Wirkung dieser Arbeit zeigte sich unter anderem daran, daß der Nazijustizminister Thierack von insgesamt 12945 deutschen und 195024 ausländischen Arbeitern berichtete, die im ersten Halbjahr 1944 die Arbeit niedergelegt hatten.

Der verstärkte antifaschistische Widerstand und die drohende Katastrophe veranlaßten die Gestapo und SS zu immer wüsteren Brutalitäten gegen die aufrechten Patrioten, von denen viele unter furchtbaren Foltern ihr Leben opferten, um Deutschland zu retten. Unter den Gruppen der aktiven Hitlergegner traten in dieser Zeit unter vielen anderen besonders hervor:

Die Gruppe *Schulze-Boysen* (Rote Kapelle) bestand aus Genossen der KPD und SPD und hatte ihre Arbeit schon seit 1935 ent-

¹ „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 393/394.

wickelt. Nach dem Naziüberfall auf die Sowjetunion verstärkte sie ihre Kraft bedeutend. Die Gruppe hatte regelmäßige Verbindung zu zahlreichen Betrieben, wie zum Beispiel zur AEG, zur BEWAG, zur Reichsbahn, zu Shell-Oil, zu den Deutschen Werken (Reinickendorf), zu Lorenz (Tempelhof), Askania (Mariendorf), dem Reichswirtschafts- und dem Reichspostministerium. Die illegalen Kämpfer trafen sich meist zu dritt oder viert. Nur im Freien, als Ausflugsgesellschaft getarnt, versammelten sich größere Kreise der Gruppe zu Beratungen. Die Widerstandsgruppe war sich darüber im klaren, daß nur eine Bewegung, die die breitesten Schichten des Volkes erfaßt, die von den Arbeitern in den Betrieben getragen und von den Soldaten unterstützt wird, die sich das Vertrauen ausländischer Zwangsarbeiter erwirbt, den Sturz des Nazireiches verwirklichen kann. In der unter großen Gefahren und Opfern geschaffenen Druckerei der Gruppe wurden Flugblätter und eine Schriftenreihe hergestellt. Große Mengen von Flugblättern wurden in die Betriebe geschleust. Ausländische Zwangsarbeiter wurden mit Lebensmitteln und Kleidung zur Flucht versorgt. Die Gruppenleiter wurden ständig geschult, um auch theoretisch den Kampf gegen die Naziideologie zu führen. Die Zeitschrift der Gruppe, „Die innere Front“, herausgegeben von John Sieg und Wilhelm Guddorf, erschien regelmäßig. Einige Schriften der Gruppe erschienen unter Titeln wie: „Das Werden der Nazibewegung“, „Warum der Krieg verloren ist“, „Aufruf zum Widerstand“ usw. Die aktivsten Mitglieder der Gruppe waren junge Funktionäre der KPD, wie Hans Coppi und Walter Husemann, der in seinem Abschiedsbrief vor dem Tode schrieb:

„Besser für die Sowjetunion sterben, als für den Faschismus zu leben. Lieber einen Tod in Ehren, unter dem Beil des Henkers, als ein Leben in Schande unter dem Faschismus.“

An der Arbeit der Gruppe nahm auch der Spanienkämpfer Albert Höbner teil, der trotz seiner schweren Verwundung in Spanien nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion durch Fallschirmabsprung nach Deutschland gekommen war. Ende August 1942

waren die Gestaposchergen der Schulze-Boysen-Widerstandsgruppe auf die Spur gekommen. Über 600 Personen wurden verhaftet. Mehr als 55 Männer und Frauen mußten ihre mutige antifaschistische Aktion mit dem Tode bezahlen. Genosse Albert Höbner, der trotz furchtbarer Folterungen der Gestapo nicht einmal seinen Namen preisgegeben hatte, starb als ein der Gestapo Unbekannter unter dem Henkerbeil. Die Mitglieder der Gruppe, die der Verhaftung entgangen waren, arbeiteten trotz aller Schwierigkeiten weiter.

Auch die von dem Berliner Metallarbeiter Robert Uhrig geführte *Uhrig-Gruppe* verstärkte nach dem räuberischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion ihre Tätigkeit. Träger dieser Gruppe waren in erster Linie Betriebsarbeiter der wichtigsten Berliner Betriebe (Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Borsig-Rheinmetall, AEG Hennigsdorf, AEG Turbine, Dr. Paul Mayer, Lorenz Oberschöneweide u.a.). In den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken gab es 74 Funktionäre der Gruppe, die in ihren Abteilungen weitere Mittelsmänner hatten. In Essen, Hannover, Hildesheim, München, Dortmund und Hamburg existierten Gruppen, die der Berliner Leitung angeschlossen waren. Mit Leipzig und Tirol bestanden Verbindungen. Fäden ins Ausland liefen nach Prag, Kopenhagen und Holland.

Neben kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern bezog die Gruppe auch Intellektuelle verschiedener Weltanschauungen in ihre Tätigkeit ein. Der ehemalige Freikorpsführer Hauptmann Römer lieferte militärische Informationen. Eine Zusammenarbeit mit Professor Dr. Havemann und dem Berliner Oberarzt Dr. Georg Großcourth¹ wurde angebahnt. Die Gruppe gab einen monatlichen Informationsdienst und viele Druckschriften heraus, in denen zur Sabotage in der Rüstungsindustrie und an der Front Anleitungen gegeben wurden. Ausländische Arbeiter wurden mit Lebensmitteln und Zigaretten versorgt.

¹ Diese beiden schufen 1943 eine besondere Gruppe „Europäische Union“, die sich besonders die Arbeit mit den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zur Aufgabe machte.

Durch den Verrat eines Gestapospitzels erfolgten 1942 die ersten Verhaftungen, die sich nach und nach auf 200 Mitglieder der Gruppe erstreckten. Im Prozeß vor dem Volksgerichtshof (1944) wurden gegen 48 Angeklagte 55 Todesurteile verhängt. Die anderen erhielten hohe Zuchthausstrafen. Trotz der Verhaftungswelle gelang es der Gestapo nicht, diese Organisation auszulöschen. Die Mehrheit der Betriebskader blieb intakt und vereinigte sich später mit der Saefkow-Gruppe.

Durch die Kommunisten Anton Saefkow und Franz Jacob wurde 1945 die unter dem Namen *Saefkow-Gruppe* bekannte illegale Organisation aufgebaut. Sie wurde geleitet von Anton Saefkow und Bernhard Bästlein. Beim Aufbau der Gruppe lag das Schwergewicht auf der Arbeit in den Betrieben und unter den Soldaten. Die Mitglieder bestanden aus Kommunisten, Sozialdemokraten und auch einigen Bürgerlichen. Die früheren Mitglieder der Uhrig-Gruppe wurden einbezogen. Zu Widerstandsgruppen in Hamburg, Leipzig, Dresden und Magdeburg sowie mit Schweden wurden Verbindungen hergestellt. In Berlin war die Gruppe mit Betriebszellen in 30 Berliner Großbetrieben verankert. Sie hatte Verbindung zum OKW und zum Rüstungsministerium und besaß einen umfangreichen Organisations- und Nachrichtenapparat. Jedes Mitglied der Gruppe hatte sein festes Aufgabengebiet, zum Beispiel Beschaffung von Ausweisen und Waffen für illegale Kämpfer, Unterkünfte für illegale Kurierdienste usw. In größerem Ausmaß wurden Flugblätter hergestellt und verteilt, in denen unter anderem die Soldaten an der Ostfront aufgefordert wurden, in geschlossenen Formationen überzulaufen und sich dem in der Sowjetunion gebildeten Nationalkomitee „Freies Deutschland“ anzuschließen. Agitationsschriften für die ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen wurden herausgebracht. Die Verbindung der Gruppe mit dem Widerstandskomitee im Konzentrationslager Sachsenhausen ermöglichten dem Antifaschisten Herbert Schäpe die Flucht. Mitte 1944 wurde die Gruppe durch den Verrat eines von der Gestapo eingebauten Spitzels fast vollständig verhaftet. Über 60 ihrer Mitglieder wurden ermordet. Genosse Anton Saef-

kow schrieb vor seiner Hinrichtung im September 1944 ein politisches Testament, das trotz Kerkermauern nach draußen gebracht wurde. Darin rief der ungebrochene Kämpfer zur Einheit der Arbeiterklasse und zur Ausrottung des Faschismus auf.

In *Sachsen* bestand ein Netz von Widerstandsgruppen, deren Zentrum die vom früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Georg Schumann sowie von Otto Engert und Kurt Kresse geleitete Gruppe bildete. Während des Krieges hatte sie sich in zahlreichen Leipziger Betrieben verankert und wirkte auch im Leunawerk und im Bunawerk sowie im Mansfelder Bergbau, wo Genosse Otto König die Leitung hatte. Verbindungen nach Dresden, Halle, Magdeburg und anderen mitteldeutschen Städten wurden aufgenommen. In ihren Flugblättern verstand es die Gruppe, konkret an die Sorgen der Arbeiter im Betrieb und an all die Fragen anzuknüpfen, die dem Menschen das Leben zur Hölle machten. So heißt es zum Beispiel in einem Flugblatt, das kurz nach dem ersten anglo-amerikanischen Terrorangriff auf Leipzig Ende 1945 herausgebracht wurde:

„Die Leipziger Antifaschisten sagen Euch, was zu tun ist. Bei einem Luftangriff müßt Ihr zuerst Euer Leben sichern. Stellt deshalb bei Voralarm in den Betrieben jede Arbeit ein! Bringt Euch in Sicherheit! Im Falle eines Angriffs verläßt die Rüstungsbetriebe und kümmert Euch um Eure Familien und Wohnungen! Die ganze Rüstungsindustrie kann zerschlagen werden, aber Euer Leben müßt Ihr erhalten. Laßt Euch nicht von Nazi-Betriebsbonzen oder Werkschutz im Betrieb festhalten! Bleibt nach einem Angriff der Arbeitsstelle fern. Entschuldigt Euch mit Aufräumarbeiten oder schlechten Verkehrsverhältnissen! Langsamer arbeiten führt zur schnelleren Beendigung des Krieges. Unterstützt Euch gegenseitig, wenn es gilt, Euer Leben, Eure Wohnungen und Euer Hab und Gut zu bergen! Das Leben der deutschen Arbeiter, ihrer Frauen und Familien ist tausendmal wichtiger als die Rüstungsbetriebe der Naziverbrecher. Kämpft mit uns Antifaschisten gegen den totalen Krieg Hitlers, für den totalen Frieden!“¹

Auch diese Gruppe arbeitete mit Sozialdemokraten und Intellektuellen zusammen. Sie stellte sich besonders in ihrer Zeitung „Der

¹ Siehe „Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands“, Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 171.

Widerstand“ die Aufgabe, die Hitlergegner im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zu sammeln. Der alte bewährte Arbeiterfunktionär Georg Schumann bekundete vor der Gestapo mutig seine klare Einschätzung der Perspektiven Deutschlands und sein Vertrauen zur Sowjetunion. Nach dem Protokoll seiner Vernehmung im Juli 1944 sagte er dort wörtlich:

„Wir selbst erhofften von der weiteren militärischen und politischen Entwicklung, daß die Sowjetunion Deutschland besetzen würde und damit die deutsche Industrie und Wirtschaft und auch das Kulturleben unzerstört erhalten bliebe.

Nach meiner Auffassung hat die Sowjetunion ein besonderes Interesse an der Erhaltung der Industrie in Deutschland, da sie diese für ihre gewaltigen Absatzmöglichkeiten im eigenen Lande benötigen würde. Dasselbe gilt für die deutsche Wirtschaft.

Ebenso steht für mich fest, daß der Engländer und auch der Amerikaner die deutsche Industrie und Wirtschaft restlos lahmlegen und zerschlagen werden, da diese Länder bei den heute schon bestehenden Produktionsüberschüssen neue Absatzgebiete suchen müssen.

Meine Auffassung darüber, daß die Sowjetunion auch das Kulturleben unangetastet läßt, fußt auf der Erkenntnis, daß sie ja in ihrem eigenen Staatenverband das Stalinsche Nationalitätenprinzip verfolgt und beispielsweise den Ukrainern, Georgiern, Turkmenen und allen anderen ihre Sprache und Gebräuche im Volksleben belassen hat . . .“

Die von dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten *Dr. Theodor Neubauer* geleitete Widerstandsgruppe hatte in vielen thüringischen Städten ihre Stützpunkte. Ehemalige Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes und der Sozialistischen Arbeiterjugend waren ihre Verbindungsleute zu verschiedenen Wehrmachtseinheiten. Besondere Verdienste erwarb sich diese Gruppe durch die Verbreitung vieler Flugblätter, darunter solche für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in russischer und französischer Sprache. Diese von Neubauer entworfenen und unter Leitung des tapferen Genossen Magnus Poser hergestellten und verbreiteten Flugblätter wurden auch an andere Widerstandsgruppen in verhältnismäßig großer Zahl geliefert. So erhielt zum Beispiel die Leipziger Gruppe 500 Exemplare von dem Flugblatt

„Hitlers Krieg ist verloren, nur Dummköpfe träumen noch vom Sieg!“.

Die *Antinazistische Deutsche Volksfront (ADV)* war eine der größten deutschen Widerstandsgruppen, welche von München her in ganz Süddeutschland arbeitete. Sie war Ende 1942 unter Leitung von Kommunisten und Anhängern der christlich-radikalen Arbeiter- und Bauernpartei (Vitus-Heller-Bewegung) Hutzelmann, Huber und Zimmel entstanden. Auch der tschechische Demokrat Mervart gehörte zu den Gründern der Bewegung. Die ADV stellte sich die Aufgabe, alle deutschen Menschen zu erfassen, die entschlossen waren, mit allen Mitteln gegen die Nazi-herrschaft und den Krieg zu kämpfen. Flugblätter wurden verbreitet, und ab 1943 wurde in vierwöchentlichen Abständen die Zeitschrift „Der Wecker“ herausgebracht. Zu allen größeren Betrieben, Kasernen, Flakstellungen, Gefängnissen, zur Polizei und zum Dachauer Konzentrationslager bestanden Verbindungen. In mancherlei Hinsicht unterschied sich diese Bewegung von den anderen Widerstandsgruppen: Sie vertrat die Überzeugung, daß Hitler mit Flugblättern und Parolen nicht beseitigt werden konnte, und begann den Kampf mit gewaltsamen Mitteln vorzubereiten. In ihrem engeren Bereich bereitete sie ihre Kampflieder für einen Aufstand vor. Sie arbeitete eng mit einer von kriegsgefangenen sowjetischen Offizieren geschaffenen Geheimorganisation *BSW (Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen)* zusammen, die in kurzer Zeit in fast sämtlichen süddeutschen Kriegsgefangenenlagern und in über zwanzig Ostarbeiterlagern ihre Organisationen aufgebaut hatte. Verbindungen zu französischen, polnischen, jugoslawischen und englischen Kriegsgefangenen wurden aufgenommen. Als die Tätigkeit der Organisationen ADV und BSW Ende 1943 ihren Höhepunkt erreichte, unterhielten die sowjetischen Offiziere eine über Süddeutschland, von Karlsruhe bis Wien, verbreitete Widerstandsorganisation von mehreren Tausend militärisch gegliederten und teilweise bewaffneten Anhängern. Ihre mutigen Vorbereitungen scheiterten jedoch, da es der Gestapo gelang, in die beiden Organisationen einzudringen. Die

Tatsache, daß eine Sonderabteilung der Gestapo zur Bearbeitung dieser Organisationen geschaffen werden mußte, zeigt den Umfang ihrer Arbeit. Ein großer Teil der verhafteten deutschen und sowjetischen Bürger wurde von der Gestapo zu Tode gefoltert. Am 4. September 1944 wurden auf dem Schießplatz des Konzentrationslagers Dachau 93 sowjetische Offiziere, Soldaten und Fremdarbeiter erschossen. Hutzelmann, Huber und Mervart wurden am 15. Januar 1945 hingerichtet.

In *Mannheim* verstärkte nach dem Hitlerüberfall auf die Sowjetunion die Widerstandsgruppe *Lechleiter* ihre Tätigkeit. An ihrer Spitze standen in der Arbeiterbewegung großgewordene Führer wie Georg Lechleiter, Rudolf Langendorf und Jakob Faulhaber. Die Basis der Gruppe lag in den Mannheimer Großbetrieben wie Benz, Lanz, Schiffswerft und Rheinhafen. Um eine Massenstimmung und Massenbewegung gegen den Hitlerkrieg zu erzeugen, wurden Flugblätter und die illegale Zeitung „Der Vorbote“ herausgegeben, die der Mannheimer Bevölkerung die Gefahr der Katastrophe vor Augen führte und zur Beendigung des Krieges durch den Sturz Hitlers aufriefen. Um der Wirkung dieser verbreiteten kommunistischen Propaganda entgegenzutreten, mußte die Gestapozentrale selbst in Bewegung gesetzt werden. Im Februar 1942 wurden in den Mannheimer Großbetrieben Massenverhaftungen durchgeführt. In zwei Prozessen wurden neunzehn Mitglieder der Gruppe wegen Wiederaufbau der illegalen kommunistischen Partei zum Tode und weitere zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Eine kleine, aber wegen ihres besonderen Heldenmuts erwähnenswerte Widerstandsgruppe von etwa 55 jungen jüdischen Kommunisten leitete in Berlin der Student *Herbert Baum*. Die im Lustgarten von Goebbels aufgestellte Hetzschau „Das Sowjetparadies“ wurde von dieser Gruppe in die Luft gesprengt. Besonders in den Siemens-Werken war diese Gruppe stark verankert. In ganz Berlin wurden Flugblätter verbreitet und Klebpropaganda durchgeführt. In regelmäßigen Schulungsabenden schufen sich die jungen Genossen das theoretische Rüstzeug für ihre konspirativen

Kämpfe. Genosse Baum erzog die Mitglieder dazu, das Wesen des Faschismus nicht nur im Terror gegen die Juden, sondern in der Unterdrückung des ganzen deutschen Volkes zu sehen und deshalb aktiv für den Sturz des Faschismus zu kämpfen. Neben ihrer Agitationsarbeit verhalfen die Mitglieder der Gruppe Baum Genossen zur Flucht aus faschistischen Kerkern, versorgten sie mit Lebensmitteln und brachten sie über die Grenze. Durch die Schandtats eines Gestapospitzels wurden sämtliche Gruppenmitglieder schließlich verhaftet. 21 Jugendliche wurden hingerichtet, weitere 9 durch Folterungen ermordet.

Diese und andere Gruppen haben durch ihren heldenhaften Kampf und durch den Opfertod vieler ihrer Mitglieder in der Zeit der tiefsten faschistischen Schmach die Ehre des deutschen Volkes hochgehalten. Ihr Kampf beweist, daß der Widerstand gegen das Hitlerregime in Deutschland niemals aufgehört hat. Trotz des Einbruchs der barbarischen Naziideologie in breite Kreise des deutschen Volkes sind sich viele deutsche Menschen ihrer Verantwortung gegenüber den eigenen und den anderen Völkern bewußt geblieben. Der Heroismus und die Standhaftigkeit der revolutionären deutschen Arbeiterklasse und ihre großen Kampftraditionen lebten in den Hunderttausenden deutschen Antifaschisten, die in den illegalen Widerstandsgruppen, Gefängnissen und Konzentrationslagern das Banner des Friedens, der Freiheit und der nationalen Ehre des deutschen Volkes gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus verteidigten.

Indessen konnte auch das Schwinden der Autorität des Hitlerregimes und die jetzt nüchternere und illusionslosere Betrachtung der Entwicklung der Ereignisse nicht zur nationalen Befreiungstat führen, solange es nicht gelang, die deutschen Hitlergegner in einer einheitlichen Bewegung zusammenzufassen und eine nationale Führung des deutschen Volkes gegenüber der Hitlerherrschaft zu schaffen. Es kam darauf an, ähnlich wie es mehr als einhundert Jahre zuvor General von Yorck getan hatte, ein nationales Zentrum zu schaffen, das den Kampf um die Rettung Deutschlands leitete. Die zahlreichen Widerstandsgruppen steigerten zwar

ihre Aktivität und lieferten allen Verfolgungen zum Trotz Beispiele größten Heldenmuts. Die Bewegung im Lande erhielt starke Unterstützung durch die intensive Aufklärungsarbeit, die an der sowjetisch-deutschen Front von den Politabteilungen der Sowjetarmee und den deutschen Antifaschisten geleistet wurde. Aber die Verbindungen unter den einzelnen Gruppen waren schwach, und angesichts des Terrors und der chauvinistischen Verhetzung konnte die Volksbewegung gegen Hitler doch nur langsam und unter ständigen großen Opfern an Boden gewinnen. Die fortschreitenden militärischen Niederlagen des Hitlerfaschismus und die Belebung des Widerstandskampfes in Deutschland veranlaßten das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, aktiver als bisher den Zusammenschluß der Hitlergegner zu betreiben. Die Parteifunktionäre erhielten die Direktive, in Berlin, im Ruhrgebiet, in Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsame Kampfführungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Angehörigen der Intelligenz zu schaffen.

Nachdem die Truppen der deutschen Armeegruppe im Kessel von Stalingrad in Gefangenschaft geraten waren, bestand die Möglichkeit, ein führendes Zentrum für den Kampf zum Sturz des Hitlerfaschismus zu schaffen. Als die kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offiziere vom Druck der Naziideologie und des Terrors befreit waren, begannen sie über die Ursache der Niederlage der deutschen Armee nachzudenken und besannen sich auf ihre Pflichten gegenüber der Heimat und dem Volk. Besonders die deutschen Offiziere, die im Stalingrader Kessel von Hitler und der deutschen Heerführung gewissenlos und erbarmungslos ihrem Schicksal überlassen worden waren, begannen gegen Hitlers Kriegspolitik aufzutreten.

In Moskau bildeten kriegsgefangene Soldaten und Offiziere mit antifaschistischen Politikern, Gewerkschaftlern und Schriftstellern das Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Die deutschen Hitlergegner, die am 12. und 13. Juni 1943 auf einer Konferenz in Moskau das Nationalkomitee gründeten, setzten sich zusammen aus Arbeitern, werktätigen Bauern, Lehrern und anderen Angehörigen

der Intelligenz, die in Kriegsgefangenschaft gekommen waren, sowie aus Offizieren der Hitlerarmee, aus Reichstagsabgeordneten der KPD, Gewerkschaftsfunktionären und namhaften deutschen Schriftstellern. Zum Präsidenten des Nationalkomitees wurde der bekannte Schriftsteller Erich Weinert gewählt. Als Reichstagsabgeordnete der KPD gehörten Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin und Walter Ulbricht dem Nationalkomitee an. Unter den Mitgliedern des Nationalkomitees befand sich auch eine Anzahl Pfarrer, die als Armegeistliche in Gefangenschaft gekommen waren.

Die Gründungskonferenz wandte sich in einem Manifest an das deutsche Volk:

„Kein äußerer Feind hat uns Deutsche jemals so tief ins Unglück gestürzt wie Hitler. Die Tatsachen beweisen: Der Krieg ist verloren. Deutschland kann ihn nur noch hinschleppen um den Preis unermesslicher Opfer und Entbehrungen . . .

Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes.

Wenn das deutsche Volk sich weiter willenlos und widerstandslos ins Verderben führen läßt, dann wird es mit jedem Tag des Krieges nicht nur schwächer, ohnmächtiger, sondern auch schuldiger . . .

Das deutsche Volk braucht und will unverzüglich den Frieden. Aber mit Hitler schließt niemand Frieden. Niemand wird auch nur mit ihm verhandeln. Daher ist die Bildung einer wahrhaft deutschen Regierung die dringendste Aufgabe unseres Volkes. Nur sie wird das Vertrauen des Volkes und seiner ehemaligen Gegner genießen. Nur sie kann den Frieden bringen . . .

Für Volk und Vaterland! Gegen Hitler und seinen Krieg!

Für sofortigen Frieden!

Für die Rettung des deutschen Volkes!

Für ein freies unabhängiges Deutschland!¹

Die illegalen antifaschistischen Kämpfer in Deutschland erhielten jetzt durch den Kurzwellensender „Freies Deutschland“ regelmäßige Informationen. Der Rundfunksender des Nationalkomitees, die Frontpropaganda und das Agitationsmaterial, das durch die Urlauber in die Heimat gebracht wurde, regten die Antifaschisten im Lande an, die Arbeit der Hitlergegner in noch brei-

¹ Siehe im Anhang, S. 555–561.

Freies Deutschland

ORGAN DES NATIONALKOMITEES // FREIES DEUTSCHLAND //

Nr. 1
19. JULI
1943

MANIFEST des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an die Wehrmacht und an das deutsche Volk

Der Feind hat sich von uns Deutschen erwartungsvoll entfernt. In dieser Stunde stehen wir als Nation wieder auf. Die Wehrmacht, die in dieser Stunde wieder aufsteht, ist die Wehrmacht der Deutschen. Sie ist die Wehrmacht der Deutschen, die sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzt. Sie ist die Wehrmacht der Deutschen, die sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzt. Sie ist die Wehrmacht der Deutschen, die sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzt.

Wir sind die Deutschen. Wir sind die Deutschen, die sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzt. Wir sind die Deutschen, die sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzt. Wir sind die Deutschen, die sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzt.

Am 12. und 13. Juli 1943 sind in Berlin die Konferenzen der Wehrmacht und der Bevölkerung des Reiches abgehalten worden. Die Wehrmacht und die Bevölkerung des Reiches sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden. Sie sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden. Sie sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden.

Die Wehrmacht und die Bevölkerung des Reiches sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden. Sie sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden. Sie sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden.

Die Wehrmacht und die Bevölkerung des Reiches sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden. Sie sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden. Sie sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden.

Die Wehrmacht und die Bevölkerung des Reiches sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden. Sie sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden. Sie sind sich einig geworden, dass sie sich für die Freiheit und die Zukunft des Vaterlandes einsetzen werden.

terer Front zusammenzuschließen und die Verbindungen unter den einzelnen Gruppen zu verstärken. Auch in Deutschland entwickelte sich im Herbst 1943 die Bewegung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Die verschiedenen illegalen Gruppen begannen sich zusammenzuschließen. Die Leitung der Saefkow-Gruppe nahm mit den in Sachsen und in Thüringen arbeitenden Widerstandsgruppen Verbindung auf. In einer Reihe von Zusammenkünften der leitenden Genossen, an denen unter anderem Anton Saefkow, Franz Jacob, Theo Neubauer, Magnus Poser, Georg Schumann und Otto Engert teilnahmen, wurde eine Plattform mit der Bezeichnung „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“ ausgearbeitet, die auch zu den kommunistischen Funktionären im Konzentrationslager Sachsenhausen hineingeschmuggelt werden konnte. Es wurde auch versucht, die Stellungnahme des damals in der Strafanstalt Bautzen gefangengehaltenen Genossen Ernst Thälmann zu diesem Dokument einzuholen. Gleichzeitig wurden durch diese Zusammenkünfte der leitenden sächsischen, thüringischen und Berliner Genossen die Organisations- und praktischen Fragen des weiteren Kampfes auf eine höhere Stufe gehoben. So wurde zum Beispiel der Austausch von politischen Informationen und von herausgegebenen Schriften und Flugblättern zwischen den Gruppen organisiert. Von nun an bezeichneten sich mehr und mehr die verschiedenen Gruppen als Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Die politische Beratung und die organisatorische Zusammenarbeit dieser Organisationen schufen bereits den Kern einer zentralen operativen Leitung im Lande. Im Todesurteil beschuldigten die faschistischen Blutrichter Theodor Neubauer auch, er habe begonnen, den „bisher für Berlin, Sachsen und Thüringen geplanten Führungskopf als Organisationsspitze im Reichsmaßstab“ auszubauen.¹

Der wachsende Einfluß dieser echten Volksbewegung gegen Hitler war stark genug, die Hitlerregierung zu alarmieren. In zahlreichen Befehlen verschiedener Nazidienststellen und Wehrmachts-

¹ Vgl. Otto Winzer, „Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg“, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 231.

kommandos spiegelte sich die Angst der Faschisten vor der Wirksamkeit der Losungen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ wider. Um die Idee des Überlaufens an der Front zu ersticken, wurde den Soldaten angedroht, daß ihre Angehörigen in diesem Falle mit dem Tode oder lebenslänglicher Haft im Konzentrationslager bestraft werden würden. Der Gestapoterror steigerte sich. Im ersten Halbjahr 1944 wurden über 510 000 Personen wegen Widerstandaktionen gegen das Naziregime verhaftet. Als im Sommer 1944 in Deutschland der Ruf nach Frieden lauter wurde und die Hitlerclique ihr baldiges Ende fühlte, gab sie den Befehl zur Ermordung Ernst Thälmanns. Hitler fürchtete den unbesiegbaren Gefangenen Ernst Thälmann, der noch im zwölften Jahre seiner Kerkerhaft ebenso fest zu seiner Überzeugung stand wie 1933.

Aber auch die Westmächte waren unzufrieden über die wachsende antifaschistische Bewegung. In einem Bericht, den der damals in der Schweiz tätige Chefagent der amerikanischen Militärspionage Allan W. Dulles von seinem deutschen Agenten Gaevernitz erhielt, heißt es:

„Es existiert in Deutschland ein kommunistisches Zentralkomitee, das die kommunistische Tätigkeit in Deutschland leitet und kontrolliert... Ständig kommen aus Rußland konstruktive Ideen und Pläne für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege. Im Vergleich dazu haben die demokratischen Länder der Zukunft von Zentraleuropa nichts zu bieten. Diese Ideen und Pläne werden von den Kommunisten unter den Massen des deutschen Volkes verbreitet... Der Zug zur äußersten Linken hat erstaunliche Ausmaße angenommen und gewinnt ständig an Bedeutung. Wenn es so weitergeht, so müssen die deutschen Arbeiterführer (die rechten sozialdemokratischen Führer. *W. U.*) befürchten, daß die Demokraten den Frieden verlieren werden, selbst wenn sie auch einen militärischen Sieg erringen.“

Die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands und die Versuche des deutschen Monopolkapitals zur Rettung seiner Machtpositionen

Die sichere Perspektive der militärischen Niederlage Deutschlands in Verbindung mit der wachsenden Volksbewegung gegen Hitler stellte die monopolistische Spitze der deutschen Bourgeoisie

vor die bange Frage, wie sie angesichts der militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands ihre Macht retten könnte. Ihre Herrschaft über das deutsche Volk war mit dem Hitlerfaschismus und dem Hitlerkrieg identisch. Sie sahen ihre Aufgabe vor allem darin, zu vermeiden, daß eine offene und vollständige Niederlage zum Tage der Abrechnung des deutschen Volkes und aller anderen Völker mit den deutschen Imperialisten und Militaristen werde.

1918 hatten die deutschen Konzernherren in einer ähnlichen Situation einen Ausweg aus der militärischen Niederlage gesucht und ihre Machtpositionen gerettet. Damals hatten sie sich rechtzeitig mit den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern in Verbindung gesetzt und mit ihnen gemeinsam ein Programm zur Rettung der deutschen Industrie- und Bankherren auf Kosten des deutschen Volkes durchgeführt. Durch Aufnahme von zwei sozialdemokratischen Staatssekretären in die Regierung und durch Unterstützung sozialpolitischer Forderungen, wie Achtstundentag, Einführung der Sozialversicherung usw., führten sie damals die deutsche Arbeiterklasse irre und hielten sie vom Kampf für den Sturz der monopolkapitalistischen Herrschaft ab. Aber solche Möglichkeiten bestanden 1945 nicht. Alle demokratischen Organisationen waren zerschlagen, die Hitlerpartei war vor dem deutschen Volk und den anderen Völkern kompromittiert. Entsprechend der gegebenen Lage mußten die deutschen Konzernherren jetzt andere Wege suchen. Der Weg, auf dem sie die Rettung erhofften, waren unter den gegebenen Umständen ihre internationalen Geschäftsverbindungen und ihre klassenmäßige Interessengemeinschaft mit dem amerikanischen und dem englischen Monopolkapital.

Der größte deutsche Konzern, IG Farben, war zum Beispiel mit der amerikanischen Standard Oil Company verbunden. Der IG-Farbenkonzern hatte mit Hilfe amerikanischer Truste die Weltmonopolstellung in der Magnesiumproduktion erlangt. Der amerikanische Konzern General Motors produzierte in Deutschland über 50 Prozent aller Automobile usw. Insgesamt betrug der Gesamtwert der deutschen Aktiva in den Vereinigten Staaten während des

Hitlerkrieges etwa 200 Millionen Dollar. Die amerikanischen Konzerne waren an den meisten großen deutschen Konzernen kapitalmäßig beteiligt. Zwar befand sich Deutschland mit den USA und Großbritannien im Kriege. Aber die Herren der Truste hatten über viele Kanäle ihre Verbindungen aufrechterhalten. Sie wußten, daß auch die amerikanischen und englischen Imperialisten mehr als alles andere einen Sieg der sozialistischen Sowjetunion fürchteten.

Die gemeinsamen Interessen mit den ausländischen Imperialisten wie die gemeinsame Furcht vor dem Sieg des Sowjetstaates schienen den deutschen Konzernherren die geeignete Plattform, auf der sie ihre Pläne aufbauten. Es ging darum, die Beziehungen zum internationalen Monopolkapital auszunutzen, um eine antisowjetische Koalition zur Rettung des deutschen Imperialismus zustande zu bringen. Um dafür Zeit zu gewinnen und eine Grundlage zu schaffen, entwickelten die deutschen Imperialisten vielfältige Versuche, im Westen zu einer Einstellung des Krieges zu kommen. Die deutsche Armee an der Ostfront wurde als Schutzwall vor dem Kommunismus angepriesen. Solchen Gedanken gaben sich nach Stalingrad die deutschen Monopolkapitalisten und ihre Repräsentanten in der Armee und der Diplomatie fast ohne Ausnahme hin. Walter Ulbricht berichtet zum Beispiel von einer Beratung mit fünfzig deutschen Generälen im Sommer 1944:

„Das Charakteristische der Beratung mit diesen Generälen, die in der Mehrzahl an der Mittelfront in Gefangenschaft geraten waren, war die Erkenntnis, daß Hitler den Krieg bereits verloren hat. Es bedurfte also in bezug auf eine reale Einschätzung der Lage keiner langen Überzeugungsarbeit mehr. Auf die Frage, warum denn eigentlich die deutschen Offiziere und Soldaten weiterkämpfen, warum sie diesen bereits verlorenen Krieg weiterführen, antworteten einige Generäle, daß der Krieg nicht weitergeführt werde, um zu siegen, sondern um die Front zu halten, damit Zeit für Verhandlungen der Hitlerregierung mit den Westmächten gewonnen werde. Deshalb würden auch weitere Truppenteile, die in Frankreich und Italien gestanden hatten, an der Ostfront eingesetzt.“¹

¹ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II, S. 316.

Die deutschen Imperialisten entwickelten über alle nur möglichen Kanäle „Friedensgespräche“ mit Kreisen des amerikanischen und englischen Großkapitals. Von Papen erklärte später im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, er habe gegen Ende des zweiten Weltkrieges auf internationaler Ebene „Friedensgespräche“ geführt. Tatsächlich wandte sich 1943 dieser Hitlerbotschafter in der Türkei an den als Profaschisten bekannten amerikanischen Diplomaten Earle, um Vorbesprechungen über einen gegen die Sowjetunion gerichteten Separatfrieden zu führen.¹ Gleichzeitig nutzte er seine guten Beziehungen zum Vatikan dafür aus. Im Auftrage Hitlers nahm Papen die Verbindung zum Papst auf. Über einen Besuch beim Papst berichtet Papen folgendes:

„Nachdem ich die Fragen eingehend mit dem Kardinalstaatssekretär besprochen hatte, empfing mich Papst Pius XII. Seine Heiligkeit begrüßten meine Frau und mich voll väterlicher Güte und mit den Worten, wie beglückt er sei, in Hitler eine Persönlichkeit an der Spitze der deutschen Regierung zu sehen, die den kompromißlosen Kampf gegen Kommunismus und Nihilismus auf ihre Fahne geschrieben habe. In der Tat, die Atmosphäre war so herzlich und die Zustimmung so allgemein, daß es in einer für die Arbeitsweise des Vatikans ungewohnten Schnelligkeit gelang, die Grundlinien eines Entwurfs festzulegen. Mit ihnen fuhr ich nach Berlin zurück, und der Vatikan befaßte jetzt den deutschen Episkopat mit der Frage.“

Schacht, der Finanzberater und Sonderbevollmächtigte Hitlers für die Kriegswirtschaft, benutzte seine Verbindungen insbesondere über die Internationale Bank in Basel, um von den amerikanischen Imperialisten die Unterstützung für eine neue deutsche Regierung aus Leuten der Truste zu erreichen, „um den Kampf gegen den Bolschewismus im Osten weiterzuführen“². Nach einer Beratung bei Krupp, an der neben anderen Bankiers auch Baron von Schroeder teilgenommen hatte, wurde der IG-Farben-Direktor Schnitzler nach Madrid und Lissabon gesandt, um

„die Verbindungen zu den ausländischen Industriellen im Interesse einer Zusammenarbeit der Feindstaaten nach dem Kriege zu erneuern, wobei er

¹ Vgl. M. Guss, „Die amerikanischen Imperialisten als Inspiratoren der Münchener Politik“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 210.

² Siehe Kai Moltke, „Krämer des Krieges“, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 280.

ihnen die Wünsche in bezug auf das Statut Europas nach Beendigung der Kriegshandlungen darlegen wollte“¹.

Alles das geschah nicht gegen, sondern im Einvernehmen mit der Hitlerclique. Im Nürnberger Prozeß sagte der deutsche Außenminister Ribbentrop aus, daß er im Januar 1945 und später „Friedensfühler“ ausgestreckt habe, um den Krieg nicht auf militärischem, sondern auf politischem Wege zu beenden, das heißt durch ein Abkommen mit den regierenden Kreisen Englands und der USA.² Auch Gestapoleute wie Himmler und Kaltenbrunner knüpften Verbindungen im Ausland an, um dem Plan der deutschen Monopolherren den Weg zu bahnen.

Große Initiative entfaltete Papst Pius XII. Niemals hat der Papst die Verbrechen des Faschismus verurteilt. Als jedoch die deutschen und italienischen Armeen eine Niederlage nach der anderen erlitten, bemühte er sich, die faschistische Herrschaft zu retten. Papst Pius XII. sprach den Wunsch aus, daß dem Besiegten „Barmherzigkeit“ widerfahre. Er machte seinen Einfluß geltend, um eine bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands zu verhindern. Offenkundig war der Papst sehr besorgt um das Schicksal der herrschenden kapitalistischen Kreise in Deutschland. Deshalb befürwortete er einen separaten Friedensvertrag der USA und Großbritanniens mit Deutschland und versuchte durch die Kirche die Frage zu beantworten, wie die Welt nach dem Kriege aussehen werde. Der Papst wandte sich gegen die Nationalisierung der Industrie. Er verteidigte die kapitalistische Ausbeuterherrschaft und wandte sich gegen die Bodenreform. Die Pläne des Vatikans gingen dahin, einen Sonderfrieden herbeizuführen, um die Zerschlagung des Hitlerstaates zu verhindern. Der Papst hatte während der Besetzung Roms sehr enge Beziehungen zu den Hitlergeneralen, auf die er sich im Kampf gegen den Kommunismus stützte.

¹ Siehe M. Guss, „Die amerikanischen Imperialisten als Inspiratoren der Münchener Politik“, S. 211.

² Vgl. M. M. Scheinmann, „Der Vatikan im zweiten Weltkrieg“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 287; „Tägliche Rundschau“ vom 31. März 1946.

Die Projekte und Bestrebungen, den deutschen Monopolherren über den verlorenen Krieg hinweg ihre Macht zu erhalten und einen Ausweg auf Kosten und zum Schaden des deutschen Volkes und der anderen Völker zu finden, werden in der Sprache der westdeutschen Geschichtsklitterer heute oft als „Widerstand“ bezeichnet und sollen die Hitlergegnerschaft von Leuten wie Schacht, Papen, Pferdenges u. a. beweisen. Diese Legende wird dadurch unterstützt, daß die Grundkonzeption des Plans der Rettung der deutschen Monopole sich – wenn auch durchaus nicht bei allen dieser „Retter“ – mit Gedanken der Beseitigung Hitlers verband. Sie lag auch dem mißglückten Attentatsversuch gegen Hitler zugrunde, den die Gruppe um Hitlers ehemaligen Preiskommissar Goerdeler und den Generaloberst von Beck am 20. Juli 1944 unternahm.

Das Attentat auf Hitler wurde in einer Situation vorbereitet, als die Katastrophe Hitlerdeutschlands bereits sichtbar war. Früher war die Durchführung wirkungsvoller Kampfmaßnahmen gegen die Hitlerregierung zurückgestellt worden mit der Begründung, daß man die erfolgreiche Landung der amerikanischen und englischen Truppen in Frankreich abwarten müsse. Die gleichen Kräfte der Bourgeoisie, die Hitler mit zur Macht gebracht und die Politik des faschistischen deutschen Imperialismus unterstützt hatten, solange er militärische Erfolge hatte, versuchten beim Herannahen der Niederlage einen Absprung aus dem Zuge, der dem Abgrund zueilte, um die Grundlagen der monopolkapitalistischen Herrschaft zu retten.

Dr. Goerdeler, der Preiskommissar Hitlers bis zum Jahre 1936, war das Haupt der Verschwörung vom 20. Juli 1944. Er war zuletzt als Auslandsvertreter der Firma Krupp tätig. Schacht schreibt in seinen Memoiren über Goerdeler: Die Gruppe Goerdeler war eine Gruppe von Konservativen, die der Meinung waren, daß Deutschland der Grenzwall des Abendlandes gegen den Osten sei. Deshalb dürfe der Krieg nicht bis zur Katastrophe Deutschlands gehen, sondern müsse durch eine Verständigung zwischen einer Regierung ohne Hitler, Göring und Goebbels mit den Vertretern der USA

und Großbritanniens beendet werden. Goerdeler und seine konservativen Freunde suchten deshalb die Verbindung mit Offizierskreisen, um ein Attentat auf Hitler zu organisieren.

Zwischen Goerdeler und solchen Militärs wie Generaloberst von Hammerstein, General Beck und Oberst Stauffenberg gab es Meinungsverschiedenheiten, weil diese Offiziere bereit waren, auch mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten und die Verbindung zur Sowjetunion aufzunehmen. Bei den Beratungen mit führenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern wie Mierendorff, Leuschner und Leber zeigte sich der Widerstand der engeren Freunde von Goerdeler gegen soziale und demokratische Forderungen. Es kam nach langen Beratungen zu einer Verständigung über die Vorbereitung einer neuen Regierung, die sich zusammensetzen sollte aus vier Militärs, drei Deutschnationalen, fünf Vertretern des Katholizismus und der evangelischen Kirche und zwei Sozialdemokraten. Es ist charakteristisch für die Politik der Goerdeler-Gruppe und des Teils der deutschen Bourgeoisie, der sich durch die Trennung von Hitler zu retten suchte, daß ihre Hauptforderung nicht der sofortige Frieden war. Der Entwurf der Regierungserklärung beginnt mit der Erklärung über die „Majestät des Rechts“, aber nicht mit der sofortigen Einstellung der Kriegshandlungen und dem Vorschlag an die Alliierten und an alle von Hitlerdeutschland überfallenen Staaten zu Verhandlungen.

Im Entwurf der Regierungserklärung wird statt dessen zur „Verteidigung des Vaterlandes“ aufgerufen und die Bevölkerung ersucht, noch weitere Opfer für den Krieg zu bringen. Gleichzeitig wurde die Fortführung der Kriegszwangswirtschaft erklärt. Über den vorgesehenen Regierungschef Goerdeler plaudert Hjalmar Schacht in seinen Memoiren folgendes aus:

„Die Firma Krupp in Essen wollte Goerdeler danach für ihr Direktorium gewinnen. Herr Krupp von Bohlen hielt es für richtig, sich wegen dieser Absicht vorher die Genehmigung Hitlers einzuholen, die ihm versagt wurde. Die Verhandlungen mit Goerdeler wurden abgebrochen. Gewissermaßen zum Trost sandte ihm Krupp auf eine Auslandstour, mit der Aufgabe, wirtschaftliche Berichte nach Hause zu schicken. Für diese Auslandsreisen habe

ich Goerdeler auf seinen Wunsch eine Reihe von Einführungsbriefen mitgegeben, die ihn meinen Freunden als einen zuverlässigen Gesprächspartner empfahlen.“

Zahlreiche Dokumente und Fakten beweisen den Charakter des Komplotts, mit dem die deutschen Monopolherren ihren Ausweg aus dem Kriege suchten:

1. Goerdeler selbst berichtete in seiner Aussage vor dem „Volksgericht“ über ein Gespräch mit Offizieren im Generalkommando Münster:

„Ich meinerseits habe ihnen dargelegt, daß man nun an dem Punkt angelangt sei, wo man politische Mittel einsetzen müsse, um das zu erreichen, was mit rein militärischen Mitteln nicht zu schaffen sei.¹ Diese Mittel seien in der Gegensätzlichkeit der Lebensinteressen Englands und Rußlands gegeben. England habe ein Lebensinteresse daran, daß Rußland nicht weiter nach Westen vordringe, gar auf den Balkan komme und die englischen Besitzungen in Asien angreifen könne. Davor könne es sich nur mit Hilfe eines genügend starken Deutschlands schützen. Auch Polen könne man in die Kombination mit einbeziehen und damit England das Einschwenken erleichtern, denn auch ein selbständiges Polen östlich der Grenzen von 1914 sei aus Selbsterhaltungstrieb gegenüber dem Bolschewismus auf Deutschland angewiesen, ja, müsse an seiner Seite kämpfen.“²

Wie eng sich Goerdeler mit dem bestehenden Regime verbunden fühlte, geht aus der Tatsache hervor, daß er in einem Gespräch mit P. erklärte, er werde die Pläne der Einleitung von Friedensverhandlungen mit England und der Umbildung der Hitlerregierung Hitler selbst vortragen.

2. In seinem Urteil gegen den von Goerdeler als Innenminister vorgeschenen ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz³ stellt das Freislersche Blutgericht fest:

„Goerdeler suchte ihn (Bolz) in Stuttgart, seinem Wohnort, im Herbst 1942 auf und entwickelte ihm, der Krieg stehe schlecht, wahrscheinlich gehe er verloren, und dann stehe der Kommunismus bereit da, während

¹ Beachtlich ist die fast wörtliche Übereinstimmung mit der Aussage Ribbentrops vor dem Nürnberger Militärtribunal.

² „Tägliche Rundschau“ vom 15. August 1948: „Die entlarvten Helden“.

³ Geheime Reichssache 1 L 460/44 und 1 L 486/44.

andere, die ihn in einem solchen Katastrophenfall abwehren wollten, nicht bereit seien. Dann berieten beide, ob man den Dingen ihren Lauf lassen oder für den Fall eines aktiven Eingreifens schon jetzt Vorbereitungen treffen müsse, und Goerdeler sagte nun, er suche Männer für eine Regierung unter ihm als Reichskanzler und für leitende Stellungen in den einzelnen Ländern. Loeser¹ solle Finanz-, Popitz Kultur-, Wirmer Justiz-, Hassell oder von der Schulenburg Außenminister werden, Leuschner Vizekanzler. Ob er sich auch für ein Amt in der Regierung zur Verfügung stelle. Er denke für ihn an den Innenminister. Bolz erklärte sich bereit. An der Spitze solle ein General als Reichspräsident stehen.“²

Eine Militärdiktatur unter dem Generalfeldmarschall von Witzleben sollte an Stelle der Hitlerdiktatur errichtet werden. Ein Kabinett von Vertrauensleuten der Monopolherren, die durch den Hitlerfaschismus nicht allzu offen kompromittiert waren, sollte die Hitlerregierung ablösen.

5. Die Herren der Verschwörung waren nicht bereit, ein Risiko zu übernehmen, so lange nicht feste Garantien für die Unterstützung durch die anglo-amerikanischen Monopolherren gegeben waren. Allan W. Dulles, der seit 1942 als Leiter der amerikanischen Spionage in Europa (OSS) von der Schweiz her zahllose Verbindungen mit den deutschen Monopolherren und ihren Agenten hatte, sagt in seinem Buch „Verschwörung in Deutschland“:

„Die Gruppe ist nur dann bereit, loszuschlagen, wenn sie von den Westmächten die Versicherung erhält, daß sie nach Beseitigung der Nazis direkte Verhandlungen über die weiteren praktischen Schritte mit den Angelsachsen beginnen kann. Die Gruppe hat ein spezielles Interesse daran, die Verhandlungen über Washington und London zu führen und nicht direkt mit Moskau verhandeln zu müssen. Das Hauptmotiv für ihre Aktion ist der glühende Wunsch, Zentraleuropa davor zu bewahren, ideologisch und faktisch unter russische Herrschaft (!) zu kommen.“³

4. Die Haltung der deutschen Arbeiterklasse im Falle eines Putsches machte den Herren nicht geringe Sorgen. Goerdeler selbst sagte aus:

¹ Ein Mann der Krupp AG.

² „Tägliche Rundschau“ vom 15. August 1948: „Die entlarvten Helden“.

³ Siehe „Neues Deutschland“ vom 20. Juli 1951.

„Ich hatte inzwischen begonnen, Fühlung mit verschiedenen politischen Gruppen zu nehmen, insbesondere mit der ehemals christlichen und sozialistischen Arbeiterschaft.“¹

Bolz sprach, wie das Urteil gegen ihn zeigt, schon bedeutend konkreter. Dort heißt es:

„Um die Wende 1942, im Sommer 1943 und um die Wende 1943/44 sah er sich auch mit dem früheren Zentrumsgewerkschafter Kaiser, der, wie er wußte, eine leitende Stellung in einer zu gründenden Einheitsgewerkschaft bekommen sollte.“²

Herr Kaiser war den Monopolherren aus der Weimarer Zeit in guter Erinnerung. Gewisse Aussagen im Goerdeler-Prozeß zeigen, daß den Herren vorschwebte, die faschistische Arbeitsfront unter Führung von Jakob Kaiser zu erhalten. Die Arbeitsfront sollte lediglich reformiert werden. Es ist bemerkenswert, daß in der vorbereiteten Regierungserklärung Goerdelers nichts über die Rechte der Arbeiter gesagt wurde. Es wurde aber erklärt, daß die Regierung den deutschen Arbeiter „nicht von der Wirkung der die Wirtschaft beherrschenden natürlichen Gesetze freistellen“ könne. Damit wurde die kapitalistische Ausbeutung, die unter dem Nazi-regime aufs Äußerste verschärft worden war, ausdrücklich als gesetzlich erklärt.

5. Zu denen, die mit ins Komplott gezogen wurden, gehörte auch eine Reihe von sozialdemokratischen Politikern. Aber hier waren die Herren so vorsichtig, nur solche hinzuzuziehen, die frei von jedem Verdacht waren, die wirklichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse zu vertreten, und die gegen die Sowjetunion eingestellt waren. Allan W. Dulles berichtet darüber:

„So gegen Weihnachten 1942 trafen sich Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und Emil Henk, alte Sozialdemokraten und Mitglieder des Kreisauer Kreises in einem Kurort in den bayerischen Bergen. Sie wußten um die Pläne für die Ermordung (Hitlers) und fragten sich jetzt: ‚Und was nun nach Hitler?‘ Nach welcher Seite würde sich Deutschland wenden? Die amerikanischen, britischen Streitkräfte waren weit weg, man konnte nicht

¹ „Tägliche Rundschau“ vom 15. August 1948: „Die entlarvten Helden“.

² Ebenda.

sobald mit einer Invasion auf dem Kontinent rechnen: von El Alamein, wo der Sieg soeben errungen war, bis vor die Tore Berlins war ein weiter Weg. So kamen sie zu der Schlußfolgerung, daß, solange die Russen die einzige Nation wären, die auf dem Kontinent eine große Streitmacht hatten, das Verschwinden Hitlers Deutschland nur zu leicht dem Kommunismus ausliefern würde.

Nach den Berichten von Paul Henk beschlossen diese Sozialdemokraten, nun bei ihren Kameraden ihren Einfluß aufzubieten, Hitlers Ermordung so lange hinauszuschieben, bis sich die amerikanischen und britischen Heere auf dem Kontinent festgesetzt hätten und wenigstens mit dem Osten um die Wette sich um die Herrschaft über Deutschland bemühen könnten.¹

Daß Goerdeler kein demokratisches Deutschland wollte, sondern einen föderativen Ständestaat, der weder die Herrschaft des Monopolkapitals noch die Machtpositionen der Großagrarien antastete, beweisen folgende Tatsachen. Goerdeler war für die politische Elitebildung, das heißt für das Führerprinzip. Er schlug vor, daß neben dem Reichstag ein Oberhaus als „Reichsständehaus“ geschaffen werden sollte aus Vertretern der Berufsgruppen, Kirchen und Universitäten. An Stelle der alten Länder sollten Reichsgaue geschaffen werden, die von Landeshauptleuten geleitet werden. Die Gewerkschaften sollten durch Umbenennung der Arbeitsfront neu belebt werden. Sie sollten sich jedoch auf Tagesaufgaben beschränken. Der Beitrittszwang und die Beitragserhebung durch die Arbeitgeber sollten beibehalten werden.

In bezug auf die Frage des Staatsoberhauptes wurde die Wahl eines Generals oder eines Mitgliedes der Hohenzollerndynastie als Monarch erwogen.

Die Grundkonzeption Goerdelers, zu verhindern, daß die Sowjetunion den Hitlerfaschismus auf deutschem Boden zerschlug, stimmte mit der politischen Konzeption gewisser führender Sozialdemokraten, die in den USA und in Großbritannien in Emigration lebten, überein.

„Im Juli 1945 beriefen die deutschen Sozialdemokraten, die sich in den USA aufhielten, eine Konferenz über die Fragen des Nachkriegsaufbaus Deutschlands ein. Mit Besorgnis sprachen diese ‚Sozialisten‘ von der ‚Ge-

¹ Siehe „Neues Deutschland“ vom 20. Juli 1951.

fahr', daß der ‚Bolschewismus den Krieg gewinnen könnte‘, und von der Notwendigkeit, mit allen Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes, diesen Sieg zu verhindern.“ („The Worker“, New York, 8. August 1945.)¹

Schließlich zeigt auch die Einschätzung der Ereignisse vom 20. Juli 1944, die der „Neue Vorwärts“ in seinem Gedenkartikel zum 10. Jahrestag des Attentats gab, daß der SPD-Vorstand bis heute an dieser Grundkonzeption festhält:

„Man soll sich daran erinnern, daß damals, nachdem den westlichen Alliierten die Landung in der Normandie gelungen war, an der Tatsache, daß der Krieg mit der Niederlage der deutschen Wehrmacht enden würde, kein Zweifel mehr sein konnte, daß aber die Rote Armee noch hinter Warschau stand.“

Wirklich ehrliche Vertreter der deutschen Arbeiterklasse wurden von der Goerdeler-Gruppe ferngehalten. Als im Juni 1944 Stauffenberg vorschlug, Kommunisten mit in die Koalition hineinzuziehen, riet man ihm aus „Sicherheitsgründen“ davon ab.

Wenn die leitenden Personen, die sich um das Attentat vom 20. Juli gruppierten, damit den deutschen Imperialismus retten wollten, so besagt das nichts gegen die deutschen Patrioten aus Offizierskreisen und aus dem Bürgertum, die sich ehrlich für die Interessen des deutschen Volkes einsetzten und dabei persönliche Tapferkeit bis zu ihrem Tode bewiesen. Darunter gab es auch einige, die durchaus nicht mit der Ausschaltung der Volkskräfte einverstanden waren, sondern Verbindungen mit den aktiven Widerstandskräften aus der Arbeiterklasse aufnahmen und für ein Bündnis mit ihnen eintraten (z. B. Stauffenberg und Adam Trott).

Wenn die Pläne bestimmter Kreise der deutschen Bourgeoisie damals scheiterten, so keineswegs deshalb, weil ihnen die Bankherren der City und der Wallstreet etwa kein Gehör liehen. Im Gegenteil, sie fanden dort Sympathie und Unterstützung. Diese Pläne scheiterten jedoch, weil die Rote Armee jeden Widerstand hinwegfegte und eine Verbindungslinie nach der anderen zerschlug. Jede Hoffnung, ihren siegreichen Vormarsch aufhalten zu

¹ Zitiert in M. M. Scheinmann, „Der Vatikan im zweiten Weltkrieg“, S. 312/313.

können, wurde zerschlagen. Ferner scheiterten die Pläne, weil es den imperialistischen Regierungen trotz aller ihrer Machenschaften nicht möglich war, mitten im Kriege offen mit dem Feind zu paktieren und den siegreichen Verbündeten zu verraten. Die Völker Englands und der USA waren von den Siegen der Roten Armee begeistert und verlangten von ihren Regierungen Kampf gegen den deutschen Faschismus und Militarismus und Hilfe für die Sowjetarmee. Im amerikanischen Volk entstand eine Stimmung, die der Außenminister Byrnes kurz nach dem Zusammenbruch des Hitlerreichs wie folgt beschrieb:

„Wenn man sich der Stimmung des Volkes der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion erinnert, wie sie in den Tagen unmittelbar nach der Kapitulation Deutschlands herrschte, muß man zugeben, daß damals die Sowjetunion über einen Schatz von Achtung und Vertrauen verfügte, der ebenso groß und vielleicht noch größer war als der jedes anderen Landes.“

Vor allem aber scheiterten diese Pläne gewisser Kreise der deutschen Bourgeoisie deshalb, weil sie das eigene Volk fürchteten und damit die einzige Kraft ausschalteten, die imstande war, Hitler zu stürzen und die geschichtlichen Aufgaben zu lösen, die vor Deutschland standen. Die Goerdeler-Gruppe wollte nicht Deutschland und das deutsche Volk, sondern den deutschen Imperialismus retten.

*Die Vorbereitung der KPD auf den Sturz des Hitlerfaschismus
und die Schaffung der Grundlagen
eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands*

Während der ganzen Zeit des Hitlerfaschismus haben die deutschen Kommunisten nichts unversucht gelassen, das deutsche Volk vor dem Krieg und der nationalen Katastrophe zu bewahren. Von allen Parteien und Organisationen hatte nur die Kommunistische Partei schon während der Nazizeit ein konstruktives Programm zur Rettung der deutschen Nation entwickelt. Alle anderen Parteien und Organisationen hatten vor Hitler kapituliert, hatten auf

den Kampf verzichtet und waren im Sumpf des „Dritten Reiches“ versunken. Allein die Kommunistische Partei hat keine Stunde den Kampf gegen Hitlers Kriegspolitik aufgegeben! Ihr unversöhnlicher Kampf gegen Hitler war Kampf um die ureigensten Interessen der Nation. Der hemmungslose Chauvinismus und die infame, verlogene Antisowjethetze konnten die deutschen Kommunisten nicht ins Wanken bringen.

Keinen Augenblick verloren sie das Vertrauen in die Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes. In seiner Kerkerhaft schrieb Ernst Thälmann, der geliebte Führer des deutschen Proletariats:

„Wir Kommunisten lieben unser Volk und unser Land. *Darum* wollen wir es frei von kapitalistischer Lohnsklaverei, frei von faschistischer Diktatur, frei von Konzentrationslagern und Unterdrückung.“¹

Aus den Erfahrungen der ersten Jahre des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus heraus und angesichts der gesteigerten Kriegsgefahr entwickelte die KPD in ihren Konferenzen in Brüssel 1935 und in Bern 1939 ein umfassendes Programm für den Sturz der Hitlermacht und eine demokratische Entwicklung des deutschen Volkes.

Angesichts der nahenden Zerschlagung der Hitlerherrschaft berieten Anfang 1945 das Politbüro der KPD und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ über die Aufgaben, vor denen die deutschen Antifaschisten stehen würden, sobald die Sowjettruppen, von Osten kommend, und die amerikanischen und englischen Truppen, von Westen kommend, die deutschen Grenzen überschreiten würden. In den beim Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gebildeten Kommissionen wurden die Aufgaben ausgearbeitet, die zur Normalisierung des wirtschaftlichen Lebens, zur Entfernung der Faschisten aus den Verwaltungen, zur Verhaftung der faschistischen Kriegsverbrecher, zur Entwicklung eines neuen demokratischen Lebens, zur Schaffung freier Gewerkschaften und im Kampf um die politisch-moralische Vernichtung des Faschismus

¹ „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands“, S. 375.

zu lösen waren. Die Antifaschisten wurden verpflichtet, von Anfang an die engste Zusammenarbeit mit den Offizieren der Sowjetarmee herzustellen und ihnen jede Unterstützung zu gewähren. Ferner wurde davon ausgegangen, daß die staatlichen Verwaltungsorgane in den Städten und Gemeinden neu aufgebaut werden müßten, wobei die bewährten Antifaschisten, vor allem diejenigen, die in den Konzentrationslagern ihre Standhaftigkeit bewiesen haben, die leitenden Funktionen in der Verwaltung übernehmen sollten. Die Kommunisten und Antifaschisten standen vor der neuen Aufgabe, die demokratische Macht auszuüben und sich zu diesem Zweck mit den breitesten Kreisen der antifaschistischen und aufbauwilligen Kräfte zu verbinden. In der Direktive des Politbüros der KPD wurde für die Arbeit der Parteigruppen in Deutschland gesagt:

„Die Niederlage des Faschismus ist der größte Triumph der freiheitliebenden Völker. Auf den Trümmern des „Dritten Reiches“ wird das neue Deutschland erstehen. Die Zerschlagung des Faschismus schafft günstige Bedingungen für eine fortschrittliche Entwicklung. Der wachsende Einfluß der mächtig erstarkten Sowjetunion wird sich in der ganzen Welt auswirken. Das ist die Chance für das deutsche Volk, nach Ausrottung des Faschismus und Militarismus und nach der demokratischen Erneuerung Deutschlands als gleichberechtigte Nation an der fortschrittlichen Entwicklung teilzunehmen. Unser Ziel ist und bleibt der Sozialismus, aber wir wissen, daß in der heutigen Lage die Voraussetzungen dazu nicht gegeben sind. Der Weg dahin führt über die nunmehr möglich gewordene breite Entfaltung der Demokratie. Das ist keine formale, bürgerliche Demokratie alter Art, aber auch keine Sowjetdemokratie. Es wird eine Demokratie neuen Typus sein, die alle Möglichkeiten einer wirklichen Volksherrschaft in sich schließt.“

Als nächste Aufgabe wurde die politische, wirtschaftliche und moralische Zerschlagung des Faschismus festgelegt. Dafür wurden folgende wichtigste Ziele aufgestellt:

a) Vernichtung des preußischen Militarismus als ständiger Brutstätte der Reaktion;

b) Zerschlagung der faschistischen Staatsmacht; Säuberung der Betriebe, Institutionen und Schulen; Abschaffung aller Nazi-gesetze;

c) Beseitigung der Wurzeln des Faschismus und deutschen Imperialismus, das heißt Beseitigung der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals;

d) Beseitigung des Rassenwahns und der ganzen faschistischen Gangsterideologie; Entwicklung des Humanismus;

e) Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht und zur Sowjetunion.

In der Erkenntnis, daß keine einzelne Partei imstande ist, die ungeheuren Aufgaben zu bewältigen, wurde festgelegt, die Einheit aller Gegner des Hitlerregimes zur Rettung der Nation zu schaffen. Gemeinsame Aufgabe aller Kräfte des Volkes sei es, so wurde erklärt, aktiv am Wiederaufbau und an der Wiedergutmachung teilzunehmen.

Da nur die Arbeiterklasse das deutsche Volk bei der Durchführung des Rettungswerkes und der Demokratisierung führen konnte, war die erste Aufgabe die politische und organisatorische Neuformierung der Arbeiterklasse, das heißt die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse konnte jedoch ihre geschichtliche Aufgabe nur erfüllen, wenn sie unverzüglich nach dem Sturz des Hitlerfaschismus dazu überging, das Bündnis mit den werktätigen Bauern zu schaffen. Es galt, die Reichsnährstandsbestimmungen zu beseitigen und eine ökonomische Politik zu entwickeln, die die Bauern anregte, die Erzeugung zu steigern und ihre Ablieferungspflicht zu erfüllen. Durch die Bodenreform und die Demokratisierung im Dorf mußte eine feste Grundlage für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern geschaffen werden.

Das Politbüro der KPD lenkte die Aufmerksamkeit der Antifaschisten besonders auf die Notwendigkeit der Umerziehung der Bevölkerung. Gegen die räuberische barbarische Ideologie des faschistischen deutschen Imperialismus galt es, einen systematischen Kampf zu führen. Die Naziideologie konnte man nur beseitigen, wenn man ihre Grundlage, die Ideologie des deutschen Imperialismus selbst, überwindet. Das bedeutete Kampf gegen die Rassen-theorie, gegen die Lehre vom „Lebensraum“, gegen die Lüge vom

„deutschen Sozialismus“ Hitlers, gegen die Geschichtslügen und gegen die Lehre vom Krieg als der höchsten Form des menschlichen Lebens.

In bezug auf das kulturelle Leben wurde festgelegt, daß für die Schulen neue demokratische und auf die Sicherung des Friedens gerichtete Erziehungsziele aufgestellt werden, daß die Entfernung der aktiven Nazis aus der Lehrerschaft erfolge und die Lehrer selbst als Erzieher des Volkes geachtet werden, daß die Säuberung des Schrifttums durchgeführt werde und die Universitäten und Hochschulen nach vorübergehender Schließung ebenfalls als neue demokratische, dem werktätigen Volke zugängliche Lehr- und Forschungsinstitute neu eröffnet werden. Im Rahmen der Demokratisierung des öffentlichen Lebens wurde vorgesehen, neue Einrichtungen zur Heranbildung des Lehrernachwuchses zu schaffen, in denen gleichfalls vorwiegend Jugendliche aus den Kreisen der Werktätigen ausgebildet werden sollten.

Die Kommunisten und die Anhänger des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ waren die einzigen Kräfte, die sich auf die Durchführung eines wahrhaft demokratischen Programms zum Aufbau eines neuen Deutschlands vorbereiteten.

Katastrophe und Befreiung

Mit Chaos und Verwüstung im eigenen Land endete der verbrecherische Versuch der deutschen Imperialisten, die Weltherrschaft zu erobern. Die nazistischen Bestien, die gewissenlos Stalingrad und viele andere Sowjetstädte, Lidice, Warschau und Coventry, Rotterdam und Oradour in ein Meer von Trümmern verwandelt hatten, wollten das eigene Volk mit sich in den Abgrund hineinziehen. In Berlin und Dresden, Aachen, Nürnberg, Köln und Hamburg türmten sich die Trümmerhaufen des anglo-amerikanischen Bombenterrors. Werke der Weltkultur waren in Schutt und Asche verwandelt. Der sinnlose Widerstand aber wurde auf Befehl der Hitlerfaschisten entgegen jeder militärischen Vernunft fortgesetzt.

Nazipresse und Nazifunk peitschten die Bevölkerung mit verbrecherischer Demagogie in Untergangsstimmung und erweckten in ihr sinnlose Furcht vor der Sowjetarmee. Man müsse in Kauf nehmen, daß am Ende des Krieges nur Mütter, Kinder und Krüppel blieben, schrieb das „Schwarze Korps“.

Zugleich verbreitete die Goebbelspropaganda bis zuletzt die Illusion, daß durch weiteren Widerstand die offenkundige militärische Niederlage noch zu einem politischen Sieg werden könne, weil das Zusammentreffen der sowjetischen mit den anglo-amerikanischen Truppen zu einem militärischen Zusammenstoß führen und eine zweite Runde des Weltkrieges auslösen würde.

Brutalster Terror, wie ihn die Nazibestien bisher nur in besetzten Gebieten und in Konzentrationslagern angewandt hatten, tobte jetzt gegen die eigene Bevölkerung. Gestapoleute und Funktionäre der NSDAP machten Jagd auf Defätisten und „Feindhörer“. Versprengte Soldaten und kriegsmüde Zivilisten wurden ohne Gerichtsverfahren auf der Straße erschossen. In einem Geheimbefehl der 19. Armee (General Wiese) hieß es, daß „die Möglichkeit eines Standgerichtsverfahrens nicht dazu führen darf, daß in Fällen, in welchen sofortiger Waffengebrauch geboten ist, auf diesen verzichtet wird“. Denunzianten und Spitzel hielten letzte, blutige Ernte. Ohne Gewissen wurden im sogenannten Volkssturm halbwüchsige Jugendliche den heranstürmenden Panzern entgegengestellt. Viele der militärisch nicht ausgebildeten Volkssturmeute erkannten die Sinnlosigkeit des weiteren Widerstandes und suchten bei der ersten Gelegenheit das Weite.

Demagogie, Terror und Volkssturm konnten am Zusammenbruch nichts mehr ändern. Das „Dritte Reich“ war in völliger Auflösung. Militärischer Widerstand, Lügen und Terror der letzten Tage waren nicht zuletzt darauf berechnet, den Partei-, SS-, Gestapoführern, Generalstäblern und dem Geheimdienst Zeit zu geben, sich und ihr Vermögen nach Westen zu retten und möglichst vielen Militärs Gelegenheit zu bieten, sich von den Truppen der Westmächte gefangennehmen zu lassen statt durch die Sowjetarmee.

Wenn es den demokratischen Kräften des deutschen Volkes auch nicht gelungen war, den Faschisten die Waffen rechtzeitig aus der Hand zu schlagen, so war es in diesen Tagen der Auflösung des „Dritten Reiches“ in einer großen Reihe von Städten und Dörfern selbst dem gesteigerten Terror der Gestapo und SS nicht mehr möglich, deutsche Patrioten an wirksamen Aktionen zur Rettung ihrer Heimatstädte und zur Beendigung der Kriegshandlungen zu hindern. An verschiedenen Orten gelang es deutschen Antifaschisten, durch beherzte Aktionen den Vormarsch der Alliierten zu erleichtern, Menschenleben zu retten und Städte, Dörfer und Betriebe vor mutwilligen Zerstörungen zu bewahren. In einer Reihe von Orten gelang es auch, Versuche der Gestapo zu durchkreuzen, die noch zuletzt die Hauptkräfte des antifaschistischen Widerstandes vernichten wollte.

Als sich zum Beispiel die amerikanischen Heere Leipzig näherten, trugen die Gruppen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ die Losungen des offenen Widerstandes in die Bevölkerung. Obwohl die SS-Henker noch am 12. April 1945 53 Antifaschisten aller Nationen ermordet hatten und die Gestapo weitere 100 Antifaschisten verschleppt hatte, ging die Leipziger Widerstandsgruppe zu offenen Aktionen über. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ erließ am 14. April 1945 einen Tagesbefehl an alle Nazi-gegner mit der Losung:

„Schluß mit dem wahnsinnigen Krieg der Nazis! Die Stunde der Befreiung von der Naziknechtschaft ist angebrochen! Jetzt gilt es zu handeln.“

Tags darauf wurde folgendes Flugblatt verbreitet:

„Die Panzerarmeen sind im Anmarsch auf Berlin... Hitler und seine verbrecherische Meute weiß, daß ihr Ende unmittelbar bevorsteht. Im feigen, erbärmlichen Todeskampf versuchen sie noch, große Teile unseres Volkes in den Abgrund zu stürzen. Dieses letzte blutige Morden gilt es zu verhindern. Das sind wir unserem Volke, uns selbst und der Geschichte gegenüber schuldig! Auf uns und unser Handeln blicken die freien Völker der Welt. Mit heißem Herzen steht zu uns die sozialistische Sowjetunion und ihre tapfere, ruhmreiche Armee. Die Stunde der Befreiung vom faschi-

stischen Joch erfolgt mit Hilfe der militärischen Kräfte der großen Nationen...

Diese Tatsachen sind Richtschnur unseres Handelns. Jeder einzelne hat, je nach Lage und dem Stand der militärischen Situation, seine antifaschistische Pflicht zu erfüllen. Dabei gilt es, noch strengste Konspiration zu wahren...“

Folgende Hauptaufgaben sind in diesem Flugblatt genannt:

„1. Kampf mit allen Mitteln gegen die Weiterführung des Krieges. Verhinderung des Widerstandes... Sichtbare Friedensbereitschaft... (rote und weiße Fahnen), Sympathiekundgebungen. Rücksichtslose Niederschlagung wahnwitziger Heckenschützen und Werwolleute. Einwirkung auf unsere deutschen Soldaten zur Niederlegung der Waffen. Verweigerung der Einberufung zum Volkssturm. Aufnahme von flüchtigen Soldaten...

2. Rücksichtsloser Kampf gegen die faschistischen Kriegsverbrecher... (Festnahme. Sicherstellung der Waffen). Bewaffnung der aktiven Antifaschisten. Bildung von wehrfähigen Aktivgruppen... Verhinderung von faschistischen Sabotageakten.

3. Aktive Mitarbeit am Wiederaufbau. Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung. Sicherung der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung. Beschlagnahme von Lebensmitteln. Sicherung und Arbeit in lebenswichtigen Betrieben. Beschaffung von Transportmöglichkeiten...

Die unermüdliche Tätigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ der Stadt Leipzig hatte Erfolg. Die Faschisten wollten Leipzig verteidigen. Sie konnten es aber nicht, weil die Bevölkerung ihnen feindlich gegenüberstand. Der Volkssturm ging kompanieweise, ohne zu kämpfen, nach Hause. Als die amerikanischen Verbände in die Stadt einrückten, hatte das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in Leipzig die Macht der Hitlerclique zerschlagen und das Leben der Leipziger Bevölkerung und viele materielle Werte der Großstadt erhalten.

Auch in Rostock gelang es den Widerstandsgruppen, die geplante Verteidigung der Stadt zu durchkreuzen. Noch für die Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1945 plante die Gestapo einen letzten Schlag, insbesondere im Osthafen, bei Arado und bei Heinkel, gegen die relativ starken Widerstandsgruppen, die sowohl deutsche wie ausländische Antifaschisten umfaßten. 157 Funktionäre und Mitglieder dieser Gruppen sollten ermordet werden. Diese verbreche-

rische Tat konnte nicht mehr ausgeführt werden, weil die Verbindung der Antifaschisten zur SS und zum Volkssturm Gegenmaßnahmen ermöglichte. Die vorbereiteten Brückensprengungen wurden größtenteils verhindert. Die Mehrzahl der in den Rostocker Betrieben beschäftigten Arbeiter gaben sich nicht dazu her, die verbrecherischen Anweisungen der Faschisten zu befolgen und die Betriebe zu sprengen. Durch die Einsicht des Stadtkommandanten wurde Rostock zur offenen Stadt erklärt. Die Nazis flohen. Auf ihrem Anmarsch nach Rostock erreichten die sowjetischen Panzer zuerst die Brücke an der Mühlentorschleuse, die noch im letzten Moment, als sich der erste Panzerspähwagen der Sowjetarmee auf ihr befand, durch einen faschistischen Polizeioffizier gesprengt wurde. Die Brücke am Petritor konnte jedoch gerettet werden, und über sie zogen die Truppen der Roten Armee in Rostock ein.

Deutsche Frauen, die unter den aktiven Hitlergegnern einen hervorragenden Platz einnahmen, hinderten an verschiedenen Orten die faschistische Bestie an der Zerstörung ihrer Heimatstädte. In Anklam bildete sich eine Frauendelegation, die vom Wehrmachtskommandanten die Übergabe der Stadt verlangte. Dort gelang es auch einigen Kommunisten und Antifaschisten, in entscheidender Stunde unter Einsatz ihres Lebens zwei Geschützstellungen außer Gefecht zu setzen. In Chemnitz beseitigten Frauen eine Panzersperre über die Chemnitz. In Eberswalde demonstrierten beim Herannahen der Befreiungsarmee ungefähr einhundert Arbeiterfrauen mit ihren Kindern vor dem Gebäude des Wehrbezirkskommandos und verlangten durch Sprechchöre die kampflöse Übergabe der Stadt. Nur durch Einsatz von Truppen und Maschinengewehren konnten die Faschisten die Demonstration auflösen.

Die Teilnehmer an diesen Aktionen kamen aus allen sozialen Schichten und politischen Richtungen, die sich jetzt zusammenfanden, um vereint die Zerstörung ihrer Stadt zu verhindern und den Krieg zu beenden. In ihren Aktionen zeigte sich der Einfluß der Arbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Nationalkomitees „Freies Deutschland“.

In Berlin jedoch mußte die Bevölkerung den bitteren Kelch des Hitlerterrors und der Zerstörung bis zur Neige auskosten. Die sinnlose Verteidigung Berlins war eines der größten Verbrechen der deutschen Militaristen gegen die eigene Bevölkerung. Der Adjutant des Generals Weidling, des letzten Kommandanten des Verteidigungsbereichs Berlin, erklärte wenige Tage nach dem Fall von Berlin:

„Die Verteidigung Berlins, ohne daß die erforderlichen Kräfte vorhanden waren, bedeutete militärisch einen durch nichts zu rechtfertigenden glatten Mord an der hintergangenen Bevölkerung.“

Ohne jede militärische Vernunft wurde die Bevölkerung gezwungen, auf den Straßen Barrikaden und Sperrn zu bauen, hinter denen „Volkssturmleute“ mit Beutegewehren und „Panzerfäusten“ die sowjetischen Panzer aufhalten sollten. Angehörige der Polizei und selbst der Feuerwehr wurden an die Front geschickt.

Berlin bot in den letzten Tagen des Zusammenbruchs ein grauenhaftes Bild. Hatte schon ein furchtbarer anglo-amerikanischer Terrorangriff am 3. Februar die Innenstadt fast vernichtet, so war in den letzten Tagen ganz Berlin eine Hölle von Tod und Verwüstung geworden. Die Straßen waren durch Panzersperren, umgestürzte Masten, zerfetzte Bäume und ausgebrannte Wagen fast unpassierbar. Straßenbahnleitungen hingen zerfetzt herab. Selbst als der Widerstand schon zusammengebrochen war, setzten die anglo-amerikanischen Bomber ihre Terrorangriffe über Berlin und anderen Städten fort und vernichteten sinnlos Menschenleben und Wohnviertel.

Seit Wochen hockten die Bewohner Berlins in Bunkern und Kellern; Luftwarnungen waren nicht mehr möglich, weil die Elektrizitätsversorgung aufgehört hatte. Die Familien waren auseinandergerissen. Die Wohnungen wurden nicht mehr aufgesucht. Häufig wußte man nicht einmal, ob sie nicht schon den Bomben zum Opfer gefallen waren. Es gab keine Zeitungen und zuletzt auch keinen Rundfunk. Es gab kein Trinkwasser. Unter Artillerie-

beschuß mußte die Bevölkerung Wasser von den wenigen Straßenpumpen holen, an denen lange Schlangen standen. Die Bahnen verkehrten nicht mehr, der Post- und Telefonbetrieb war eingestellt. Ein Viertel der Berliner U-Bahnstrecke stand unter Wasser. Noch in den letzten Stunden vor der Kapitulation setzten SS-Banden den S-Bahnschacht am Bahnhof Friedrichstraße unter Wasser und ertränkten Hunderte von Soldaten, Frauen und Kindern, die dort Schutz gesucht hatten.

Schon lange vor dem Einmarsch der Roten Armee war in Berlin wie in Dresden und anderen Städten die Lebensmittelversorgung ins Stocken geraten. Seit vielen Monaten waren Bahnhöfe und Eisenbahnknotenpunkte durch den ständigen Bombenhagel unbenutzbar. Die meisten Lebensmittellager waren vernichtet. Was bis zum Einmarsch der Roten Armee durch Fliegerbomben nicht zerstört worden war, wurde von tierischen SS-Horden in die Luft gesprengt.

Die Arbeit in den Betrieben hatte völlig aufgehört. Selbst wenn der Betrieb noch existierte, gab es keinen Strom. Die Menschen sahen auch in der Arbeit keinen Sinn mehr. Niemand wollte sich von seiner Familie noch trennen, weil er nicht wußte, ob er sie wiederfinden würde.

Durcheinander und Unsicherheit herrschten überall auf Straßen und Landstraßen. Befreite Fremdarbeiter strebten ihrer Heimat zu. Scharen von Flüchtlingen durchzogen das Land, die wenigen geretteten Habseligkeiten mit sich schleppend, nicht wissend, ob und wie sie Heim und Angehörige wiederfinden würden. In Anschlägen an den Mauern und später in Anzeigen der ersten Zeitungen suchten Familienangehörige einander. Flichende Faschisten verbargen sich unter den Trecks auf der Straße, bildeten in Städten und Wäldern Banden und verübten hinterhältige Verbrechen gegen die deutsche Bevölkerung und gegen Angehörige der Besatzungsmacht.

So sah es in vielen Städten und auf den Straßen Deutschlands aus, als die Kriegshandlungen aufhörten und die Menschen endlich weggehen konnten, Keller und Bunker zu verlassen.

Es gibt keine statistische Gesamtübersicht über die Verluste und Schäden der letzten Kriegswochen. Gewiß gab es Städte, die von Kriegshandlungen weniger betroffen wurden. Folgende Zahlen und Fakten mögen festgehalten werden, um die Tiefe der Katastrophe zu kennzeichnen, die die Machthaber Hitlerdeutschlands über Deutschland gebracht haben:

Bei Flächenangriffen auf 61 deutsche Großstädte wurden nach einer Schätzung in Berichten der United States Strategic Bombing Survey 5 600 000 Häuser zerstört oder beschädigt und 7 500 000 Menschen obdachlos.¹

Niemals wurde bekannt, ob in der Schreckensnacht vom 13. zum 14. Februar 1945 in Dresden 350 000 bis 400 000 Menschen ihr Leben verloren, wie damals der Leiter des Nazipropagandaamts Dresden nach Berlin berichtete, oder ob es „nur“ 100 000 waren, wie eine Schweizer Zeitschrift schrieb.²

In Dresden waren von 220 000 Wohnungen 80 000 vollkommen zerstört, 75 000 schwer beschädigt und weitere Tausende durch mittlere oder leichte Schäden vorübergehend unbewohnbar geworden.

Im Sommer 1945 betrug in Dresden die Säuglingssterblichkeit 73 Prozent.

Bei der Volkszählung in Berlin am 1. Dezember 1945 wurden 8350 männliche, aber 17 410 weibliche Jugendliche im 19. Lebensjahr, 6657 männliche, aber 18 517 weibliche Jugendliche im 20. Lebensjahr, 6323 männliche, aber 19 187 weibliche Jugendliche im 21. Lebensjahr festgestellt.

Als in Berlin im Sommer 1945 infolge der Störungen in der Trinkwasserversorgung eine Ruhr- und Typhusepidemie entstand, existierten von den 55 000 Krankenbetten der Vorkriegszeit nur noch 8500, von 6500 Ärzten nur noch 2400. Die Kranken mußten von ihren Angehörigen auf Tragbahnen zu den Krankenhäusern gebracht, die Toten auf Handwagen befördert werden.

¹ P. M. S. Blackett, „Militärische und politische Folgen der Atomenergie“, Berlin 1949, S. 259.

² Axel Rodenberger, „Der Tod von Dresden“, Dortmund 1952, S. 168.

In Berlin hatten 578 000 Rentner, mit ihren Familienangehörigen zusammen 550 000 Menschen, seit Februar 1945 keine Renten mehr erhalten. Seit Anfang April 1945 gab es auch keine Versorgung der Kranken durch die Sozialversicherung mehr.

In Berlin waren von 225 städtischen Brücken 140 zerstört, die die Wasserstraßen blockierten. Im Bereich der Eisenbahngeneraldirektion Dresden waren 221 Brücken, davon 176 Eisenbahn- und 45 Wegebrücken, gesprengt.

In Berlin waren von 60 000 Handwerksbetrieben nur 19 000 übriggeblieben.

*

In den Straßen der deutschen Hauptstadt zerschlug die Sowjetarmee den letzten Widerstand der Naziarmee und gab der Nazi bestie den letzten Stoß. Noch am 15. April hatte Hitler in einem Aufruf an die Wehrmacht und das deutsche Volk behauptet, die Sowjetarmee werde niemals Berlin betreten, sie werde östlich Berlins geschlagen werden. Am 25. April vereinigten sich südlich und nördlich Berlins vorstoßende Sowjetarmeen bei Potsdam, schlossen den Ring um Berlin und drangen von allen Seiten in die Hauptstadt ein. Ein Stadtbezirk nach dem andern wurde besetzt. Mit größtem Heldenmut und unter großen Opfern besetzte die Sowjetarmee Straßenzug um Straßenzug und bahnte sich den Weg ins Zentrum. Am 30. April hißten die sowjetischen Sergeanten Milton Kantarija und Michail Jegorow das rote Banner des Sieges und der Befreiung auf dem Gebäude des Reichstags. Am 2. Mai kapituliert die Berliner Garnison.

Die Menschen atmeten auf, als sie nach vielen Wochen Bunker und Keller verließen. Die Tage des Grauens waren vorüber. Es fielen keine Bomben mehr, das Dröhnen und Bersten der Granaten hatte aufgehört. Die braunen Terrorbanden waren verschwunden. Aber nur wenigen kam es damals zum Bewußtsein, daß trotz des äußeren Bildes von Chaos und Zerstörung eine große geschichtliche Wende eingetreten war. Die Sowjetarmee hatte dem deutschen Volk Leben und Freiheit zurückgegeben. Am deutschen Volk lag es jetzt, im eigenen Haus Ordnung zu schaffen.

DIE INGANGBRINGUNG DES WIRTSCHAFTLICHEN
UND DEMOKRATISCHEN LEBENS*Antifaschisten – Aktivisten der ersten Tage*

Plakate verkündeten der deutschen Bevölkerung die Grundlinie der sowjetischen Politik gegenüber dem besiegten Deutschland:

„Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“¹

Endlich erfuhr die deutsche Bevölkerung die Wahrheit, die ihr die Hitlerfaschisten lange Zeit verheimlicht hatten. Wer es nur sehen wollte, konnte jetzt erkennen, daß die Sowjetarmee nicht als Eroberer gekommen war, um Vergeltung zu üben, sondern als Befreier, um den Faschismus und Militarismus zu vernichten, um den Frieden in Europa zu sichern und dem deutschen Volk zu helfen, den Weg zu einem anständigen, ehrlichen, demokratischen Leben zu beschreiten.

An den Ruinen der Häuser waren die ersten Plakate der Sowjetarmee angeschlagen. Der Held der Sowjetunion, Generaloberst Bersarin, hatte als Stadtkommandant von Berlin die gesamte administrative und politische Macht übernommen. In seinem Befehl Nr. 1 verkündete er der Bevölkerung, daß die NSDAP und alle ihre Gliederungen aufgelöst sind und ihre Tätigkeit verboten ist, daß sich jeder Werktätige in seinem Betrieb zu melden und seine Arbeit schnellstens wieder aufzunehmen hat, daß sofort Lebensmittel ausgegeben werden, daß der Betrieb der Kinos und

¹ J. W. Stalin, „Über den Kampf um den Frieden“, S. 243.

B E F E H L

des Chefs der Besatzung der Stadt Berlin

28 April 1945

Nr. 1.

Stadt BERLIN

Heute bin ich zum Chef der Besetzung und zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt worden.

Die gesamte administrative und politische Macht geht laut Bevollmächtigung des Kommandos der Roten Armee in meine Hände über.

In jedem Stadtbezirk werden gemäß der früher existierenden administrativen Einteilung militärische Bezirks- und Revierkommandanturen eingesetzt.

Ich befehle:

1. Die Bevölkerung der Stadt hat volle Ordnung zu bewahren und an ihren Wohnsitzen zu verbleiben.
 2. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und alle ihr unterstellten Organisationen (Hitlerjugend, N. S. Frauenschaft, N. S. Studentenbund usw.) sind anzulösen. Ihre Tätigkeit wird hiermit **verboten**.
- Das gesamte führende Personal aller Dienststellen der N. S. D. A. P., Gestapo, Gendarmerie, des Sicherheitsdienstes, der Gefängnisse und aller übrigen staatlichen Dienststellen hat sich binnen 48 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls in den militärischen Bezirks- und Revierkommandanturen zwecks Registrierung zu melden.
- Binnen 72 Stunden haben sich ebenfalls alle in der Stadt Berlin verble-

benden 72 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls auf den militärischen Bezirkskommandanturen abzumelden.

Für Nichtablieferung aller oben erwähnten Gegenstände in der festgesetzten Zeit werden die Schuldigen gemäß dem Gesetzen der Kriegszeit streng bestraft.

Die Inhaber von Druckereien, von Schreibmaschinen und anderen Vervielfältigungsapparaten sind verpflichtet sich bei den militärischen Bezirks- und Revierkommandanten zwecks Registrierung zu melden. Es ist kategorisch verboten, jegliche Dokumente ohne Erlaubnis der militärischen Kommandanten zu drucken, zu vervielfältigen, auszubringen oder in der Stadt in Umlauf zu setzen.

Alle ...

Theater; der Gottesdienst in den Kirchen und die Bedienung in Restaurants und Gaststätten bis 21 Uhr erlaubt sind.¹

Depression, Apathie und Demoralisierung beherrschten in den Tagen des Mai 1945 weite Kreise des deutschen Volkes. Die meisten Menschen sahen keinen Ausweg aus Chaos und Hunger und sorgten sich nur um Lebensmittel, Wohnung und Habe. Die Arbeit hatte aufgehört, den Lebensinhalt der Menschen zu bilden. Politische Zusammenhänge zu sehen hatten die meisten verlernt. Auch in die Reihen der Arbeiterklasse war der Ungeist des Militarismus und der Rassentheorie tief eingedrungen.

Die geistige Verwirrung und der moralische Verfall, den die zwölfjährige Hitlerzeit in den Köpfen der Menschen hinterlassen hatte, waren schwerer zu beseitigen als die Trümmer in den Städten und auf den Feldern. So froh die Menschen waren, den Krieg überlebt zu haben, so starrten die meisten ungläubig und pessimistisch auf die ersten Befehle und Proklamationen der Sieger. Die Antisowjethetze der Nazizeit saß in den Köpfen und wurde durch Flüsterpropaganda weiter verbreitet. Viele beherrschte die Angst vor der Verantwortung für die furchtbaren Verbrechen, an denen sich breite Kreise des deutschen Volkes durch ihre Teilnahme, ihr Wissen und ihr untätiges Schweigen mitschuldig gemacht hatten. Viele gab es, die von ihrer Mitschuld nichts wissen wollten, die all dem immer noch mit der Frage „Was hätten wir tun können?“ begegneten, sich auf Befehle beriefen und passiv verhielten.

Aber trotz der drückenden Depression und Ratlosigkeit spürten viele, daß jetzt etwas Neues kommen mußte; daß die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden durften. Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, bürgerliche Demokraten und andere Hitlergegner traten aus der Illegalität heraus, wurden aus den Konzentrationslagern befreit oder kehrten aus der Sowjetunion zurück. Vielen von ihnen hatte die Zusammenarbeit in der Illegalität bewiesen, daß die Einheit der Antifaschisten die Voraussetzung ist, um den Weg zu einem neuen, demokratischen Leben zu bahnen.

¹ Siehe im Anhang, S. 564—567.

Aber wie diese Einheit geschaffen werden konnte – das war vielen unklar.

Nach der langen Illegalität hatten die Antifaschisten wenig Verbindung untereinander und zu anderen Schichten. Selbst ein gewisses Mißtrauen gegeneinander war spürbar. Viele meinten, man müsse jetzt ähnlich anfangen, wie man vor 1933 gearbeitet hatte; sie bemühten sich, Komitees usw. zu schaffen. Es kam jedoch jetzt nicht darauf an, Volksausschüsse, Komitees der Bewegung „Freies Deutschland“, Ausschüsse des „20. Juli“ zu schaffen, wie sie vielfach spontan entstanden waren. Selbst wo solche Komitees Lebensmittelverteilung, Arbeitseinsätze und andere Aufgaben übernahmen, die in normalen Zeiten Sache der staatlichen Verwaltung gewesen wären, trugen ihre Maßnahmen notwendigerweise provisorischen Charakter und hinderten die Antifaschisten daran, schnell neue, demokratische Staatsorgane zu organisieren und von der festen und beständigen Position der Macht her die Leitung der Dinge in die Hand zu nehmen. Die grundlegende Aufgabe der antifaschistisch-demokratischen Kräfte bestand darin, unter Achtung der Besatzungsbedingungen Schritt für Schritt die politische und wirtschaftliche Macht in ihre Hände zu nehmen. Es kam jetzt darauf an, schnell Ordnung zu schaffen, Lebensmittel heranzuführen, die Straßen, den Verkehr, die Strom- und Wasserversorgung in Ordnung zu bringen, Wohnungen zu reparieren und Seuchen zu vermeiden. Dazu mußten schnell Kreis- und Stadtverwaltungen aus bewährten Antifaschisten aufgebaut werden. Die antifaschistischen Kräfte mußten sich diesen konkreten Aufgaben zuwenden und an der Spitze neuer örtlicher Organe die Massen an die ehrliche Aufbauarbeit heranführen, um so die Werktätigen durch eigene Erfahrung zu überzeugen, daß die Antifaschisten ihr Vertrauen verdienten.

Das wichtigste war jetzt, alle politisch bewußten zuverlässigen Kräfte auf die Bildung der neuen Verwaltungsorgane zu orientieren.¹ Gerade in dieser Richtung wirkten die Initiativgruppen von

¹ Vgl. hierzu Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II, S. 419.

Kommunisten, die in Berlin unter Walter Ulbricht, in Dresden unter Hermann Matern und Anton Ackermann und in Mecklenburg unter Gustav Sobottka arbeiteten. Sie erreichten, daß sich die antifaschistischen Kräfte auf diese Hauptaufgaben konzentrierten und so schnell Vertrauen und Führung der Volksmassen erwarben. Die Komitees wurden aufgelöst. Niemand kann bestreiten, daß es vor allem die Kommunisten waren, die aktiv arbeiteten, um in dem allgemeinen Chaos wieder die erste Ordnung zu schaffen, die Ernährung zu sichern und die Volkskräfte mit Initiative und Lebensmut zu erfüllen. In der praktischen Arbeit allein zeigte sich, wer wirklicher Demokrat und Vertreter der Volksinteressen war.

*

Aber aus eigener Kraft allein wäre die deutsche Bevölkerung damals nicht imstande gewesen, sich wieder Boden unter den Füßen zu schaffen. Die sowjetischen Kommandanten und Offiziere, die eben noch an der Front gegen die faschistischen Heere gekämpft hatten, gingen jetzt mit unvergeßlicher Energie daran, den Deutschen zu helfen und sie zu ermuntern, selbst zielbewußt und kühn an die Arbeit zu gehen. Das war – nachdem die faschistische Herrschaft niedergedrungen war – die Krönung ihrer Befreieraufgabe. Damalsschrieb ein sowjetischer Korrespondent in der „Prawda“: „Die Bevölkerung ist dem Tode durch Hunger, Durst und Seuchen geweiht, falls wir nicht sofort und drastisch eingreifen und die Berliner nicht selbst den notwendigen Lebenswillen und Energie beweisen.“

Den großzügigen Maßnahmen von Sowjetregierung und Sowjetarmee verdanken Millionen Deutsche, daß sie nicht nach Aufhören der Kampfhandlungen noch zugrunde gingen. Viele Berliner erinnern sich mit Dankbarkeit an die Rotarmisten, die an die deutsche Bevölkerung Brot und Suppe austeilten, während die Kämpfe gegen die deutsche Armee noch anhielten. Mit Lebensmitteln aus sowjetischen Beständen wurden die ersten, allerschwersten Wochen in Großstädten wie Berlin und Dresden überbrückt.

Natürlich ging es nicht darum, der deutschen Bevölkerung die Arbeit und die Verantwortung abzunehmen, sondern es ging dar-

um, Bedingungen zu schaffen, unter denen die demokratischen Kräfte in Stadt und Land selbst beginnen konnten, ein neues Leben aufzubauen. Hätten nicht damals die sowjetischen Kommandanten durch ihr stetiges Drängen Initiative und Aktivität von der deutschen Bevölkerung verlangt und manchmal direkt erzwungen, so wäre es nicht gelungen, die Menschen aus der Lethargie herauszureißen und wieder mit Lebensmut und Initiative an die Arbeit zu bringen. Es gab nicht wenige, die abwarteten und sich verkrochen, wenn es galt, die Straßen zu räumen oder Kartoffeln abzuladen. In seiner Rede zur Gründung des Berliner Magistrats zeigte Generaloberst Bersarin, was die Sowjetarmee von der deutschen Bevölkerung erwartete:

„Heute erhebt sich die Frage, wie die nächsten Aufgaben der Stadt Berlin gelöst werden können. Vor allem ist notwendig, daß sich jeder zur Arbeit ehrlich verhält. Ferner ist notwendig, daß alle diejenigen aus dem Wege geräumt werden, die uns in der Arbeit stören. Hier wurde die Frage gestellt, ob die früheren Faschisten ausgeschaltet werden sollen. Ich meine hierzu: Wer in der Praxis des Faschismus fortfährt und sich für ihn betätigt, muß entfernt werden. Außerdem sind diejenigen Faschisten, die mitschuldig sind am Unglück der Welt, zu beseitigen.

Indem ich mich an Sie wende, an die Stadtverwaltung und alle übrigen Anwesenden, möchte ich erreichen, daß sich alle einheitlich, gemeinsam und schnell auf Grund einer neuen höheren bewußteren Disziplin an die Arbeit begeben. Gewaltige Hilfe in dieser Arbeit erweist Ihnen die Sowjetregierung. Als ich am 25. April 1945 mit meinen Truppen nach Berlin vorrückte, als Berlin noch gegen uns kämpfte, hatten wir schon Anweisung von Marschall Stalin, Lebensmittel für die Bevölkerung der Stadt Berlin heranzuschaffen. Jetzt interessiert sich Marschall Stalin täglich dafür, wie die Arbeit fortschreitet. Ich muß Ihnen sagen, daß sich auf einer ganzen Reihe von Gebieten ehrliche Menschen bereits ernstlich an die Arbeit gemacht haben, so daß ich schon Unterlagen besitze, um an Marschall Stalin zu berichten. Aber ich muß Ihnen auch etwas anderes sagen: Daß sich noch bei weitem nicht die ganze Bevölkerung der Stadt Berlin an die Arbeit der Wiederherstellung begeben hat. Unter Wiederherstellung verstehe ich: Die Straßen, die in guten Zustand gebracht werden müssen, die Wohnbauten, die nicht ausreichen – man muß Wohnungen schaffen, denken Sie an den Winter –, die Wiederherstellung der beschädigten Wohnungen, ein Gebiet, auf dem noch nicht genügende Aktivität zu verzeichnen ist, ich denke ferner an das Verkehrswesen, das bereits in den nächsten Tagen in Ordnung gebracht

werden muß, schon um das Heranbringen der Lebensmittel zu sichern. Das alles erfordert große Arbeit von seiten des Oberbürgermeisters und seiner Stadtverwaltung. Aber sie werden es nicht schaffen, wenn die Bevölkerung nicht hilft. Ich denke weiter an den Einsatz der gesamten Bevölkerung zur Herstellung wirklich sanitärer Zustände in der Stadt, damit keine Infektionskrankheiten aufkommen und jeder Kranke geheilt werden kann. Eine große Aufgabe ist auch von den Künstlern zu leisten. Sie haben der Bevölkerung der Stadt Berlin, die gut und hart arbeiten wird, die Möglichkeit zu geben, Befriedigung und Entspannung zu finden.

Viele Aufgaben stehen also vor der Stadtverwaltung, und ich wiederhole, daß nur, wenn ehrlich und aufrichtig an die Arbeit herangegangen wird, wir uns bald über ihre Erfolge werden freuen können. In jedem Stadtviertel, in jedem Hause sollte heute nur an eines gedacht werden: daß schnell und gut mitgearbeitet werden muß.¹

Am 9. Mai 1945 traf der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, A. I. Mikojan, in Berlin ein und informierte sich eingehend über die Lebensmittellage. Er fuhr durch bereits notdürftig wieder frei gemachte Straßen und sprach mit der Bevölkerung. Er besichtigte Betriebe, Mühlen, Brotfabriken, Häfen, Lagerräume, Güterbahnhöfe, Schlacht- und Kühlhäuser, Fleischereien und andere Geschäfte. Das Dringendste mußte schnellstens instand gesetzt werden. Es gab lange Beratungen mit den Offizieren der sowjetischen Bezirkskommandanturen und mit deutschen Antifaschisten, die sich als erste dem Wiederaufbau zur Verfügung gestellt hatten. Über die Eindrücke A. I. Mikojans berichtete damals die „Prawda“:

„Ende April und Anfang Mai sind dem Sowjetkommando eine Reihe Meldungen von Soldaten und Offizieren der Roten Armee zugegangen über die schwere Lebensmittellage der Bevölkerung der Stadt Berlin. In ihren Briefen und Meldungen berichteten die Soldaten und Offiziere der Roten Armee, daß die Bevölkerung in zerstörten Häusern, in Kellern und Luftschutzbunkern wohnt, ohne Licht, Wasser, Kanalisation, über keinerlei Lebensmittelvorräte verfügt und hungert. Überall erbetteln Frauen, Kinder und Greise von Rotarmisten Brot, sammeln sich in großen Scharen vor den Feldküchen und Kantinen der Armee.

Etwa in gleichen Verhältnissen lebte auch die Bevölkerung von Dresden, obgleich die Zerstörungen hier geringer sind und die Lage etwas besser ist.

¹ „Berliner Zeitung“ vom 21. Mai 1945.

Diese Zustände in Deutschland veranlassen unser Kommando, Maßnahmen zur Besserung der Lebensmittellage der Deutschen zu ergreifen.

Doch das ist nicht der alleinige Grund.

Unsere Moral und die Traditionen der Sowjetvölker fordern eine menschliche Behandlung der friedlichen Bevölkerung des besiegten Landes. Der große russische Feldherr Suworow sagte: Solange der Feind kämpft, muß man ihn schonungslos schlagen, doch einen besiegten Feind, und insbesondere die Zivilbevölkerung, muß man großmütig behandeln. Auch ein bekanntes russisches Sprichwort sagt: „Den Liegenden schlägt man nicht.“ Wohl haben wir die Hitlerarmee in schweren Kämpfen zertrümmert und Berlin besetzt, doch lassen unsere Moral wie auch unsere Traditionen nicht zu, Not und Leiden der friedlichen deutschen Bevölkerung gleichgültig mitanzusehen.

Deshalb ging das Sowjetkommando, in Berlin durch Marschall Shukow, in Dresden durch Marschall Konew vertreten, daran, das normale Leben in diesen von der Roten Armee besetzten Städten wiederherzustellen. Zuerst wurde für die Verpflegung der hungerleidenden Bevölkerung gesorgt. Es wurden die Verpflegungsrationen festgesetzt, die höher sind, als die knappen Hungerrationen zur Zeit der Hitlerherrschaft.

Das Sowjetkommando hat durch die Stadtverwaltungen von Berlin und Dresden die Versorgung der Bevölkerung dieser Städte mit Verpflegung organisiert...

Gleich nach Beendigung der Kampfhandlungen in Berlin und Dresden machten sich die Truppen der Roten Armee an die Wiederherstellung der Stadtwirtschaft. Ingenieure und Techniker der Roten Armee leiten die Arbeiten der Deutschen bei der Herstellung der Kraft- und Wasserwerke, der Kanalisation, der Straßen- und Untergrundbahnen, der Säuberung der Stadtstraßen vom Schutt usw. Die von der faschistischen Propaganda eingeschüchterte Bevölkerung dieser Städte hat sich jetzt mit eigenen Augen überzeugt, daß unsere Truppen sich an der friedlichen Zivilbevölkerung für die von den Hitlerleuten verübten Bestialitäten nicht rächen, sondern die Zivilbevölkerung großmütig behandeln.

Viele Einwohner von Berlin drücken der Sowjetregierung und dem Sowjetkommando ihren wärmsten Dank für ihre Fürsorge aus...

Die Stimmung der Einwohner von Berlin hat sich zusehends gebessert. Die Leute verlassen ihre unterirdischen Unterkünfte und sahen zum ersten Male nach vielen Wochen das Tageslicht und nach sechs Jahren zum ersten Male wieder in der Nacht beleuchtete Straßen von Berlin.

Viele Berliner erklären offen, daß sie die Behandlung des Sowjetkommandos verwundert.¹

¹ „Tägliche Rundschau“ vom 22. Mai 1945.

Die dringendste Aufgabe der ersten Tage und Wochen war die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung. Immer neue Probleme türmten sich auf: war Mehl da, so fehlte es an Kohlen zum Backen. Kamen Kartoffeln, und waren selbst die Arbeitskräfte da, um sie auszuladen, so fehlte es an Schaufeln oder Säcken. Wußte man schon nicht, wieviel Versorgungsberechtigte es gab, so fehlte darüber hinaus jede Übersicht über die Zusammensetzung der Bevölkerung.

Zur großen Überraschung der Bevölkerung schaffte die Rote Armee selbst Kartoffeln in großen Mengen durch ihre Kraftwagenkolonnen heran. Die Zuteilung von Kartoffeln war weit höher als in den letzten Monaten unter dem Naziregime.

In Berlin waren in den ersten Wochen Brot und andere Lebensmittel direkt von der Besatzungsmacht über die Hausvertrauensleute an die Bevölkerung verteilt worden. Am 15. Mai aber schon wurde durch Anschlag und Flugblätter den Berlinern folgendes bekanntgegeben:

„Um die regelmäßige Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen, hat das sowjetische Militärkommando durch den Kommandanten der Stadt Berlin der Stadtverwaltung ausreichende Mengen von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt.“

Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben erhielten täglich 600 Gramm Brot, 80 Gramm Nahrungsmittel, 100 Gramm Fleisch, 30 Gramm Fett, 25 Gramm Zucker; Arbeiter erhielten 500 Gramm Brot, 60 Gramm Nahrungsmittel, 65 Gramm Fleisch, 15 Gramm Fett und 20 Gramm Zucker. Die Normen für Angestellte waren 400 Gramm Brot, 40 Gramm Nahrungsmittel, 40 Gramm Fleisch, 10 Gramm Fett und 20 Gramm Zucker. Die übrige Bevölkerung bekam 300 Gramm Brot, 30 Gramm Nahrungsmittel, 20 Gramm Fleisch, 7 Gramm Fett und 15 Gramm Zucker. Außerdem erhielt jeder Einwohner täglich 400 Gramm Kartoffeln und monatlich 400 Gramm Salz. Ferner gab es auf Karten Bohnenkaffee, Kaffee-Ersatz und Tee. Gelehrte, Ingenieure, Ärzte, Kultur- und Kunstschaffende, sowie die leitenden Personen der Stadt- und Bezirksverwaltungen, der großen Industrie- und Verkehrs-

Tägliche Rundschau

Nr. 1

Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung

15. Mai 1945

An die Bevölkerung der Stadt Berlin

Um die regelmäßige Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen, hat das Sowjetische Militärkommando durch den Kommandanten der Stadt Berlin der Stadtverwaltung ausreichende Mengen von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt.

Gemäß Befehl des Militärkommandanten der Stadt Berlin, Generaloberst BERSARIN, sind ab 15. Mai 1945 folgende feste Lebensmittelrationen pro Person und Tag festgesetzt worden:

Brot		Nährmittel	
1. Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitschädlichen Betrieben	600 g	1. Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitschädlichen Betrieben	60 g
2. Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitschädlichen Berufen tätig sind	500 g	2. Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitschädlichen Berufen tätig sind	60 g
3. Angestellte	400 g	3. Angestellte	40 g
4. Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung	300 g	4. Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung	30 g

(Fortsetzung Seite 4)

Befehl des Militärkommandanten der Stadt Berlin, Generaloberst Bersarin,
vom 13. Mai 1945 über die Lebensmittelversorgung
der Berliner Bevölkerung

Ausschnitt aus der „Täglichen Rundschau“ Nr. 1
vom 15. Mai 1945, S. 1

An die Bevölkerung der Stadt Berlin

(Fortsetzung. Anfang siehe Seite 1)

Fleisch

1. Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben 100 g
2. Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind 65 g
3. Angestellte 40 g
4. Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung 20 g

Fett

- Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben 30 g
2. Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind 15 g
 3. Angestellte 10 g
 4. Kinder 20 g
 5. Nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung 7 g

Zucker

1. Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben 25 g
2. Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind, sowie Angestellte 20 g

3. Nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung 15 g

Kartoffeln

- Für jeden Einwohner 400 g

Bohnenkaffee, Kaffee-Ersatz und echter Tee

1. Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben: 100 g Bohnenkaffee, 100 g Kaffee-Ersatz und 20 g echten Tee im Monat.
2. Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind, sowie Angestellte: 60 g Bohnenkaffee, 100 g Kaffee-Ersatz und 20 g echten Tee im Monat.
3. Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung: 25 g Bohnenkaffee, 100 g Kaffee-Ersatz und 20 g echten Tee im Monat.

Salz

- Für jeden Einwohner monatlich . . . 400 g

Mengen und Form der Versorgung mit Milch, weißem Käse und anderen Milcherzeugnissen werden nachträglich bekanntgegeben.

städtischen Abfuhrung für Gesundheitswesen festgesetzt sind.

Die Brotausgabe erfolgt täglich, wobei der Verbraucher das Recht hat, Brot für zwei Tage — und zwar für den Kalendertag und den nächsten Tag — zu erhalten.

Fleisch, Fett, Zucker, Nahrungsmittel und Kartoffeln für den Monat Mai werden entsprechend den festgelegten Tagessätzen in zwei Zuteilungen ausgegeben:

erstmalig für die Zeit vom 15. Mai bis 21. Mai, d. h. für sieben Tage, und das zweite Mal für die Zeit vom 22. Mai bis 31. Mai, d. h. für zehn Tage,

Salz für die Zeit vom 20. bis 31. Mai wird in der Menge des festgelegten Monatssatzes ausgegeben.

Bohnenkaffee und echter Tee wird vom 25. bis 31. Mai ausgegeben, Kaffee-Ersatz vom 21. bis 31. Mai in der Menge des festgelegten Monatssatzes.

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten mit den neu festgelegten Sätzen an die gesamte Berliner Bevölkerung erfolgt spätestens am 14. Mai dieses Jahres.

Bis zum 15. Mai erfolgt die Zuteilung der Lebensmittel, entsprechend den zeitweiligen Sätzen der früher an die Bevölkerung ausgegebenen Lebensmittelkarten, welche bis zum 14. Mai in Kraft bleiben.

13. Mai 1945.

VERWALTUNG DER STADT
BERLIN.

Lehrer und Geistliche, erhalten die gleichen Lebensmittelrationen, die für Arbeiter festgesetzt sind.

Kranke in Krankenhäusern erhalten Verpflegung entsprechend den Sätzen, die für Arbeiter festgesetzt sind. Kranke, die besondere Ernährung bedürfen, erhalten eine Sonderverpflegung entsprechend den Sätzen, die von der

Verdiente Gelehrte, Ingenieure, Ärzte, Kultur- und Kunstschaffende, sowie die leitenden Personen der Stadt- und Bezirksverwaltungen, der großen Industrie- und Transportunternehmer erhalten die gleichen Lebensmittelrationen, die für Schwerarbeiter festgesetzt sind. Die Liste dieser Personen muß vom zuständigen Bürgermeister bestätigt werden.

Sonstige technische Angestellte in Betrieben und Unternehmen,

unternehmen erhielten die gleichen Lebensmittelrationen, die für Schwerarbeiter festgesetzt waren. Sonstige technische Angestellte in Berlin sowie Unternehmer, Lehrer und Geistliche erhielten die gleichen Rationen, die für Arbeiter festgesetzt waren. Für Kranke in Krankenhäusern waren besondere Rationen festgesetzt worden. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieser Lebensmittelrationen erfolgte die Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten.

Diese Staffelung der Lebensmittelrationen nach der gesellschaftlichen Bedeutung des einzelnen wirkte anregend und belebend auf den Arbeitsgeist. Manch einer erkannte, daß für Parasiten und Nichtstuer künftig kein Platz sein würde, und überwand die bisherige Zurückhaltung.

Zweifellos waren diese Normen (gemessen an einem normalen Lebensstandard) sehr klein und reichten vorerst nur zur Befriedigung des größten Hungers. Sicher gab es Klagen von Unzufriedenen – aber diese Menschen vergaßen, daß nicht die Sowjetunion, sondern Deutschland schuld an dieser Katastrophe war und daß sie es dem Großmut des Siegers zu verdanken hatten, wenn nicht Hunderttausende am Hunger zugrunde gingen.

Die Mehrheit der Bevölkerung atmete dankbar auf. In den Zeitungen der damaligen Tage findet man zahlreiche Zuschriften von Berliner Einwohnern. Da schrieb zum Beispiel ein Fräulein Wegener aus der Margaretenstraße in Berlin:

„Wir haben schreckliche Zeiten mitgemacht. Soviel Unglück hat Hitler über uns gebracht. Vor den Russen hatte man uns solche Angst eingejagt, und gerade die helfen uns wieder auf die Beine. Überall wird die Verfügung über die neue Lebensmittelzuteilung freudig besprochen.“

Ein Geistlicher aus Berlin-Kreuzberg schrieb:

„Jeder Satz dieser neuen Lebensmittelverordnung ist bedeutungsvoll. Mich erstaunt besonders, daß Lehrer und Geistliche die gleichen Lebensmittelrationen wie die Arbeiter erhalten.“

Frau Elise Horn, Berlin, Irenenstraße, schrieb:

„Ich kann alles noch gar nicht richtig fassen. Diese Ruhe, keine Angst mehr, man kann offen auf der Straße sprechen. Die Russen haben uns

den Frieden gebracht. Ich habe mir die neuen Verpflegungssätze genau angesehen, soviel habe ich wirklich nicht erwartet. Ich weiß gar nicht, wie die das alles beschafft haben, nachdem die Nazis uns so runtergewirtschaftet haben.“

Nicht wenige überkam die Scham, wenn sie sich erinnerten, daß die Brotrationen für die arbeitende Bevölkerung im besetzten Warschau 150 Gramm und für Juden 50 Gramm täglich betragen hatten.

Dank der uneigennütigen Hilfe und des unermüdlichen Einsatzes der Sowjetoffiziere gelang es, in dem allgemeinen Chaos wieder die erste Ordnung zu schaffen, die Ernährung zu sichern, Straßen und Brücken für den Verkehr frei zu machen, viele Wohnungen notdürftig bewohnbar zu machen und ein einigermaßen normales Leben wiederherzustellen.

Wenn sich die Bevölkerung langsam ihrer Lage bewußt wurde und erkannte, daß es jetzt anzupacken galt, so leisteten dabei die ersten demokratischen Zeitungen und die ersten Sendungen des demokratischen Rundfunks eine große Hilfe. Zum ersten Male nach zwölfjähriger demagogischer Verhetzung gab es wieder Presseinformationen und Rundfunksendungen, die die Wahrheit sagten und die Bevölkerung für Werke des friedlichen Aufbaus mobilisierten. Die erste Zeitung, die von der Sowjetarmee herausgegebene „Tägliche Rundschau“, erschien schon am 15. Mai und brachte eine umfassende Erklärung über die Aufgaben, die sich die sowjetische Besatzungsmacht in Deutschland stellte, sowie die Befehle über die Lebensmittelkartenausgabe. Die Berliner Bevölkerung riß den Zeitungshändlern die noch in geringer Auflage erscheinenden Zeitungen förmlich aus der Hand. Wenige Tage später, am 21. Mai, erschien als Organ des Berliner Magistrats die erste Nummer der „Berliner Zeitung“, die unter der Überschrift „Berlin lebt auf!“ von der Gründungsversammlung des Magistrats berichtete, auf der Generaloberst Bersarin über die großartige Politik der siegreichen Sowjetarmee gesprochen hatte. Als wenige Wochen darauf die demokratischen Parteien und Organisationen entstanden, erschien am 13. Juni die erste Nummer der „Deut-

Berliner Zeitungs

Nummer 1

Montag, den 21. Mai 1945

1. Jahrgang

Berlin lebt auf!

Feierliche Gründungsversammlung

des Magistrats von Groß-Berlin

Generaloberst Bersarin spricht

In ihre Rechte tritt heute die Berliner Stadtverwaltung, deren Aufgabe darin besteht, so schnell und so gut wie möglich das normale Leben der Stadt Berlin wiederherzustellen. Ueber die Lösung dieser Aufgabe hinaus ist es nötig, alles nur Menschlich mögliche zu leisten. Jeder, der wahrhaft gewillt ist, zu arbeiten, der sich für das Ganze einsetzen will, ist heranzuziehen, damit das Leben wieder in Gang komme.

als Berlin noch regen uns kämpfte, hatten wir schon Anweisung von Marschall Stalin, Lebensmittel für die Bevölkerung der Stadt Berlin heranzuschaffen. Jetzt interessiert sich Marschall Stalin täglich dafür, wie die Arbeit fortschreitet. Ich muß Ihnen sagen, daß sich auf einer ganzen Reihe von Gebieten eifrige Menschen bereits ernstlich an die Arbeit gemacht haben, so daß ich schon Unterlagen besitzen, um an Marschall Stalin zu berichten. Aber ich muß Ihnen auch etwas anderes sagen. Daß sich noch bei

Schon um dies Heranbringen der Lebensmittel zu sichern

Das alles erfordert große Arbeit von Seiten des Oberbürgermeisters und seiner Stadtverwaltung. Aber Sie werden es nicht schaffen, wenn die Bevölkerung nicht hilft. Ich denke weiter an den Einsatz der gesamten Bevölkerung zur Herstellung wirklich sanitärer Zustände in der Stadt, damit keine Infektionskrankheiten aufkommen und jeder Kranke geholt werden kann. Eine große Aufgabe ist auch von den Künstlern zu leisten. Sie haben der Bevölkerung der Stadt Berlin, die gut und hart arbeiten wird, die Möglichkeit zu geben, Betätigung und Entspannung zu finden.

Viele Aufgaben stehen also vor der Stadtverwaltung, und ich wiederhole, daß nur, wenn eifrig und aufrecht an die Arbeit herangegangen wird, wir uns bald

Große Aufgaben

Neunzehn Tute sind verengelt, weil sich die Truppen der Roten Armee in Berlin befinden. Während dieser Zeit hatten die Berliner voll auf die Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, wie weit entfernt von der Wirklichkeit all jenes beräuserte Geschwätz ist, das den Deutschen von Hitler und seinen Propagandisten über die Sowjetunion erzählt wurde.

Bester Beweis hierfür sind die in dieser Nummer unserer Zeitung veröffentlichten Berichte über die Gründungsversammlung der Stadtverwaltung von Groß-Berlin, die sich unter Billigung des Oberkommandos der Roten Armee gebildet hat.

Die Reden der Mitglieder der Stadtverwaltung, dieser wirklichen Vertreter der verschiedensten Schichten der Berliner Bevölkerung, waren voller Dankbarkeit an die Sowjetunion und das Kommando der Roten Armee, das alle Maßnahmen ergreift, damit Berlin wieder aufsteht und schnell die Wunden heilt, die ihm Hitler und seine Verbrecherclique zulieferten.

Die Stellungnahme der Sowjetregierung und des Oberkommandos der Roten Armee zu dieser Frage, ist die, die sich in jeder Berliner, der seine Stadt wirklich liebt, interessiert, ist klar in der Rede des Stadt-

schen Volkszeitung“, des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wenige Tage später folgte als Organ des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Zeitung „Das Volk“. Zum ersten Male seit 1933 standen den demokratischen Kräften Druckereien und Papier zur Verfügung, um eine reiche demokratische Presse aufzubauen, die bei der Aufklärung der Bevölkerung und ihrer Mobilisierung für die neuen Aufgaben große Bedeutung hatte.

Es waren Antifaschisten und beherzte einfache Männer und Frauen mit dem praktischen Sinn des Volkes, die zuerst zupackten und das Leben in Gang brachten. Bewußte Antifaschisten, vor allem die Kommunisten gingen voran, legten selbst am aktivsten und tatkräftigsten Hand an und schafften Beispiele.

Für Berlin mußten vor allem Brot gebacken und verteilt, Kartoffeln aus den Mieten in der Umgebung herangeschafft werden. Das Bäckerhandwerk hat sich in dieser Notzeit ein großes Verdienst um die Berliner Bevölkerung erworben. Die Großbäckereien standen still. In den handwerklichen Bäckereien wurde unter Mithilfe von antifaschistischen Arbeitern Tag und Nacht gearbeitet, um den Berlinern Brot zu geben. Welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, ergibt sich daraus, daß für die Versorgung der 2½ Millionen Einwohner, die Berlin damals zählte, monatlich allein an Brotmehl 24 000 Tonnen und an Nahrungsmitteln 2700 Tonnen notwendig waren. Dabei waren die Berliner Mühlen und sonstigen Getreide verarbeitenden Betriebe fast restlos zerstört. Es fehlten Treibriemen und Kohlen, Öl und Elektrizität. Viele Fachkräfte konnten ihre Arbeitsstellen nicht erreichen, weil sie weit über die aller Verkehrsmittel beraubten Stadt verstreut wohnten. Lastwagen der Roten Armee rollten durch die Straßen und brachten Lebensmittel heran. Selbst die Verteilung machte große Schwierigkeiten. Die Nazis hatten im letzten Augenblick die Einwohnerkartei vernichtet, darunter auch alle Unterlagen der früheren Kartenstellen. Provisorisch eingesetzte Hausobleute verteilten die Lebensmittelkarten und schufen die Unterlagen für eine neue Einwohnerkartei.

Unter tatkräftiger Mitarbeit der Zivilbevölkerung wurden von sowjetischen Soldaten nach und nach Häfen, Güterbahnhöfe sowie Schienenwege in Ordnung gebracht. Einige Brücken wurden wieder repariert, die Straßen wurden geräumt, die durch die vielen Leichen und Tierkadaver bestehende Seuchengefahr wurde vermindert. Strom-, Gas- und Wasserversorgung kamen langsam in Ordnung, und die städtischen Verkehrsmittel nahmen, wenn auch zunächst nur streckenweise, den Verkehr wieder auf. Einige Kinos spielten und machten die Bevölkerung mit sowjetischen Filmen bekannt. Ein erstes bescheidenes Kulturleben regte sich. Charakteristisch für die allmähliche Normalisierung des Lebens sind folgende Meldungen in den ersten demokratischen Zeitungen:

Die „Deutsche Volkszeitung“ vom 17. Juni 1945 meldete aus Treptow:

„Im Treptower Park sind zur Zeit täglich Hunderte von Frauen und Mädchen mit Instandsetzungs- und Aufräumarbeiten beschäftigt. Außerdem sind Männer und schulentlassene Jugendliche mit dem Sammeln wertvoller Baumaterialien aus Schutt- und Abrißstellen beschäftigt. Aus diesen Materialien sollen noch im Laufe des Sommers auf dem Treptower Laubengelände massive Kleinwohnungen gebaut werden.

Im Monat Mai hat das Bezirkswohnungsamt Treptow über 10 000 Einweisungen in Wohnungen vorgenommen. Der Wohnungsbedarf ist nach wie vor sehr groß, da noch viele Obdachlose aus anderen, zum großen Teil zerstörten Bezirken Berlins, sowie Rückwanderer und ehemalige politische Gefangene unterzubringen sind. Die letzteren werden natürlich in jeder Beziehung bevorzugt abgefertigt.

Der sozialen Hilfe in Treptow war es möglich, an bedürftige Kinder gratis Schuhe zu verteilen.

In der Treptower Sternwarte werden täglich russische und amerikanische Filme vorgeführt.“

Die „Deutsche Volkszeitung“ vom 18. Juni berichtete, daß schon wieder 21 Straßenbahnlinien, 4 Autobuslinien und 5 U-Bahnlinien den Verkehr auf Teilstrecken aufgenommen hätten, und berichtete über das Stadtgut Lichterfelde folgendes:

„Selbstverständlich können wir als die besiegte Nation nicht erwarten, daß wir auf die Dauer von dem Sieger ernährt werden und wir die Hände in den Schoß legen.

Deshalb sind wir in Lichterfelde, wie die DVZ bereits kurz mitteilte, darangegangen und haben versucht, die von den verantwortlichen Männern aus Feigheit verlassenen Stadtgüter Osdorf, Heinersdorf und Friederikenhof zu bearbeiten, um so die Ernährung eines Teiles der Berliner Bevölkerung sicherzustellen.

Am 5. Mai 1945 wurde von uns ein neuer Verwalter eingesetzt.

Was fanden wir damals vor? Sämtliches lebende Inventar war verschwunden. Teilweise war das Vieh durch die Kriegshandlungen erschossen oder verhungert, oder irrte herrenlos auf den Feldern umher. Auch das tote Inventar war weitestgehend durch Bombenangriffe und Artilleriebeschuß zerstört.

Durch persönlichen tatkräftigen Einsatz ist es dem neuen Verwalter gelungen, 20 Pferde als Grundstock für das neue lebende Inventar zu beschaffen. Außerdem laufen jetzt wieder vier Trecker auf den Feldern und ein Generator, der zu Transportzwecken eingesetzt wird. Durch den Arbeitseinsatz von täglich 100 bis 150 Personen zum Gemüseschneiden konnten bereits an die Bezirke Lankwitz, Lichterfelde, Steglitz, Mahlow, Lichtenrade, Schöneberg und Kreuzberg erhebliche Mengen Gemüse, in der Hauptsache Rhabarber, Spinat und Radieschen, im Werte von insgesamt etwa 45 000 RM geliefert werden.

Ferner wurden durch den Einsatz zu Hackarbeiten die bereits stark unkrauteten Felder wieder gesäubert. Kartoffeln wurden gelegt, Gemüse gepflanzt, Zuckerrüben gesät und auch das teilweise noch nicht bestellte Frühgetreide gedrillt. Nebenbei werden die Gebäude wieder instand gesetzt, so daß wir wieder die Möglichkeit haben, uns Vieh zu halten. Auch die vorhandenen Maschinen werden repariert, um die vor der Tür stehende Getreideernte auf alle Fälle sicher in die Scheunen bringen zu können.

Wahrscheinlich werden aber die vorhandenen Maschinen nicht ausreichen, und es muß mit einem verstärkten Einsatz von Arbeitskräften gerechnet werden.

Mit vereinten Kräften aller ehrlichen Antifaschisten muß es uns gelingen, die verwüsteten Felder, die uns ein zwölfjähriges Wahnsinns- und Terror-system hinterlassen hat, schnellstens in fruchtbare Äcker zu verwandeln, damit wir die uns drohende Hungerkatastrophe abwenden können.“

*

Alle diese Leistungen waren nur möglich, weil die deutschen Arbeiter ihre Verantwortung fühlten. Ihr praktischer Sinn ließ sie erkennen, daß man produzieren mußte, wenn man leben wollte. Sie fragten nicht, wer den Lohn zahlen würde, sondern fanden

sich in ihren Betrieben ein und begannen, Maschinen und Rohstoffe aus den Trümmern zu bergen, die Hallen notdürftig aufzuräumen und die Produktion in Gang zu bringen. Im Senftenberger Kohlenrevier, wo die faschistischen Konzernherren kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee den Befehl gegeben hatten, die Grubenanlagen zu sprengen, hatten Arbeiter und Angestellte diese Schandtat verhindert. Aus eigener Initiative bauten sie jetzt die von den Nazis heruntergewirtschafteten und von den Kriegereignissen stark in Mitleidenschaft gezogenen Gruben wieder auf. Schon am 7. Mai 1945 fand sich ein Teil der Arbeiter der Maschinenfabrik Appel, Spandau, im Betrieb wieder zusammen und begann den Betrieb für die Produktion herzurichten. Die Belegschaft wählte sich einen Betriebsausschuß und setzte, da der Unternehmer verschwunden war, eine Betriebsleitung ein, die später vom Bürgermeister kommissarisch bestätigt wurde.

Zuerst wurden Montagearbeiten in lebenswichtigen Betrieben durchgeführt, Baukarren, Sack-Karren, Kistenkarren, Blatthacken, Kartoffelhacken hergestellt und landwirtschaftliche Maschinen repariert.

In einer Munitionsfabrik in Berlin-Treptow fand sich zwei Tage später, nachdem die Sowjetarmee die Ordnung wiederhergestellt hatte, ein alter Metallarbeiter ein, der es als Kommunist verstanden hatte, trotz aller Spitzel die illegale Parteigruppe zu erhalten. Er begann zusammen mit seinen Genossen aufzuräumen und forderte dann durch Anschlag alle Angestellten der Firma auf, sich wieder zu melden. Von 2000 kamen 200 und nahmen die Arbeit auf. Da nur einige Drehbänke, Bohrmaschinen und Stanzen erhalten geblieben waren, mußte also mit der Hand geschafft werden. Bratpfannen, Kochtöpfe, Harken und Hacken wurden zu genau errechneten Preisen an den Einzelhandel abgegeben. Das Rohmaterial lieferten fast ausschließlich die Trümmerberge der Umgebung des Betriebes.¹

Aus Zwickau meldete die Dresdner „Volkszeitung“, das Organ der KPD im Lande Sachsen:

¹ Vgl. „Tägliche Rundschau“ vom 31. Juli 1945.

„Eine Riesenhalle in Zwickau, in der unter Hitler für Krieg und Zerstörung gearbeitet wurde, steht leer... Einige Arbeiter mit klarem Kopf und dem Willen zum Aufbau machen einen Plan, lassen ihn bestätigen und fangen an zu arbeiten. In dieser Halle werden jetzt Eisenbahnwaggons repariert. Mit 30 Arbeitern fing man an und schaffte 20 Waggons im Monat. Nach Beschaffung des nötigen Materials konnten 100 Arbeiter eingestellt werden, die Zahl der reparierten Waggons stieg auf 80. Das genügte den Zwickauer Arbeitern natürlich nicht. Sie haben sich für die nächsten drei Monate das Ziel gesetzt, mit 300 Arbeitern monatlich 160 Waggons zu reparieren.“¹

Ein besonderes Beispiel von Opferbereitschaft und Initiative zeigte die Belegschaft des Betriebes Opta Radio-AEG, Steglitz. Früher wurden in diesem Betrieb Nachrichtengeräte für die Luftfahrt hergestellt. Jetzt wurde die Produktion auf Transportwagen, Luftpumpen, Kartoffelhacken, Haus- und Küchengeräte umgestellt. Es war kein Geld vorhanden, um den Betrieb anlaufen zu lassen. Die Arbeiter und Angestellten beschlossen, den Betrieb mit eigenen Mitteln wieder aufzubauen und brachten einen sogenannten Notgroschen in Höhe von 12000 RM auf. Arbeiter und Angestellte legten ihre kleinen Ersparnisse zusammen und setzten den Betrieb, der ohne Maschinen dastand, in Bewegung.

Kraft und Opfersinn der Arbeiterklasse haben viele Großbetriebe in Gang gebracht, oft ohne Unterstützung der Unternehmer und gegen die Sabotage der Konzernherren, die für die Katastrophe Deutschlands die Verantwortung tragen. Mögen die Arbeiter nur aufbauen und sich anstrengen, dachten viele dieser Herren. Im gegebenen Moment werden wir die Sache in die Hand nehmen, und ihre Arbeit wird unser Nutzen sein. Ein Arbeiter des Telefunkbetriebes, Berlin-Zehlendorf, schrieb über den Konzerndirektor Schwab, der einer der übelsten Kriegshetzer und Einpeitscher der Kriegsproduktion im Werk gewesen war und sich jetzt in der Christlich-Demokratischen Union als demokratischer Biedermann gebärdete:

„Aber wir können auch keine Spur von innerer Umstellung, von neuem Geist bei ihm entdecken. Ganz im Gegenteil. Als er in Zehlendorf (Genfer

¹ „Volkszeitung“, Dresden, vom 3. August 1945.

Weg) anfang, Detektoren zu bauen, stellte er zunächst rund 50 alte Nazis, darunter sogar SS-Leute ein, ausschließlich leitende Angestellte und keine Arbeiter...

Jetzt sind drei Monate vergangen, aber der angeblich so tüchtige und rührige Direktor Schwab hat noch nichts Ernsthaftes unternommen, um den Betrieb wirklich auf eine Produktion von Bedarfsartikeln umzustellen, obwohl ihm dazu genügend Vorschläge gemacht wurden und Material vorhanden wäre. Er hat die Erfordernisse der Zeit nicht begriffen, sondern tut so, als gelte es, „Telefunken“ als Weltfirma in altem Sinne wieder herzustellen.¹

Keiner der Arbeiter und Angestellten, die sich damals ans Werk machten und Opfer brachten, um die Produktion aufzunehmen, konnte sich vorstellen, daß diese Betriebe wieder Monopolkapitalisten zurückgegeben würden. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter begann sich wieder zu entwickeln.

Die Werktätigen bilden neue Verwaltungsorgane

Um die sich auftürmenden Probleme zu lösen, war der Aufbau deutscher Verwaltungsorgane in Städten, Kreisen und Dörfern die dringendste Aufgabe. Lebensmittelversorgung und Enttrümmerung mußten organisiert, Straßen aufgeräumt, der Verkehr in Gang gebracht, Wasser- und Energiebelieferung wiederhergestellt, Seuchen bekämpft und Wohnungen notdürftig instand gesetzt werden, um schnell auch nur die primitivsten Grundlagen des Lebens zu sichern. Das aber war nur möglich, wenn die Bevölkerung aus der Lethargie herausgerissen und an die Arbeit zurückgeführt wurde. Die Sowjetarmee konnte helfen und anregen. Die Arbeit zu organisieren, das war jedoch Sache der deutschen Antifaschisten.

Der faschistische Staatsapparat war zertrümmert und in alle Winde zerstoßen. Viele Nazileiter faschistischer Dienststellen waren geflohen; sie hatten noch zuletzt Unterlagen vernichtet und die Amtskassen ausgeraubt. Die alten deutschen Verwaltungsor-

¹ „Deutsche Volkszeitung“ vom 12. August 1945.

gane waren stets das Machtinstrument der kapitalistischen Klasse gewesen. Als Instrument der Monopolherren, Großagrarien und anderer hatte die Staatsmacht Not, Krise, Kriege und Terror über das Volk gebracht. Sollte Deutschland einen neuen Weg gehen, so mußten bewährte Antifaschisten, wirkliche Demokraten, Menschen, die ihr Volk liebten, das Vertrauen der Werktätigen verdienten und sich nicht mit den Verbrechen des Hitlerregimes besudelt hatten, neue, demokratische Verwaltungen aufbauen. So ging das sowjetische Kommando vor, als es in allen besetzten Städten und Dörfern sofort Verbindung zu Antifaschisten, zu Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftsfunktionären und bürgerlichen Demokraten, aufnahm, sie als Bürgermeister, Landräte und Leiter der Polizei einsetzte und sie für die Versorgung, den Arbeitseinsatz, den Verkehr, das Gesundheitswesen und die öffentliche Ordnung verantwortlich machte. Die Initiativgruppen der Kommunisten in Berlin, Dresden und Mecklenburg unterstützten die sowjetischen Kommandanten dabei. Sie machten Vorschläge für die Auswahl der Kader in der Verwaltung und gaben die Orientierung auf eine breite Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, damit ein Deutschland aufgebaut wird, in dem die Menschen die Früchte ihrer Arbeit in Frieden, demokratischer Freiheit und einem glücklichen Leben genießen können.

Es waren also keine Berufsbeamte mit Fachpraxis und Ausbildung, welche die Führung in den neuen Verwaltungen in die Hände nahmen, sondern zuverlässige Demokraten. Zum Teil waren sie gerade erst aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des „Dritten Reiches“ befreit worden oder kamen aus der Sowjetunion zurück. Viele waren Funktionäre der Arbeiterbewegung, die in der Nazizeit ihrer Klasse treu geblieben waren. Solche Menschen aus dem Volk nahmen jetzt die große Verantwortung auf sich, Städte und Kreise zu verwalten. Dazu mußten sich viele gründlich umstellen. Die Kommunisten, die in Deutschland niemals an der Macht teilgehabt hatten, waren gewohnt, alle Fragen des Staates und der Verwaltung aus dem Gesichtswinkel der Oppo-

sition zu sehen. Jetzt aber mußten sie lernen, die Verantwortung zu tragen und die Macht auszuüben, um unzählige praktische Fragen zu lösen, von denen das bürgerliche Deutschland sie systematisch ausgeschlossen hatte. Die Fragen aber drängten, und von ihrer Lösung hing nicht nur Leben, Gesundheit und Ernährung vieler Menschen ab, sondern auch deren Vertrauen zu den neuen Ideen und den neuen Menschen, die den Aufbau leiteten. Mancher Sozialdemokrat und Gewerkschaftler brachte zwar aus der Weimarer Zeit Erfahrungen in Fragen der Kommunalpolitik und der Verwaltung mit, aber zugleich auch Anschauungen und bürokratische Arbeitsmethoden, mit denen die dringenden Aufgaben nicht gelöst werden konnten.

Initiative, Mut und eiserner Wille, das Neue durchzusetzen, dazu eine tiefe Liebe für das deutsche Volk waren jetzt notwendig, um die vielfältigen und außergewöhnlichen Aufgaben zu lösen. Vieles mußte improvisiert werden. Mit alten Verwaltungsbegriffen kam man nicht weiter. Der als Oberbürgermeister von Berlin eingesetzte bürgerliche Demokrat Dr. Arthur Werner, im Zivilberuf Ingenieur, sagte später in seiner ersten Rechenschaftslegung:

„Gegenüber der Größe der Aufgabe, die wir zu bewältigen hatten, versagen alle Maßstäbe und Vergleiche aus der Geschichte unserer Stadt.“

Gewiß wurden auch manche frühere Berufsbeamte zur Mitarbeit zugelassen, wenn sie nicht aktive Nazis gewesen waren. Es handelte sich aber in der sowjetischen Besatzungszone nicht einfach darum, den früheren Beamtenapparat von nazistischen Elementen zu reinigen. In der sowjetischen Besatzungszone wurde nicht davon ausgegangen, wer von alten Beamten entlassen werden sollte, sondern es wurde gegenüber der Vergangenheit ein Schlußstrich gezogen. Es wurde neu begonnen und bestimmt, welche früheren Beamten die Fachkenntnisse besaßen und in dem neuen demokratischen Verwaltungsapparat zur Mitarbeit herangezogen werden konnten. So verschwand mit dem Nazireich im Osten Deutschlands auch eine Institution, die stets eine der zuverlässigsten Stützen der preußisch-deutschen Reaktion gewesen war: das „unpolitische“

Berufsbeamtentum mit seinem Kastengeist, seinem Pensionsrecht und seinen Privilegien. Bald zeigte sich übrigens, daß die „alten Verwaltungsfüchse“ trotz ihrer Erfahrungen den sich jetzt auftürmenden Problemen sehr oft hilflos gegenüberstanden. Mit ihren Arbeitsmethoden und ihrem Tempo wäre noch über den Krieg hinaus ein großer Teil der Bevölkerung zugrunde gegangen. Die demokratischen Männer und Frauen dagegen gingen mit der Überzeugung an die Arbeit, ein neues Buch in der Geschichte Deutschlands aufzuschlagen und den Weg in eine friedliche Zukunft des deutschen Volkes zu bahnen. Das gab ihnen mit Unterstützung der sowjetischen Kommandos die Kraft, das Chaos zu beseitigen und die ersten Schritte des deutschen Volkes zielbewußt in das neue Leben zu lenken.

Dieses Herangehen an den Aufbau der neuen Verwaltungsorgane hatte große, weit über den Augenblick hinausgehende prinzipielle Bedeutung. Denn die Antifaschisten, die damals in Städten und Dörfern die schwere Verantwortung dafür übernahmen, daß das Leben wieder in Gang kam, schufen gleichzeitig die ersten Keimzellen für einen neuen deutschen Staat. Diese örtlichen Organe wurden später von unten nach oben durch Landesverwaltungen und Zentralverwaltungen zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefügt.

Aber das war schon ein weiterer Schritt in der Entwicklung. Die neue staatliche Verwaltung mußte Schritt für Schritt von unten nach oben aufgebaut werden. Es gab keine politische Kraft in Deutschland, die im Maßstab des ganzen Landes und in den ersten Wochen auch nur im Maßstab von Provinzen und Ländern eine ordnungsmäßige Verwaltung garantieren konnte. Zwischen den einzelnen Orten waren die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen abgerissen. Die drängenden Fragen mußten am Ort selbst gelöst werden, und nur dort konnten sich die neuen demokratischen Verwaltungen das Vertrauen und die Unterstützung der Volksmassen erwerben. Anders vorzugehen hätte den Kontakt mit der Bevölkerung nur erschwert. Dazu kam, daß damals die Grundsätze der Verwaltung Gesamtdeutschlands durch

die vier Besatzungsmächte noch nicht festgelegt waren und dementsprechend auch die Militärverwaltung für das sowjetische Besatzungsgebiet noch nicht bestand.

*

Noch bevor die Kampfhandlungen in Berlin beendet waren, begannen, wie bereits gesagt, die Initiativgruppen der Kommunisten Kontakt mit demokratischen Persönlichkeiten aufzunehmen. Auf ihren Vorschlag wurden durch den Stadtkommandanten, Generaloberst Bersarin, in den jeweils befreiten Stadtbezirken Bezirksbürgermeister eingesetzt.

Die Persönlichkeiten, die den ersten Berliner Magistrat bilden sollten, wurden am 18. Mai von Walter Ulbricht dem Kommandanten von Berlin, Generaloberst Bersarin, vorgestellt und von diesem am 19. Mai in ihr Amt eingeführt. Dieser erste Magistrat war seiner politischen Zusammensetzung nach eine Koalition von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern und bürgerlichen Fachleuten. Die Kommunisten und Sozialdemokraten übernahmen die entscheidenden Funktionen. Zusammen mit Karl Maron, Otto Winzer, Ottomar Geschke und Arthur Pieck arbeiteten der Sozialdemokrat Josef Orlopp, als Leiter des Handels, und solche bürgerliche Politiker wie Dr. Landwehr, der aus dem Kreis der Männer des 20. Juli kam und die Abteilung Wirtschaft übernahm. Das Gesundheitswesen übernahm Professor Sauerbruch, ein früherer Deutschnationaler, der zugleich Chef des Krankenhauses Charité war. Dr. Hermes von der früheren Zentrumsparterie übernahm das Ernährungswesen. Zum Oberbürgermeister wurde Dr. Werner aus Berlin-Zehlendorf, Leiter einer Ingenieurschule, ernannt.

Dieser Magistrat war der erste Magistrat für ganz Berlin. Seine erste Aufgabe war die Wiederingangbringung des wirtschaftlichen Lebens und die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung. Die Mitglieder des Magistrats, die verschiedene politische Ziele und Weltanschauungen vertraten, waren sich darin einig, daß zunächst alle Anstrengungen unternommen werden mußten, damit Berlin aus dem Chaos herauskam. Ein Teil der bürgerlichen Magistrats-

mitglieder, die in Hitlers Konzentrationslagern eingekerkert waren, wollte ehrlich einen neuen Weg gehen. Es gab jedoch auch Politiker darunter, wie zum Beispiel Dr. Hermes, die ihre eigenen Ziele verfolgten und den Wiederaufbau der Wirtschaft und den Aufbau der Verwaltung benutzten, um die politischen Positionen der Bourgeoisie wiederherzustellen. Sie wollten den Weimarer Weg wiederholen. Die Beschlüsse des Magistrats wurden in der Regel einstimmig gefaßt, aber bei der Durchführung zeigten sich verschiedene Auffassungen. Bei einigen Mitgliedern des Magistrats wurde offenkundig, daß sie durch ihre Mitarbeit grundlegende Reformen zu verhindern suchten.

Insgesamt zeigte die Arbeit des ersten Magistrats, daß die Vertreter der Arbeiterklasse gewillt waren, mit den Vertretern kleinbürgerlicher und bürgerlicher Kreise zusammenzuarbeiten, um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu schaffen, und daß eine solche Zusammenarbeit möglich war.

Ein Bild von der Vielfalt der Aufgaben und der Richtung ihrer Lösung geben folgende Beschlüsse aus dem Protokoll der ersten Sitzung des Berliner Magistrats vom 20. Mai 1945:

Finanzen: Der Zahlungsverkehr aller städtischen Kassen wird am 1. Juni d. J. wieder aufgenommen.

Unterstützungen: Unterstützungen erhalten nur solche Personen, die nicht mehr arbeitsfähig sind und keine unterhaltspflichtigen Familienangehörigen haben, und zwar in der Höhe von 55 RM monatlich. Sämtliche bisherigen Renten- und Unterstützungsansprüche gelten wegen Mangel an Mitteln als erloschen, der neugebildete Magistrat kann dafür nicht haftbar gemacht werden.

Lohnzahlungen: Die Arbeiter, die durch städtische Dienststellen zur Arbeit herangezogen werden, sollen, soweit es sich um Handwerker im Beruf handelt, nach den alten Lohnsätzen entlohnt werden. Arbeiter und alle anderen Arbeitnehmer, die außerhalb ihres Berufs beschäftigt sind, werden mit 0,72 RM die Stunde bezahlt.

Gehaltszahlungen: Die Gehälter für Beamte und Angestellte der städtischen Verwaltungen werden bis zur endgültigen Neufestsetzung in 4 Stufen gestaffelt bezahlt, und zwar je nach Qualifikation und Verantwortlichkeit von 150 RM aufwärts bis 450 RM. Der Oberbürgermeister und die Mitglieder des Magistrats erhalten monatlich 450 RM. Alle Arbeiter und An-

gestellten erhalten für den Monat Mai keine Entlohnung. Hierbei handelt es sich um eine vorläufige Regelung.

Steuerfragen: Ab 1. Juni d. J. werden sämtliche Steuern erhoben. Ab 15. Juli werden die ersten Zahlungen einlaufen, erst dann kann Genaueres über deren Höhe bekanntgegeben werden. Die vom Arbeitnehmer eingezogenen Versicherungsbeiträge werden ebenfalls an die Stadtkasse abgeführt.

Mietszahlungen: Die Mieten müssen laufend bezahlt werden. Mieten für Häuser, wo der Hausbesitzer geflohen ist, und für Häuser aktiver Nazis werden von den Bezirksämtern eingezogen. Für den Monat Mai werden keine Mietszahlungen erhoben.

Hauszinssteuern: Die Höhe der bisherigen Steuern wird beibehalten.

Hausverbesserungen: Die Hauseigentümer müssen angehalten werden, mit der Ausführung der Reparaturen zu beginnen. Ebenso sollen die Hausbewohner mit dazu beitragen. Für größere Reparaturen, die seitens der Mieter selbst ausgeführt werden, hat der Hausbesitzer eine Entschädigung zu zahlen. Die Wohnungen müssen registriert werden. Das Bezirksamt ist berechtigt, die Wohnungen der Nazis den Opfern des Faschismus zur Verfügung zu stellen.

Beschlagnahme der Villen: Alle Villen und Schlösser ehemaliger Nazi-Häuptlinge werden beschlagnahmt und nach Möglichkeit der Abteilung Sozialfürsorge zur Verfügung gestellt. In der Frage der Naziwohnungen werden besondere Richtlinien herausgegeben.

Wirtschaft: Die Arbeitszeit wird nicht generell festgelegt, sondern von Fall zu Fall von den Bezirkswirtschaftsämtern im Einvernehmen mit den Unternehmern und Vertrauensleuten der Arbeiterschaft bestimmt. Die Betriebe, deren Inhaber aktive Nazis waren oder geflohen sind, werden vom zuständigen Bezirksamt übernommen und mit Treuhändern besetzt.

Kleinhandel: Jedes Lebensmittelgeschäft muß, will es existenzfähig sein, mindestens 1500 Köpfe beliefern können. Demzufolge sind in verschiedenen Bezirken die Geschäfte einzurichten. Die Kommandantur bestimmt, daß sämtliche eröffneten Geschäfte offen bleiben sollen. Es wird vorgeschlagen, daß die noch anzuliefernden bzw. vorhandenen Lebensmittelvorräte entsprechend der Einwohnerzahl nur an bestimmte Geschäfte abgegeben werden sollen, so daß jedes Geschäft etwa 2000 Einwohner beliefert. Betriebe aktiver Nazis werden hierbei grundsätzlich ausgeschlossen. Alle Lebensmittelgeschäfte müssen von 6 bis 21 Uhr geöffnet sein.

Kohlenversorgung: Die Kohlenversorgung für Berlin und vor allen Dingen für die Energiewirtschaft bedarf einer dringenden Klärung. Die Vorräte für das Großkraftwerk Klingenberg reichen nur noch 10 Tage. Zwecks Heranführung von Kohle und Strom soll die Verbindung mit Mitteldeutschland aufgenommen werden.

Post- und Fernmeldedienst: Am 22. Mai 1945 soll der Brief- und Postkartenverkehr zunächst für den behördlichen Verkehr in der Stadt eröffnet werden.

*

Dank des schnellen Aufbaus der örtlichen Verwaltungsorgane gelang es, den Menschen Mut zur Arbeit zu geben. Das Leben begann wieder zu pulsieren. Im Juli 1945 arbeiteten in Berlin wieder 600, im Oktober 1945 3442 Industriebetriebe (gegen rund 40 000 Betriebe im Jahre 1938). Die tägliche Stromlieferung, die im Mai 1945 in Berlin nur 70 000 Kilowattstunden betragen hatte, stieg bis zum Februar 1946 auf 4 621 000 Kilowattstunden. Die herrenlosen Betriebe und solche, die im Besitz von aktiven Nazis waren, wurden dem Magistrat in treuhänderische Verwaltung übertragen und von antifaschistischen Arbeitern und Ingenieuren geleitet. Arbeitgeberverbände, Wirtschaftsverbände, Fachgruppen und Wirtschaftskammern, diese Hochburgen des Nationalsozialismus wurden aufgelöst. Bis Ende Mai 1945 waren 73 Wirtschaftsorganisationen der Nazis aufgelöst. Die Arbeit von 5000 Angestellten dieser Organisationen wurde von 500 Angestellten des Magistrats geleistet. Der Verkehr entwickelte sich. Im Berliner Verkehrswesen wurden befördert:

	<i>am 23. Mai 1945</i>	<i>am 18. Februar 1946</i>
U-Bahn	70 000 Personen	1 102 000 Personen
Straßenbahn	38 000 Personen	1 305 000 Personen
Omnibus	21 000 Personen	46 000 Personen

Schon im Juni 1945 konnten in Berlin auch die ersten Schulen wieder eröffnet werden. Seit Jahren war kein regelmäßiger Schulunterricht mehr möglich gewesen. Aus den Schulgebäuden hatten die Nazis Kasernen und Lazarette gemacht, und die jungen Menschen hatten sie geistig verkrüppelt. Es war damals wichtiger, Hitlers Geburtstag zu kennen als gediegenes Wissen zu erwerben. Jetzt übernahmen antifaschistische Lehrer und andere Werktätige die schwere Aufgabe, für einen regelmäßigen Schulunterricht zu sorgen und die Kinder von der Straße zu bringen. Da in Berlin

80 Prozent der Schulräume nicht mehr zur Verfügung standen und 80 Prozent der Lehrkräfte ausfielen, war das eine schwierige Aufgabe. Es gab keine Lehrmittel. Da die Nazilehrbücher unverwendbar waren, gab das Schulamt wöchentlich für die Lehrer Merkblätter heraus. Auch eine markenfreie Schulspeisung wurde bald eingerichtet. Um die Seuchengefahr zu bannen, wurde die gesamte Bevölkerung gegen Typhus und Paratyphus geimpft. Die von Monat zu Monat sinkenden Sterblichkeitsziffern im zweiten Halbjahr 1945 zeigten die Erfolge im Aufbau des Gesundheitswesens.

In den anderen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone ging es ebenfalls vorwärts. Die Dresdner „Volkszeitung“ berichtete darüber:

„Unter dem Motto ‚Alles trifft sich am Sonntag früh 7 Uhr zum freiwilligen Arbeitseinsatz‘ hatte die Bezirksverwaltung I die Bevölkerung aufgerufen. 6000 Menschen aller Berufe und Stände, Frauen und Männer, sammelten sich mit ehrlicher Begeisterung und wahrer Lust an den bestimmten Stellplätzen. Die Bezirksverwaltung war offenbar auf diesen Ansturm gar nicht gefaßt gewesen und hatte die Wiederaufbaufreudigkeit der Dresdner Bevölkerung unterschätzt. So war leider die Zahl der Fuhrwerke zu klein, um den Schutt abfahren zu können, den die Tausende von Arbeitswilligen forträumten.“¹

„Bergsteiger Dresdens!

Am Sonntag, dem 15. Juli, treten wir als antifaschistische Sportler zur freiwilligen Arbeit an, um am Wiederaufbau der Stadt Dresden mitzuhelfen... Zeigt, daß ihr Antifaschisten und gewillt seid, eurer Heimatstadt zu helfen.“¹

Am 31. Juli 1945 konnte der Bürgermeister von Mittweida berichten, daß bereits fast 50 Prozent der Mittweidaer Betriebe ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten.

Die meisten Betriebe der Metallindustrie, der keramischen Industrie, der Lederfabrikation, die zahlreichen Spinnereien und Webereien arbeiteten zunächst nur 30–40 Stunden bis zur endgültigen Klärung der Rohstofffrage. Ohne Rohstoff Sorgen war nur eine bereits wieder 48 Stunden arbeitende Verbandstofffabrik.

¹ „Volkszeitung“, Dresden, vom 15. Juli 1945.

„Am Sonntag, dem 5. 8. 1945, zogen 460 Elektriker, Meister, Gesellen und Lehrlinge, auf 64 Dörfer der Umgebung Dresdens, um dringende Reparaturen an Ernte- und Ackergeräten, Elektromaschinen und Stromleitungen vorzunehmen. Auf den Dörfern wurden sie von den Bauern freudig begrüßt, als sie ihre Werkzeuge und Kleinmaterialien auspackten und sofort an die Arbeit gingen. Hier war die Dreschmaschine defekt, und da war die Leitung durch Kriegshandlung beschädigt, dort konnte die Scheune durch unterbrochene Stromzuführung nicht benutzt werden. Überall wurden die kleinen Wunden umgehend geheilt.“¹

Die Landeszeitung der SPD, Landesverband Sachsen, „Volksstimme“, berichtete:

„27 Brücken in 100 Tagen wiederhergestellt. In den letzten Tagen des Krieges hatten die Naziverbrecher auch die Eisenbahnlinie Görlitz-Zittau durch die Sprengung von 27 Brücken völlig unbrauchbar gemacht. Diese Störung wirkte sich bei der Versorgung des Gebietes der Oberlausitz und Ostsachsens außerordentlich nachteilig aus. Nach einer Arbeit von 100 Tagen sind alle Unterbrechungen wieder beseitigt worden, und der erste Zug auf der Kohlenbahn Zittau-Görlitz verkehrte bereits wieder.

Zur Wiedereröffnung der Bahn fand eine kleine Feier zu Ehren der daran beteiligten Arbeiter, Ingenieure, Beamten in Zittau statt, an der auch die Vertreter der Stadtverwaltung von Görlitz und der anliegenden größeren Städte und Gemeinden teilnahmen.“

*

Wenn die Bevölkerung langsam wieder Boden unter den Füßen gewann, so war dabei die praktische Vernunft der Werktätigen, der wachsende Arbeitswille der Bevölkerung und die Initiative der neuen demokratischen Verwaltungen entscheidend. Dabei mußten nicht nur viele objektive Schwierigkeiten überwunden werden, sondern auch das Unverständnis, mit dem noch viele Menschen der entstandenen Lage gegenüberstanden. Natürlich genügte das, was in den ersten Monaten geschaffen worden war, nicht, um auch nur den dringendsten Bedarf zu befriedigen. Manch einer aber, der eine Wohnung, ein Stück Rohr, eine Rolle Dachpappe bekam, nahm dies als Selbstverständlichkeit hin, und wenn ihm ein Antrag abge-

¹ „Volkszeitung“, Dresden, vom 10. August 1945.

lehnt werden mußte, sah er die Schuld nicht bei denen, die für Chaos und Not verantwortlich waren, sondern bei denen, die seine Wünsche nicht befriedigen konnten. Die große Not nahm vielen den Blick für die Erfolge, die, so bescheiden sie noch waren, doch das keimende neue Leben in sich trugen. Neben den Resten der faschistischen Verhetzung trug die aus den anglo-amerikanisch besetzten Teilen Deutschlands herüberströmende Antisowjethetze dazu bei, manche Köpfe zu verwirren.

Für den Polizeidienst wurden besonders zuverlässige und energische antifaschistische Werktätige eingesetzt. Hier war kein Platz für alte Polizeikräfte, die für die Unterdrückung der Werktätigen und den Schutz der Interessen der Militaristen und Ausbeuter gedrillt waren und mit der Nazipolizei, wenn auch nur die geringste, Verbindung hatten. Zum ersten Male entstand in Deutschland eine Volkspolizei, die den Schutz der Interessen der Werktätigen übernahm. Es versteht sich, daß die neue Volkspolizei unter den Bedingungen des Zerfalls und der Demoralisation einen schweren Kampf zu führen hatte, um dem aus dem Chaos geborenen verbrecherischen Treiben und dem faschistischen Banditentum ein Ende zu bereiten. Nicht selten fielen damals noch Werwolfbanden den Werktätigen bei ihrem friedlichen Aufbau in den Rücken. Als zum Beispiel die Berliner Werktätigen mit vielen Mühen die von den Faschisten unter Wasser gesetzten U-Bahnschächte mit den von der Sowjetarmee zur Verfügung gestellten Pumpen trockengelegt hatten, wurden an einigen Stellen des Tunnels Sprengstoffladungen mit Kontaktzündungen gefunden, durch welche die ersten rollenden Züge in die Luft gesprengt worden wären. Hier mußten sowjetische Pioniere unter Lebensgefahr die Sprengkörper beseitigen.¹

So selbstlos und einfallsreich die Arbeiterklasse sich ans Werk machte, so zeigten gewisse Unternehmer, besonders aus den Konzernbetrieben, ihren Unwillen darüber, daß die Besatzungsmacht und die neuen Verwaltungsorgane die Initiative der einfachen Werktätigen förderten und es den Unternehmern unmöglich mach-

¹ Vgl. „Deutsche Volkszeitung“ vom 16. Juni 1945.

ten, aus der Not des Volkes Kapital zu schlagen. In Berlin ereignete sich zum Beispiel folgendes: Im Juni 1945 veranstaltete der Berliner Magistrat eine Zusammenkunft der in Berlin anwesenden Werkinhaber und Vorstandsmitglieder der Klein-, Mittel- und Großbetriebe, um zu beraten, wie die Berliner Wirtschaft schnell wieder in Gang gebracht werden konnte. Schon bei dieser ersten Zusammenkunft wurden von der Gruppe um den Telefunken- direktor und Wehrwirtschaftsführer Schwab nicht etwa der Nazi- staat für die Anlaufschwierigkeiten verantwortlich gemacht, sondern der Magistrat und die sowjetische Besatzungsmacht. Anstatt den Arbeitern und Angestellten für ihre Initiative beim Aufbau der Betriebe dankbar zu sein, bestritt Schwab das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften und verlangte, daß Unter- nehmerverbände und Handelskammern die Leitung der Wirtschaft übernehmen. Die faschistischen und reaktionären Kräfte nahmen also auf die Restauration der Monopolherrschaft Kurs und sabo- tierten den demokratischen Aufbau. Der Vertreter der Arbeiter- klasse wies in dieser Unternehmer- und Handwerkerversammlung gegenüber der Provokation der Konzernherren darauf hin, daß es jetzt notwendig sei, das zu produzieren, was die Bevölkerung brauchte. Diese Produktion erfolge im Betrieb, aber nicht in Unter- nehmerverbänden. Unternehmerorganisationen seien nur von Schaden. Die Grundfrage für die Ingangsetzung der Wirtschaft sei die demokratische Initiative des schaffenden Volkes, die im vollen Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und der Gewerkschaften ihren Ausdruck finden müsse.

Die Unternehmerorganisationen gehörten schon im ersten Welt- krieg zu den Hauptkriegstreibern und schöpften in der Weimarer Republik Riesengewinne aus der Not des Volkes. Sie hatten sich den faschistischen Staatsapparat völlig untergeordnet und kom- mandierten die Wirtschaft im zweiten Weltkrieg. Aus der faschi- stischen Rolle der Unternehmerorganisationen ergab sich von selbst, daß für sie, wenn sie sich auch noch so demokratisch zu tar- nen versuchten, im neuen Deutschland kein Platz mehr sein durfte.

Niemand kann behaupten, daß in der sowjetischen Besatzungs-

zone die Konzernherren kampflos die Waffen gestreckt hätten. Es bedurfte eines langen, harten Kampfes, die Unternehmer in die Schranken zu weisen und schließlich die Betriebe der Konzernherren und Kriegsverbrecher in die Hände des Volkes zu überführen. Das Auftreten der Beauftragten der Konzerne und Banken in den ersten Wochen nach der Zerschlagung des „Dritten Reiches“ waren nur die ersten Formen dieses Kampfes, die bis zur verbrecherischen Sabotage, Diversion und Agententätigkeit gesteigert wurden.

Der Kampf mußte geführt werden nicht nur gegen diese Vertreter des Großkapitals, sondern auch gegen die Unklarheiten und die Unentschlossenheit bei manchen sozialdemokratischen Funktionären, Gewerkschaftsfunktionären und anderen Werktätigen. In diesem Kampf aber konnten sich die Arbeiter im Osten Deutschlands darauf stützen, daß sie sich in der staatlichen Verwaltung, in der Justiz und in der Volkspolizei feste Positionen geschaffen hatten, mit deren Hilfe es gelang, die Feinde des Volkes zurückzuwerfen und ihre materielle Basis zu zerschlagen.

*

Ohne die aufopfernde und selbstlose Tätigkeit und die ständige Hilfe und Anleitung durch die sowjetischen Offiziere und Soldaten wären die deutschen Antifaschisten damals nicht mit den gewaltigen Aufgaben des Wiederaufbaus fertig geworden. Viele Deutsche, die zum ersten Male vor die Aufgabe gestellt waren, Fragen der Wirtschaftsleitung, der Finanzen, der Landwirtschaft, des Bauwesens, des Arbeitskräfteeinsatzes zu entscheiden, erinnern sich mit tiefer Dankbarkeit, wie die Sowjetoffiziere in den Militärverwaltungen und den Kommandanturen der Städte und Kreise aus der Fülle ihrer Erfahrungen heraus sie geduldig berieten, immer neue Ideen entwickelten und auf Probleme hinwiesen, die die in der Verwaltung unerfahrenen deutschen Antifaschisten noch nicht erkannt hatten. Hermann Matern, der in den ersten Monaten nach der Katastrophe das Personalwesen der Dresdner Stadtverwaltung leitete, berichtete darüber:

„Die Bevölkerung hat keine konkrete Vorstellung von den gewaltigen Arbeitsleistungen der sowjetischen Generale, Offiziere und Soldaten, um für unsere Menschen das Leben zu ordnen und den Weg aus der Katastrophe zu bahnen. Generalleutnant Dubrowski und seine Mitarbeiter konnte man Tag für Tag noch morgens 5 Uhr an der aktiven Arbeit finden. Sehr viele Tage in der Woche hatten 24 Stunden Arbeitszeit voller Spannungen und unvorstellbarer Schwierigkeiten, die schnell überwunden werden mußten, weil davon das Leben der Bevölkerung abhing. Viele dieser Sowjetmenschen haben in diesem Kampf gegen das Chaos für die Interessen der deutschen Bevölkerung ihre Gesundheit geopfert.“¹

Durch diese Offiziere kam den deutschen Demokraten die konzentrierte Weisheit eines Volkes zu Hilfe, das sich selbst in Jahrzehnten härtester Kämpfe und größter Schwierigkeiten ein neues Leben aufgebaut hat und ungeheure Erfahrungen in allen Fragen der Leitung von Staat und Wirtschaft, in der Führung großer Massenaktionen und in der Vernichtung der Anschläge der Volksfeinde mitbrachte. Von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erzogen, setzten sich die Sowjetmenschen in Uniform selbstlos für die Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft ein.

Die amerikanische und englische Okkupationspolitik

Im Westen Deutschlands fanden die englischen, amerikanischen und französischen Truppenverbände kaum noch Widerstand, als sie in den letzten Tagen des Krieges im schnellen Vormarsch weit über die in Jalta vereinbarten Demarkationslinien ihrer künftigen Besatzungszonen vorstießen. So wie die Engländer über die Elbe nach Schwerin und Wismar vordrangen, besetzten amerikanische Truppen Thüringen und kamen nach Halle, Magdeburg und Leipzig. Die einfachen amerikanischen Soldaten, welche an der Elbbrücke in Torgau ihre sowjetischen Kameraden umarmten, und die englischen Landser, die östlich Schwerins den ersten Sowjetsoldaten die Hand drückten, ahnten damals nicht, welch dunkles politisches

¹ Hermann Matern, Rede in Dresden am 10. Mai 1950, S. 8.

Spiel Churchill mit ihnen trieb. Schon am 1. April 1945 hatte Churchill an Roosevelt geschrieben:

„Zweifellos werden die russischen Armeen Österreich überrennen und in Wien einziehen. Wenn sie auch Berlin nehmen, ... wird das zu einer Lage führen, welche in Zukunft ernste und furchtbare Schwierigkeiten schafft. Ich halte es deshalb vom politischen Standpunkt aus für notwendig, in Deutschland so weit ostwärts vorzudringen als möglich und uns Berlin als Ziel zu setzen (?), das wir sicher nehmen werden. Das erscheint auch aus militärischen Gründen gegeben (?).“

Zwar erfüllte damals Eisenhower aus eigenen militärischen Erwägungen nicht alle Wünsche Churchills. Er wollte die Opfer der Einnahme Berlins der Sowjetarmee aufbürden. „Not our boys“ war schon damals seine Devise. Aber die Besetzung von Leipzig, Magdeburg, Halle und Thüringen genügte Churchill, am 4. Mai 1945 an seinen Außenminister Eden zu schreiben:

„Die vorgeschlagene Zurückziehung der Armee der Vereinigten Staaten auf die mit den Russen und Amerikanern verabredeten Demarkationslinien würde den Höhepunkt der russischen Herrschaft (Domination) bedeuten, die auf einer Front von 300 oder 400 Meilen um 120 Meilen vorzudringen würde.

Die russischen Reparationsansprüche an Deutschland allein werden derartig sein, daß sie es Rußland ermöglichen, seine Besetzung bis ins nahezu Unendliche auszudehnen, in jedem Fall auf viele Jahre, und während dieser Zeit wird Polen zusammen mit vielen anderen Staaten in der weiten Zone des russisch besetzten Europas versinken ...

Wir haben verschiedene vorteilhafte Trümpfe in unserer Hand... Erstens sollten sich die Alliierten nicht von ihren gegenwärtigen Stellungen auf die Demarkationslinie zurückziehen, solange wir nicht befriedigt sind bezüglich Polens und bezüglich des temporären Charakters der russischen Besetzung Deutschlands und der Bedingungen, die in den russifizierten oder russisch kontrollierten Ländern im Donautal, besonders in Österreich, der Tschechoslowakei und den Balkanländern geschaffen wurden.“

Zwei Tage später prägte Churchill in einem Schreiben an Truman das zum Verhängnis der Welt gewordene Wort vom „eisernen Vorhang“. Die unheilvollen Absichten Churchills bedeuteten eine schwere Belastung für das deutsche Volk. Entgegen

den friedlichen Vereinbarungen von Jalta¹ sollte also die im Kriege bewährte Zusammenarbeit der Siegermächte durch eine Politik der Erpressung und Drohung gegen die Sowjetunion ersetzt werden. Zugleich sollte allen Völkern Europas, die sich im Zuge ihrer Befreiung von der deutsch-faschistischen Unterjochung durch die Sowjetarmee zu Herren ihres Schicksals gemacht hatten, der Kampf angesagt werden. Deutschland, das von Heeren der vier Besatzungsmächte besetzt war, mußte bei seiner politischen und ökonomischen Bedeutung unbedingt zu einem Schwerpunkt der Spannungen werden, die die Churchill-Anhänger diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans suchten. Das deutsche Volk aber hatte, wie alle friedliebenden Völker, kein Interesse an Spannungen und Gegensätzen, die den Frieden bedrohten. Es war zutiefst daran interessiert, daß durch Zusammenarbeit der Besatzungsmächte, so wie in Jalta vereinbart, der deutsche Faschismus und Militarismus mit seinen Wurzeln ausgerötet, dem deutschen Volke selbst aber Gelegenheit gegeben wurde, durch friedliche Arbeit ein würdiges, demokratisches Leben aufzubauen und wieder einen ehrenvollen Platz unter den friedliebenden Völkern einzunehmen.²

Das deutsche Volk hatte vor allem ein Lebensinteresse an der Erhaltung der Einheit seines Landes, für das die besten Deutschen

¹ Siehe „Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, Berlin 1954, S. 17: „Unsere Zusammenkunft hier auf der Krim hat unseren gemeinsamen Entschluß von neuem bestätigt, die *Einheitlichkeit* der Zielsetzung und des Vorgehens, welche den Vereinten Nationen den Sieg in diesem Krieg ermöglicht und gesichert hat, *im kommenden Frieden aufrechtzuerhalten und zu stärken*. Wir glauben, daß dies eine heilige Pflicht ist, deren Erfüllung unsere Regierungen ihren eigenen Völkern sowie den Völkern der Welt schulden.

Nur durch fortlaufende und wachsende Zusammenarbeit und Verständigung unter unseren drei Ländern und unter allen friedliebenden Nationen können die höchsten Bestrebungen der Menschheit verwirklicht werden, nämlich ein sicherer und dauerhafter Frieden, der, in den Worten der Atlantik-Charta, „Gewähr dafür bietet, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not verbringen können.“

² Vgl. „Die Erklärung von Jalta“ in „Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 12.

seit Jahrhunderten gekämpft hatten. Eine auf der These vom „eisernen Vorhang“ aufgebaute Politik der westlichen Besatzungsmächte barg zwangsläufig eine furchtbare Bedrohung für die Einheit Deutschlands in sich.

Ebenso gefahrdrohend für das deutsche Volk aber war die damals noch geheime Direktive des amerikanischen Generalstabs JCS 1067, die, im offenen Widerspruch mit den in Jalta getroffenen Vereinbarungen, dem amerikanischen Kommando direkt verbot, dem deutschen Volk beim Wiederaufbau zu helfen und Kurs auf die Spaltung Deutschlands nahm. Dort hieß es wörtlich:

„Die deutschen Angelegenheiten sollen so behandelt werden, daß sie zu einer *Dezentralisierung* der politischen und administrativen Struktur des Landes und zu der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung beitragen. Zu diesem Zwecke werden Sie alle Autonomiebestrebungen bei den provinziellen, örtlichen und Stadtverwaltungen unterstützen ...

Deutschland wird nicht besetzt, um befreit zu werden, sondern weil es ein besiegtes feindliches Land ist. Es liegt Ihnen nicht die Aufgabe ob, die Deutschen zu unterdrücken. Sie haben nur die Aufgabe, gewisse wichtige Ziele der Alliierten in Deutschland zu verwirklichen. Ihre Besatzungs- und Verwaltungspolitik soll hart, aber gerecht und distanziert sein. Allen Versuchen, mit deutschen Beamten oder mit der deutschen Bevölkerung zu *fraternisieren*, muß entgegengewirkt werden.

... Sie werden dafür sorgen, daß Sie alle Kontrollmaßnahmen rigoros durchführen, durch die die wirtschaftliche Abrüstung Deutschlands erreicht werden muß. Soweit dies nicht nach vorstehenden Gesichtspunkten notwendig ist, wollen Sie *keine Maßnahmen* ergreifen, die a) dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands dienen oder b) das Ziel haben, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken ...

Im Kontrollrat werden Sie *unter keinen Umständen* Vorschläge machen oder Vorschläge unterstützen, die eine zentralisierte Kontrolle der deutschen Wirtschaft bezwecken.“¹

Schon die ersten Schritte des amerikanischen und des englischen Oberkommandos zeigten den Geist, in dem sie an die Lösung der Besatzungsaufgaben herangingen: nicht als Befreier und Helfer des deutschen Volkes, wie die Sowjetarmee, sondern als Imperialisten, die die Aufrechterhaltung der alten gesellschaftlichen Ver-

¹ „Dokumentation der Zeit“, 1950/5, S. 220/221.

hältnisse in Deutschland auf ihre Fahne geschrieben hatten. Sie nutzten zwar ihre militärische Macht in Deutschland gern aus, um sich von lästigen deutschen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu befreien, dachten aber gleichzeitig an künftige gute Geschäfte mit den deutschen Monopol- und Bankherren und taten alles, um deren Macht zu erhalten und Westdeutschland zum Bollwerk gegen die demokratischen und fortschrittlichen Ideen zu machen, die im Osten Deutschlands verwirklicht wurden.

Der Grundunterschied zwischen dem Herangehen der Besatzungsmächte bestand eben darin: Die Sowjetunion erkannte den Hitlerfaschismus als die offene brutale Herrschaft der deutschen Rüstungsmagnaten, Bankherren und Junker und sah deshalb in deren Unschädlichmachung die Hauptaufgabe der Besatzung in Deutschland. Das war zugleich die wichtigste Aufgabe des deutschen Volkes. Die imperialistischen Westmächte jedoch wollten den Pelz des Bären waschen, ohne ihn naß zu machen, indem sie einige besonders abstoßende barbarische Züge des deutschen Faschismus beseitigten, einige formal-demokratische Rechte einführten, aber die Wurzel des Übels, die Macht der deutschen Monopolherren, retteten. Das widersprach den Lebensinteressen des deutschen Volkes und hinderte es, die damals günstigen Bedingungen auszunutzen, um seine historische Aufgabe zu lösen und der Herrschaft der Kriegsinteressenten in ganz Deutschland ein Ende zu bereiten.

Die Lage in den Teilen Deutschlands, die die anglo-amerikanischen und französischen Heere besetzt hatten, war natürlich am Kriegsende kaum anders als in den von den Sowjettruppen besetzten Gebieten. Zwar war hier auf weiten Strecken die Besetzung schnell und kampflös vor sich gegangen. Aber Bombenterror und Kriegshandlungen hatten auch hier viel zerstört, die Wirtschaft war zerrüttet, die Landwirtschaft ruiniert, die Vorräte aufgebraucht, geplündert und ausgebrannt. Auf den Straßen zogen Flüchtlingstrecks. Die Menschen waren in ihrer überwiegenden Mehrheit verwirrt und hoffnungslos. Die führenden Nazis hatten sich in ihre Schlupfwinkel verkrochen. Nicht wenige waren ins Ausland geflohen. Die Autorität der deutschen Verwaltungsstellen war, soweit

sie noch bestanden, geschwunden. Die Aufgaben und die Möglichkeiten in West und Ost der deutschen Heimat waren also die gleichen: Ordnung schaffen, die Versorgung organisieren, eine demokratische Verwaltung aufbauen und so die Voraussetzungen für eine demokratische, friedliche Entwicklung schaffen. Bei aller Lethargie der Bevölkerung gab es auch hier wie im Osten politisch bewußt-demokratische Kräfte, insbesondere in der Arbeiterklasse, die gewillt und fähig waren, die Grundlagen für ein neues Leben des deutschen Volkes zu schaffen. Die Bedingungen hierfür waren auch in Westdeutschland nicht weniger günstig als im Osten. Ein deutscher Machtapparat stand den Imperialisten nicht mehr zur Verfügung. Die deutschen Bank- und Rüstungsherren zitterten vor dem Zorn des Volkes und riefen nach den Bajonetten der Besatzungsmacht, um die Entmachtung des deutschen Imperialismus zu verhindern. Adenauer schrieb schon im Juni 1945:

„Die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten ist auf lange Zeit dringend notwendig. Deutschland ist unfähig, sich selbst zu regieren. Aber um dem deutschen Volk Mut und Hoffnung einzuflößen, muß es soviel Bewegungsfreiheit wie möglich erhalten, wie ein Pferd im Geschirr, dem man die Zügel überläßt.“

Bereits die ersten Schritte des anglo-amerikanischen Kommandos in Deutschland zeigten, daß es nicht beabsichtigte, den Volkskräften Impulse und Lebensmut zu geben oder ihnen auch nur freie Hand zu lassen. Die Initiative der Arbeiterklasse und der Werktätigen wurde bewußt gehemmt.

Mit den amerikanischen Truppen kamen Beauftragte der Militärregierung in die besetzten deutschen Städte, die auf besonderen Schulen in den USA für ihre Arbeit in Deutschland vorbereitet worden waren. Die Wirtschaftsexperten der obersten Armeeestäbe der USA führten mit Wehrwirtschaftsführern und anderen bevollmächtigten Vertretern der deutschen Großkonzerne Verhandlungen über die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Industrie.

Das Zusammenspiel beispielsweise der amerikanischen Kali-gruppe mit dem deutschen Kalisyndikat kennzeichnete sich dadurch,

daß den amerikanischen Wirtschaftsoffizieren die im Kaliwerk Krügershall in Teutschenthal eingelagerten Dokumente des Kalisyndikats in die Hände gespielt wurden. Vom ersten Tage an wurde die Zusammenarbeit mit den leitenden Direktoren der Mansfeld AG, der Anhaltischen Kohlenwerke, des Wintershall-Konzerns und der IG Farben im mitteldeutschen Gebiet gesichert.

In den Leunawerken, im Bunawerk Schkopau, in den Bitterfelder IG-Betrieben und im Geiseltal wurden schon in den ersten Tagen nach der Besetzung durch amerikanische Streitkräfte in Zusammenarbeit mit Vertretern der Konzernleitungen Techniker, Ingenieure, Chemiker und Wissenschaftler ausgewählt und listenmäßig erfaßt, die in langer Vorbereitungsarbeit dafür ausersehen waren, in der amerikanischen Kriegsindustrie zu arbeiten. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen getroffen, sie mit ihren Familien abzutransportieren.

Da es in Eisleben Antifaschisten gelungen war, die Stadtverwaltung zu besetzen, wurde unter dem Einfluß der Generaldirektion des Salzdetfurth-Konzerns der antifaschistische Oberbürgermeister von der Stadtkommandantur entfernt und durch einen von der Generaldirektion der Salzdetfurth AG Vorgeschlagenen ersetzt.

Die Linie dieser Arbeit der amerikanischen Besatzungsoffiziere war vorgezeichnet durch die Vertreter der Finanzmagnaten im amerikanischen Generalstab, die sich in diesen Fragen von reaktionären deutschen Emigranten, wie dem ehemaligen Reichskanzler Brüning und einigen rechten Sozialdemokraten, beraten ließen. Mit dem geistigen Gepäck solcher Reaktionäre ausgerüstet, sahen die Offiziere der Militärregierung ihre Hauptaufgabe in Deutschland darin, keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zuzulassen und den Zorn des Volkes zunächst in einer Atmosphäre des Abwartens, der Unsicherheit, des Schweigens und der Not abkühlen und ersticken zu lassen. Jede politische Tätigkeit war der deutschen Bevölkerung verboten. Versammlungen waren untersagt. Lange Zeit durften nicht mehr als drei Personen auf der Straße zusammenstehen. Die einzige Informationsquelle der Bevölkerung war während mehrerer Monate allein eine von den Besatzungsmächten herausgegebene Zeitung.

In Leipzig, wo beim Einrücken der amerikanischen Verbände das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ die Macht der Hitlerclique zerschlagen hatte, untersagte das amerikanische Kommando bald nach seiner Ankunft die Tätigkeit dieses Komitees. Am 26. April 1945 mußte die Bezirksleitung Leipzig des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ folgendes mitteilen:

„Auf Anordnung der alliierten Militärregierung ist jedwede Tätigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ bis auf weiteres untersagt. Bis Sonnabend, dem 28. 4. 1945, 12 Uhr müssen sämtliche Geschäftsstellen, Büros usw. geräumt sein. Bis zu diesem Termin muß ebenso das gesamte Straßenbild von unseren Veröffentlichungen (Flugblättern, Plakaten) gesäubert sein.

Wer nach dem festgelegten Termin sich weiter im Namen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ betätigt, macht sich strafbar und muß mit seiner Festnahme rechnen.“

Die sowjetischen Kommandanten suchten, wenn ihre Truppen einen Ort besetzt hatten, Verbindung mit bewährten Antifaschisten und Demokraten und bildeten aus ihnen eine neue Verwaltung. Die Anglo-Amerikaner ließen alte Naziverwaltungen im Amt und ersetzten nur geflohene oder allzu kompromittierte Beamte durch Leute aus Kreisen der bürgerlichen Geschäftswelt, die ihnen alle Gewähr für die Erhaltung des deutschen Monopolkapitals und gewinnversprechende Geschäftsbeziehungen boten.

Es gibt zahlreiche Fälle, in denen selbst die alten Nazibürgermeister und Polizeipräsidenten in Amt und Würden blieben, sogar SS-Offiziere und Gestapobeamte wurden zu Polizeioffizieren gemacht.¹ Oft setzten die Amerikaner dienstwillige Sozialdemokraten und frühere Gewerkschaftsfunktionäre als Beamte ein, die als Antifaschisten galten und gleichzeitig die Gewähr boten, gegen

¹ Vgl. Richard Squires, „Auf dem Kriegspfad. Aufzeichnungen eines englischen Offiziers“, Berlin 1951, S. 86/87 und 91. Dort zahlreiche weitere Beispiele.

So wurden in Hamburg der ehemalige Kommandeur einer SS-Einheit Boysen, der auf der Kriegsverbrecherliste stand, Oberinspektor und der SS-Offizier aus dem deutschen Geheimdienst Witt Chefinspektor der Polizei.

jede radikale Umgestaltung der Verhältnisse aufzutreten. In Thüringen setzten sie den Sozialdemokraten Dr. Brill als Ministerpräsident ein. Er tat nichts, um den Verwaltungsapparat zu verändern und eine neue Ordnung zu schaffen. In Leipzig wurde der bürgerliche Rechtsanwalt Dr. Vierlinger als Oberbürgermeister eingesetzt. Überall ergab sich das gleiche Bild: Die Bevölkerung wartete auf etwas Neues, aber es geschah nichts. Die Trümmer blieben liegen, alles wartete ab. Die Lebensmittelrationen waren weit geringer als in der sowjetischen Besatzungszone. Die Amerikaner aber dachten nicht daran, zu helfen.

„Wir werden keine Anstrengungen machen, die Industrie wieder aufzubauen, und es interessiert uns nicht, ob Banken offen oder geschlossen sind. Wir denken nicht daran, den Deutschen zu helfen. Die drei Millionen DPs müssen von Deutschland ernährt und eingekleidet werden!“

Das erklärte damals der Chef für Zivilangelegenheiten der 7. amerikanischen Armee einem Reuter-Korrespondenten.

Nicht anders war die Lage in der englischen Besatzungszone. Der englische Oberstleutnant Purton berichtete kürzlich über die große Enttäuschung, die ehrliche englische Demokraten damals in Deutschland von seiten ihrer eigenen Kommandostellen erleben mußten.

„Unsere Besatzungsaufgabe schien uns, Deutschland zu demilitarisieren, demokratisieren und denazifizieren. Wer sollte Deutschland regieren? ...

Wir erhielten Befehle, uns auf die regulären Polizeikräfte zu stützen und den alten Oberbürgermeister der Stadt wieder zu ernennen ...

Eines Tages erschien ein Deutscher in unserem Bataillonsstab in der alten Stadt Lübeck ... Er trug ein antifaschistisches Abzeichen. Zu dieser Zeit war uns nicht erlaubt, mit Deutschen zu fraternisieren. Die oberste Entscheidung Montgomerys zum deutschen Problem lautete: ‚Es ist nicht unsere Aufgabe, die wirklichen Demokraten herauszufinden, sich mit ihnen anzufreunden und die Nazis zu bestrafen.‘

Glücklicherweise befähigten mich meine deutschen Sprachkenntnisse, ein heimliches Zusammentreffen mit diesem Antifaschisten in einer Arbeiterwohnung in der Nähe des Bataillonsstabes zu verabreden. Dieser Freund sagte mir, er könnte eine Liste von vielen Nazis und Fabrikbesitzern aufstellen, welche als Kriegsverbrecher sofort verhaftet werden müßten. Ich versprach, den Leiter der Gruppe zu unserem Feldsicherheitsstab zu bringen ...

Unsere Bemühungen waren zwecklos. Das Gespräch wurde nur benutzt, um die deutschen Widerstandskämpfer abzustößeln. Als ich mich darüber beschwerte, wurde mir gesagt, daß wir schon genug Scherereien mit den Antifaschisten gehabt hätten. Das britische Kommando suchte angesehene Geschäftsleute und Grundbesitzer in Amt und Würden des neuen Deutschlands zu setzen, die gleiche Klasse, die Hitler an die Macht gebracht und den zweiten Weltkrieg verursacht hatte.“

Manche hohe Offiziere traten selbst so offen für die reaktionären faschistischen Kräfte im Staats- und Wirtschaftsapparat ein, daß sie angesichts der öffentlichen Meinung untragbar wurden. So mußte der amerikanische General Patton im Sommer 1945 sein Kommando in Bayern abgeben, weil er offen erklärt hatte, er sähe nicht ein, warum er sich von „seinen besten Deutschen“ trennen sollte.

So zeigte sich also bereits unmittelbar nach dem Sturz des Hitlerregimes, daß die westlichen Besatzungsmächte den alten reaktionären Staat des Monopolkapitals wieder festigten. Damit blieb den deutschen Imperialisten ihre Hauptwaffe erhalten, mit deren Hilfe sie ihre Machtpositionen wieder ausbauen konnten. Während die Initiative der Volkskräfte unterdrückt wurde, ermunterten die anglo-amerikanischen Militärbeamten die deutschen Reaktionäre in den großen Aktiengesellschaften, Handelskammern, Unternehmerverbänden und Wirtschaftsvereinigungen, berieten sich mit ihnen und machten ihre ersten gemeinsamen Geschäfte. Die Besatzungsbeamten in den Wirtschaftsabteilungen, selbst zum großen Teil Manager von Riesentrusten, weigerten sich unerbittlich, Leute in der Industrie zu bestätigen, die nicht schon früher Direktoren oder Eigentümer von Industrieunternehmen waren. Keine Veränderung in der „Führung der Industrie“, lautete eine strikte Anweisung der Wirtschaftsabteilung der britischen Kontrollkommission.

Unter diesen Umständen versteht sich, daß Westdeutschland unter dem Besatzungsregime der Imperialisten sehr schnell zu einer Zone der Dschungelmoral wurde, in der die ehrliche Arbeit der Werktätigen wenig galt und der Weizen der Schieber blühte. Eine Art Naturschutzgebiet für Kriegsverbrecher und Volksfeinde, Jun-

ker und Kriegsgewinnler wurde hier geschaffen. Geflohene Volksverräter aller Nationen konnten ihre Haufen sammeln. In dieser Atmosphäre gesellte sich zu den uniformierten Vertretern der Konzernherren eine ganze Armee von kleinen Schiebern, Geschäftemachern und Gangstern, welche die Gesetze der Londoner und Chikagoer Unterwelt nach Deutschland brachten, um aus der Not des deutschen Volkes Profit zu schlagen. Es gibt Beispiele, in denen amerikanische Kommandostellen die Erteilung von Lizenzen für die Aufnahme der Produktion von einer persönlichen Beteiligung am Betrieb abhängig machten und so eine Privatsteuer von 5-10 Prozent auf die gesamte Wirtschaft eines Ortes legten. Bei der britischen Rhein-Armee hob im Juli 1945 ein großer Teil der Offiziere und Mannschaften seinen Sold nicht mehr ab, weil sie durch Handel mit Zigaretten und Nahrungsmitteln im Gelde schwammen.

Für das Schicksal des deutschen Volkes und das ehrliche Streben der deutschen Antifaschisten, einen Ausweg aus der Katastrophe zu finden, gab es Achselzucken und Ablehnung. Besonders empörend war, daß die Opfer des Faschismus, die eben aus den Konzentrationslagern befreiten Antifaschisten, völlig sich selbst überlassen waren und ihnen weder mit Lebensmitteln noch mit Wohnung und Kleidung geholfen wurde. In der Nähe des Konzentrationslagers Buchenwald liefen unter der amerikanischen Besetzung wochenlang die ehemaligen KZ-Häftlinge in ihren gestreiften Anzügen umher und waren auf Betteln angewiesen.

Was damals noch als vorübergehend, zusammenhanglos und örtlich bedingt, manchmal von den zufälligen politischen Launen örtlicher Kommandanten abhängig erscheinen mochte, erwies sich jedoch bald als Teil eines von den führenden Kräften des anglo-amerikanischen Monopolkapitals und deren Vertretern in den Besatzungsorganen bewußt eingeschlagenen, gefährlichen politischen Kurses. Es handelte sich für diese Kriegsinteressenten und Volksfeinde darum, Minen gegen das Streben der Völker nach einem dauerhaften Frieden zu legen und es ihnen zu verwehren, ihren eigenen Weg zu gehen. Schon 1945 sprachen, ähnlich wie Churchill,

der amerikanische Außenminister Byrnes und sein damaliger Berater John Foster Dulles von einer Politik der Nichtbefriedigung (no - appeasement). In einer solchen Politik mußten die deutschen Militaristen mit ihren Erfahrungen in Fragen des Völkermordens und der Unterdrückung wichtige Faktoren sein, die eines Tages wieder offen in Rechnung gesetzt werden konnten.

Das war die Grundlinie der Besatzungspolitik der Churchill und Truman in Deutschland, die, durch mancherlei feierliche Reden über Frieden, Demokratie, Menschenrechte getarnt, schon in ihren ersten Taten zum Ausdruck kam und später immer offener und systematischer durchgesetzt werden sollte.

In der Darstellung westdeutscher Politiker und Publizisten erscheint die erste Periode der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland als eine Periode der Unvernunft und der Herrschaft des Morgenthau-Plans, der erst später eine Periode der Einsicht, der Vernunft und der Hilfe, die Periode der Truman-Politik und des Marshallplans, folgte. Vom Standpunkt der anglo-amerikanischen Imperialisten aus aber gibt es keine Gegensätze im Wesen der Besatzungspolitik in diesen Perioden. Der Morgenthau-Plan war niemals eine politische Realität gewesen und von Roosevelt und Churchill fallengelassen worden, bevor er überhaupt bekannt wurde.¹ Die anglo-amerikanischen Kriegsinteressenten brauchten in Deutschland eine Übergangsperiode, um festen Fuß zu fassen und den Zorn des Volkes gegen den deutschen Faschismus zum Abklingen zu bringen und demokratische Bewegungen unter ihre Kontrolle zu bekommen. Sie hatten den Krieg als Antihitlerkrieg geführt; eine offene Verbrüderung mit den deutschen Faschisten, Militaristen und ihren Hintermännern aus der deutschen Rüstungsindustrie war damals noch nicht möglich. Ebenso brauchten die deutschen Imperialisten eine solche Zwischenperiode, in der über ihre Verbrechen Gras wachsen mußte, bevor sie offen erneut ihre Ansprüche auf Führung im deutschen Volk anmeldeten. Für die anglo-amerikanischen Kriegsinteressenten hatte diese Zeit indessen auch eine wirtschaftliche Seite: eine solche Über-

¹ Vgl. Kai Moltke, „Krämer des Krieges“, S. 286 ff.

gangsperiode bot den anglo-amerikanischen Imperialisten als Besatzungsmacht Gelegenheit, sich unangenehmer Konkurrenzunternehmen zu entledigen, deutsche Patente und Industrieerfahrungen zu stehlen und mit unmittelbarer Gewalt bei den deutschen Industriekapitänen zu erpressen und zu diktieren, was sonst am Verhandlungstisch hätte ausgehandelt und bezahlt werden müssen.

Alles dies kennzeichnet diese Periode als eine für die anglo-amerikanischen Imperialisten notwendige Vorbereitungszeit, bis sie offen ihren deutschen Geschäftspartnern unter die Arme greifen konnten. Kennzeichnend ist, daß in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, wo die amerikanischen Besatzungsheere nur etwa zwei Monate blieben, sofort eine massive Hilfe für die deutschen Monopolesellschaften organisiert wurde. Auf amerikanischen Lastwagen wurden Konstruktionsunterlagen und Patente, Wertpapiere und Barmittel abtransportiert. Aus Jena wurden die Spitzenkräfte der Firmen Zeiß und Schott nach Westdeutschland verschleppt. Unumwunden schrieb das „Düsseldorfer Handelsblatt“ am 5. Mai 1954:

„Den Ausgangspunkt für den neuen Aufstieg der Carl-Zeiß-Stiftung in Westdeutschland bildete die zwangsweise Übersiedlung von 126 Spitzenkräften des Zeißwerkes und des Glaswerkes Schott & Gen. am 24. und 25. Juni 1945 durch die Amerikaner . . . Die Belegschaft des neuen Stammwerkes in Oberkochen beläuft sich auf fast 2000 Personen, davon stammt ein Drittel aus Jena . . .“

Aus den großen Betrieben des IG-Farbenkonzerns in Mitteldeutschland, z. B. Farbenfabrik Wolfen und Agfa-Wolfen, wurden ganze Wagenladungen mit Rezepten sowie viele in deren Anwendung erfahrene Fachleute nach Westdeutschland verschleppt. Von Krupp-Gruson, Magdeburg, und Wolf-Buckau verschwanden viele Facharbeiter mit den von ihnen bedienten Spezialmaschinen nach Westdeutschland. In Leipzig nahmen die Amerikaner bei ihrem Abzug 12 wissenschaftliche Mitarbeiter des Physikalischen Instituts der Universität mit sich. Es handelte sich dabei um den Mitarbeiterstab des bekannten deutschen Kernphysikers Professor

Heisenberg. Es ging bei alledem nicht nur darum, die großen geistigen und materiellen Werte der Großbetriebe und Forschungsarbeit für die amerikanischen und deutschen Monopolherren zu stehlen, sondern es sollten vor allem Minen gelegt werden gegen den Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone und gegen den Frieden der Welt.

Während die erste Garnitur der Konzerndirektoren und der Spitzenkräfte aus der Intelligenz mit den Amerikanern nach dem Westen verschwand, ließ man andere zurück in der Hoffnung, daß diese die Konzernvermögen zusammenhalten, die Verbindungen mit den geflohenen Konzernleitungen aufrechterhalten und alles tun, um das deutsche Volk zu hindern, von den Konzernbetrieben Besitz zu ergreifen und sie zu nutzen. Viele solcher Agenten und Spione, wie Bökelmann und Plünnecke von den Deutschen Solvay-Werken in Bernburg, Brundert und Herwegen, die im besonderen Auftrag der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft in der Landesregierung von Sachsen-Anhalt die Interessen der Konzerne vertraten, und andere wurden später entlarvt und vor Gericht gestellt, soweit sie nicht nach dem Westen entkamen.¹

Die deutschen Imperialisten spürten natürlich sofort, daß in dem Wind, der sich unter der westlichen Besatzungsmacht im Westen Deutschlands erhob, ihr Weizen bald wieder blühen würde. Aus jahrelangen Geschäftsverbindungen kannten die Ilgner, Schnitzler, Krupp, Kirdorf, Reusch, Rechberg, Pferdenges und Adenauer den amerikanischen General Draper als Teilhaber der Bank Dillon, Read & Co., den ersten britischen Militärgouverneur General Robertson als Vorsitzenden der Dunlop Gummi-Company und viele andere uniformierte Geschäftemacher. Sie konnten mit Recht überzeugt sein, daß solche Leute die Dinge als nüchterne Geschäftsleute ansehen würden und man schließlich und endlich wieder mit ihnen ins Geschäft kommen könnte. Als die amerikanischen Besatzungsbehörden in die Hochburg der IG-Farbenindustrie in Frankfurt am Main einzogen, wurden sie von Georg von Schnitzler,

¹ Urteil des Obersten Gerichts der DDR in Strafsachen, Bd. I, S. 7 und 104.

einem der führenden Männer des Trusts, mit den Worten empfangen: „Meine Herren, es wird mir ein aufrichtiges Vergnügen sein, wieder mit ihnen zusammenzuarbeiten.“ Einer der führenden Männer des Krupp-Konzerns, Eduard Houdremont, erklärte einem amerikanischen Journalisten schon im Mai 1945:

„Wir werden wahrscheinlich amerikanische Anleihen brauchen, aber die Welt wird sich wundern, wie rasch Krupp wieder auf die Beine kommt.“¹

Indessen war die Zeit der offenen Verbrüderung noch nicht gekommen. Die einfachen Menschen in der ganzen Welt wußten, daß die deutschen Monopolherren als die eigentlichen Herren Hitlerdeutschlands die Initiatoren des zweiten Weltkrieges gewesen waren, daß sie die besetzten Gebiete ausgeraubt, Milliarden an der Produktion von Kanonen, Panzern und Flugzeugen verdient und Millionen ausländischer Zwangsarbeiter in ihren Betrieben zu Tode gehetzt hatten. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt, nicht zuletzt auch das amerikanische Volk, verlangte Verhaftung und Bestrafung dieser Kriegsverbrecher und Brechung der Macht der Monopole, so wie es in den Vereinbarungen von Jalta festgelegt war. Es bedurfte jedoch erst eines bedeutenden Druckes der öffentlichen Meinung, den die Sowjetregierung wirksam unterstützte, um die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte zu veranlassen, wenigstens einige der übelsten Kriegsverbrecher aus den Kreisen der Industriellen hinter Schloß und Riegel zu setzen. Ihr Gefängnis-aufenthalt erwies sich sehr bald als eine Schutz- und Ehrenhaft und dauerte nicht länger als notwendig war, um Zeit zu gewinnen und unter dem Druck der Besatzungsmacht und der von ihr entfalteteten Hetzkampagne die öffentliche Empörung gegen die Kriegsverbrechen der Krupp und Konsorten etwas in Vergessenheit zu bringen.

Unter diesen Umständen konnte Max Ilgner, ein Leiter des IG-Farben-trusts, im Gefängnis prahlen, daß ihn seine amerikanischen Freunde schon herausholen würden. Durch einen amerikanischen Offizier schmuggelte er die Anweisung an seine

¹ Zitiert bei Kai Moltke, „Krämer des Krieges“, S. 335.

Mitarbeiter aus dem Gefängnis, den alten Stab und die Organisation der IG Farben um jeden Preis intakt zu halten, da die Amerikaner eines Tages dem Trust die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit gestatten würden. Der Kriegsverbrecher Schacht, der sich rühmt, in 80 Aufsichtsräten deutscher Aktiengesellschaften gesessen zu haben, erklärt kaltschnäuzig über seine Nürnberger Haftzeit:

„Man brauchte offenbar für den geplanten Kriegsverbrecherprozeß prominente Wirtschaftler unter den Angeklagten. Was mich betraf, so wußte ich, daß die amerikanische Regierung über meine antihitlersche Haltung von Kriegsbeginn an auf das genaueste unterrichtet war. Ich baute auf diese amerikanische Kenntnis meine ganze Einstellung und sah der weiteren Entwicklung furchtlos entgegen.“

Bekanntlich hatten sich Schacht und Konsorten nicht verrechnet. Arnold Rechberg, ein Leiter der deutschen Kaliindustrie, einer der Einpeitscher des Hitlerfaschismus, der seit Beginn des Jahrhunderts immer eine Art ideologischer Wegweiser des deutschen Großkapitals gewesen war, lancierte bald nach dem Eintreffen der anglo-amerikanischen Besatzer einen Plan zur Rettung der deutschen Wirtschaft. Wie stellte sich Rechberg die Zukunft Deutschlands vor, nachdem die Pläne, die anglo-amerikanischen Partner während des Krieges zu einem Frontwechsel zu veranlassen und so die deutschen Monopole vor der Niederlage zu bewahren, gescheitert waren? Er blieb dabei, daß eine Auseinandersetzung zwischen den westlichen Imperialisten und der Sowjetunion unvermeidlich sei, in welcher die Anglo-Amerikaner das deutsche Rüstungspotential und seine Kriegserfahrungen nicht entbehren könnten. In einer Art Wiederaufbauprogramm des deutschen Monopolkapitals entwarf Rechberg noch im März 1945 einen Plan zur Aufteilung und Ausbeutung – der Sowjetunion durch gemeinschaftliche Gesellschaften der deutschen, amerikanischen, französischen und englischen Imperialisten.¹

¹ „Ich denke“, so schrieb Rechberg, „daß eine große Perspektive auf eine außerordentliche künftige Prosperität besteht, wenn Rußland durch eine

Zur Verständigung der deutschen mit den anglo-amerikanischen Partnern schlug Rechberg vor, daß die Bankhäuser und Truste von New York und London 23 Prozent aller deutschen Aktiengesellschaften übernehmen sollten:

„Die Beteiligung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs an den deutschen Schlüsselindustrien würde ihnen die Kontrolle über diese Industrien verschaffen. Amerikanisch-britisch-französische Durchdringung und ihre Verschmelzung mit deutscher Industrie soll dadurch garantiert werden, daß sie ihre militärischen Interessen kombinieren.

Nach meiner Auffassung ist die politische Vergangenheit der deutschen Industrieführer heute ohne Bedeutung. Es kommt allein darauf an, daß die meisten von ihnen großes geschäftliches Wissen und bedeutende Erfahrungen in der Verwaltung von Schlüsselindustrien, besonders in schwierigen Zeiten und unter schwierigen Bedingungen, besitzen. Meiner Auffassung nach werden die Engländer und Amerikaner eine Zusammenarbeit mit dem deutschen Kapital nicht vermeiden können. Deshalb ist es notwendig, tüchtige deutsche Industrieführer, die jetzt interniert oder von ihrem Posten entfernt sind, zu amnestieren und sie in ihre früheren Stellungen wiedereinzusetzen.“

Auch für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne dieser Pläne wußte Rechberg Rat: eine neue verstärkte Auflage der Sowjethetze, für die er das Programm lieferte, verbunden mit einer neuen Welle des Antisemitismus. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, so zeigen diese Dokumente, daß die Hitler und Goebbels zwar in den Staub der Geschichte getreten waren, ihre Ideologie aber lebte, weil sie der Geist vom Geiste des deutschen Monopolkapitals gewesen war. Die deutschen Imperialisten haben sich 1918 nicht geschlagen gegeben, sie gaben sich auch 1945 nicht geschlagen, boten sich der Weltreaktion als Stoßtrupp gegen

gemeinsame Aktion der großen zivilisierten Nationen vom Bolschewismus befreit werden könnte. Das russische Volk wird aus eigener Kraft nicht imstande sein, auf die Füße zu kommen. Die USA, England, Frankreich und Deutschland sollten ihm dabei helfen. Meiner Ansicht nach wäre es das beste, diese Aufgabe den Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu übertragen, an denen die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland zu je einem Viertel beteiligt sein sollten.“

alles Fortschrittliche in der Welt an und lieferten ihr Stichworte für ihre weitere Politik in Deutschland.

So zeichneten sich schon in den ersten Wochen nach der Zerschlagung des „Dritten Reiches“ die Klassenfronten in Deutschland erneut ab: Auf der einen Seite die deutschen Arbeiter, mit denen alles war, was im deutschen Volk gesund dachte, den Frieden liebte und Demokratie und Wohlstand für das ganze Volk wollte; auf der anderen Seite die Konzernhaie mit ihrem militaristischen und faschistischen Anhang und ihren Helfershelfern in der Maske von Demokraten. Zum großen Glück für das deutsche Volk befand sich unter den Besatzungsmächten die sozialistische Sowjetunion, die ihm in seinem Kampf um Frieden und Demokratie half und seine Einheit und Unabhängigkeit verteidigte.

Vereinbarungen der Oberkommandierenden über die Entnazifizierung und Demokratisierung

Am 5. Juni 1945 berieten in Berlin die Oberkommandierenden der vier Besatzungsmächte als Vertreter ihrer Regierungen über die Organisation ihrer Zusammenarbeit und die nächsten gemeinsamen Maßnahmen in Deutschland. In den vier auf dieser Konferenz unterzeichneten Deklarationen¹ wurden die Umriss einer gemeinsamen Deutschlandpolitik mit dem Ziel der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung sichtbar. Die NSDAP wurde in ganz Deutschland für endgültig aufgelöst und illegal erklärt. Alle deutschen Streitkräfte sollten restlos entwaffnet werden. Die Rüstungsproduktion wurde verboten. Jede Diskriminierung auf Grund von Rasse, Glauben oder politischer Überzeugung wurde untersagt. Die Verhaftung und Bestrafung der Kriegsverbrecher war vorgesehen.

¹ Deklaration in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands; Erklärung über den Kontrollmechanismus in Deutschland; Erklärung über die Besatzungszonen in Deutschland; Erklärung über die Konsultation mit Regierungen anderer Vereinter Nationen.

Das Schwergewicht lag bei diesen Besprechungen der Oberkommandierenden auf den organisatorischen Formen ihrer Zusammenarbeit. Nach der Zerschlagung des Hitlerstaates existierten in Deutschland keine deutschen Machtorgane, die fähig gewesen wären, die Verantwortung für die Verwaltung des Landes und die Durchführung der bedingungslosen Kapitulation zu tragen. Deshalb mußten die Regierungen der Besatzungsmächte zunächst selbst die oberste Regierungsgewalt übernehmen. In einer Erklärung hierzu wurde der vorläufige Charakter dieser Maßnahme betont. Wenn auch vorläufig keine deutsche Regierung gebildet werden konnte, so wurde – dank der nachdrücklichen Forderung des sowjetischen Vertreters – das Fortbestehen des deutschen Staates ausdrücklich anerkannt.

„Die Übernahme der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse zu den vorstehend genannten Zwecken bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands!“

heißt es in der Erklärung.

Das Wort „Zerstückelung“ verschwand entgegen den westlichen Vorschlägen aus den Dokumenten der Konferenz. Als höchstes Organ für alle Fragen, die Deutschland als Ganzes betrafen, wurde der aus den vier Oberbefehlshabern bestehende Alliierte Kontrollrat gebildet. Dieser sollte seine Beschlüsse einstimmig fassen und

„die notwendige Einstimmigkeit des Handelns der Oberbefehlshaber in ihren entsprechenden Zonen sichern, ebenso wie auch die Einstimmigkeit der Beschlüsse in den Hauptfragen, die Deutschland als Ganzes betreffen“¹.

Die Besatzungszonen wurden bestätigt, wie sie auf der Krimkonferenz festgelegt waren. Die vier Oberbefehlshaber bekannten sich also in ihren Entschließungen zu den schon in Jalta vereinbarten Grundsätzen einer gemeinsamen Politik der Siegermächte in Deutschland und verpflichteten sich, in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen auf der Grundlage einstimmig gefaßter Beschlüsse zusammenzuarbeiten. Das bedeutete, daß

¹ Erklärung über den Kontrollmechanismus in Deutschland vom 5. Juni 1945.

Deutschland als wirtschaftliche und politische Einheit behandelt werden sollte. Dieses später im Potsdamer Abkommen bestätigte System der Zusammenarbeit der Besatzungsmächte hätte dem deutschen Volk seinen Weg aus dem Chaos der Nachkriegszeit zu einem einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschland erleichtern können, wenn bei den imperialistischen Mächten der Wille zur Zusammenarbeit bestanden hätte.

Um die einheitliche Verwaltung Deutschlands zu ermöglichen und damit die Herstellung der Einheit Deutschlands zu fördern, stimmte die Sowjetunion dem Wunsche der Westmächte zu, sie auch an der Besetzung Berlins zu beteiligen. Die Westmächte verpflichteten sich dabei, auch in Berlin eine gemeinsame, auf Einstimmigkeit beruhende Politik durchzuführen und erklärten sich bereit, an einer Alliierten Militärkommandantur, unter Leitung des Kontrollrats, teilzunehmen. Entsprechend diesen Abmachungen zogen sich die anglo-amerikanischen Armeen in den ersten Julitagen von der Demarkationslinie zurück und besetzten die Westsektoren Berlins. Am 11. Juli 1945 übernahm die Interalliierte Militärkommandantur die Verwaltung von Groß-Berlin. Die Militärkommandanten aller vier Sektoren bestätigten in vollem Umfange einstimmig die vom sowjetischen Stadtkommandanten bisher durchgeführten Maßnahmen. Damit erklärten sich auch die Westmächte für die Einheit eines demokratischen Berlins. In der folgenden Zeit jedoch haben ihre Taten gezeigt, daß sie die Viermächtebeschlüsse über Berlin grob verletzt und ihre Anwesenheit in Westberlin zur Organisierung von Spionage- und Diversionstätigkeit gegen die sowjetische Besatzungszone und später gegen die Deutsche Demokratische Republik ausnutzten.

*

Nachdem die Organisationsformen der alliierten Besatzung in Deutschland festgelegt worden waren, übernahm am 9. Juni 1945 die Sowjetische Militärverwaltung die höchste Gewalt für die sowjetische Besatzungszone. Zum Obersten Chef wurde der Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow ernannt. Bei der Übernahme dieser

Funktion konnte sich die Sowjetische Militärverwaltung darauf stützen, daß in den sowjetisch besetzten Gebieten örtliche Selbstverwaltungen aus deutschen demokratischen Kräften die Arbeit begonnen und eine erste Ordnung hergestellt hatten. Aber das genügte nicht, um die Kräfte des deutschen Volkes zu aktivieren. Jetzt war eine weitere Belebung der politischen und gesellschaftlichen Tätigkeit der deutschen Bevölkerung in demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen notwendig.

Während in den Westzonen zu dieser Zeit der deutschen Bevölkerung noch jede politische Tätigkeit verboten war, zeigte das sowjetische Kommando durch den Befehl Nr. 2, vom 10. Juni 1945, erneut, daß es seine Aufgabe von vornherein darin sah, das demokratische Leben in Deutschland zu wecken. Vertrauen zur Kraft des deutschen Volkes und Sorge um die Rechte und Interessen der deutschen Werktätigen spricht aus den Worten dieses Befehls, den der sowjetische Sieger knapp einen Monat nach der Kapitulation an die Bevölkerung des besiegten Landes richtete:

„Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen. Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -organisationen zu bilden... Auf Grund des Vorstehenden sind alle faschistischen Gesetze sowie alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Anordnungen, Instruktionen usw. aufzuheben, die die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften und Organisationen untersagen und gegen demokratische Freiheiten, bürgerliche Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind.“¹

¹ „Berliner Zeitung“ vom 10. Juni 1945; siehe im Anhang, S. 368/369.

Berliner Zeitung

Nummer 21

Samstag, den 10. Juni 1945

1. Jahrgang

Demokratie

Die Niederlage, die der deutsche Nationalismus in zweiter Weltkrieg erlitten hat, ist nicht nur eine militärische, sondern auch eine moralisch-politische Niederlage. Zerschlagen ist nicht nur die von Hitler geschaffene Kriegsmaschine, mit deren Hilfe er die Welt zu erobern versuchte, sondern auch die Ideologie und Politik des Nationalismus, zerschlagen ist seine „neue Weltanschauung“, die Hitler und seine Handlanger dem deutschen Volke aufzwingen wollten. Die Hitlerpartei war eine Partei deutscher Imperialisten, die die überlebenden Imperialisten unter allen Imperialisten des Welt sind. Die Hitlerpartei war ein Feind der demokratischen Freiheiten, die Partei der mittelalterlichen Reaktion und des Rosters Pogroms. Hitler und seine Clique schufen das Regime des ungeheuren Terrors und der Tyrannei nicht nur in den besetzten und eroberten Ländern, sondern auch in Deutschland selbst. Hitler verbot die Demokratie und blies das von ihm geschaffene Regime für stärker, fester und dauerhafter als alle demokratischen Regime in anderen Ländern. In der Tat war das Regime des Terrors und der Tyrannei nicht die Stärke, sondern die Schwäche des Hitlerregimes und eine der Ursachen seiner Niederlage.

Das deutsche Volk konnte in diesem Kriege nicht von hohen Idealen geleitet werden, weil der Hitlerkrieg ein Eroberungskrieg und Raubkrieg war, weil die deutschen Armeen den anderen Völkern Verwüstung und Tod brachten. Um das Volk von dem barbarischen Krieg zu befreien, trugen er und seine Clique sie in den Gewässern des Weltregimes und der Welt Armeen, Marschall Stalin, hat noch am 22. Februar 1942 in seinem Befehl Nr. 25 gesagt:

„In der sozialistischen Presse wird manchmal darüber geschrieben, daß die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk zu zerstören und das deutsche Volk zu vernichten. Das ist natürlich eine demagogische Lüge und eine direkte Verleumdung der Roter Armeen. Solche Lügen können nur die Rote Armee schaden und lassen sie nicht helfen. Die Rote Armee hat sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus ihrem Lande zu vertreiben und den Bewohnern von den feindlichen Besatzungsmächten zu befreien. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg die Befreiung der Bewohnern der Besetzten Länder von der Herrschaft der Feinde bringen wird. Wir werden eine solche Befreiung herbeiführen. Es ist aber unwahrscheinlich, die Hitlerkriege mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Befreiung der Besetzten Länder, das die Hitlerkriege und ihre Handlanger, aber das deutsche Volk, das deutsche Staat bleiben.“

Die Sowjetunion und die Rote Armee haben einen Befreiungskrieg, aber nicht Eroberungskrieg geführt. Die Okkupation Deutschlands durch die Truppen der

Demokratische Freiheiten in der Sowjetzone

Im sowjetisch besetzten deutschen Gebiet die Bildung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften gestattet

Pressekonferenz bei Marschall G. K. Stukow und A. J. Wyschinski

Berlin, 9. Juni (TASS). Bei dem Oberbefehlshaber der sowjetischen Okkupationsarmee in Deutschland, Marschall G. K. Stukow, und beim Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, A. J. Wyschinski, fand eine Pressekonferenz statt, an der sowjetische Korrespondenten mit Marschall Stukow besorgniserregende scharfe Fragen, die ihn in die Angelegenheiten der Entwicklung der demokratischen Politik der vier Mächte bezüglich Deutschland, beschäftigten.

„Dieses Problem ist vollständig klar, vollständig aus den Besätzen unserer Presse über den Kontext, ich habe keine besondere Meinung in dieser Frage.“

„Die zweite Frage, die mir gestellt wurde“, führte der Marschall weiter aus, „und folgende: Können ich einige Beispiele, über die entstehende Parteien in Berlin bekanntgeben, die bisher noch nicht veröffentlicht wurden? Die Reaktion um Berlin war eine entscheidende. Wir hatten uns dazu sehr ernstlich vorbereitet. Für diese Reaktion, die eine entscheidende war, haben wir genügend Kräfte herangezogen und die Operation so durchgeführt, daß sie das vollste Erfolg verdingte. Wir hatten in dieser Operation so viel Kampfmittel — Luftwaffen, Panzer, Artillerie — zusammengezogen, um in kürzester Frist den Widerstand des Gegners zu brechen und das Berlin selbst schrittweise zu befreien. Die Operation war in allem Hinsicht sehr sorgfältig vorbereitet. Eine besondere Aufmerksamkeit war der Zusammenstellung aller Kampfmittel gewidmet. Die Deutschen erwarteten keinen Erfolg. Weil wir versahen, daß sie unsere Politik gerade in Richtung Berlin erwarteten, erregten wir sehr lange, wie wir die Operationen durchführen wollten, daß er für den Gegner unvorstellbar konnte. Um den Deutschen eine Überraschung großer Mäglichkeit zu bereiten, schloß ich in meiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der sowjetischen Armee, an der Front der gesamten Front. Verrät unternehmen wir eine übliche Artilleriebeschießung, während ich in meine Richtung ausging, nicht erwartet hatten. Sie dachten, daß wir aufgewartet in der Nacht handeln würden, doch sie dachten nicht, daß die der Generalangriff sein würde. Nach der Artilleriebeschießung starteten wir einen schrittweisen Frontangriff. Dabei wurden von uns mehr als 4000 Panzer eingesetzt, die von 2000 Artillerie- und Kampfmaschinen unterstützt wurden. Das ist ein sehr wichtiger Sieg.“

Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

den 10. Juni 1945.

Berlin

Am 2. Juni dieses Jahres wurde die Stadt Berlin von den Sowjettruppen besetzt. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, kapitulierten und stürzte Tausende unterzeichnete Deutschland die Urkunde über die bedingungslose sowjetische Kapitulation. Am 3. Juni wurde im Namen der Regierung der UdSSR der Sowjetischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich die Deklaration über die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten in Deutschland durch die Regierungen der genannten Länder veröffentlicht. Vom Augenblick der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen an wurde auf dem Gebiet der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Organe der städtischen, kulturellen und politischen Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen.

Zu Vorstehendem BEFEHLE ICH:

1. Auf dem Territorium der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbestimmung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen.
2. Der wirklichen Bevölkerung der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist das Recht zur Veranstaltung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aktivitäten einzurichten und Organisationen zu bilden.
3. Alle in den Punkten 1 und 2 genannten antifaschistischen Parteien, Organisationen und freien Gewerkschaften sollen ihre Vorschläge und Programme der Tätigkeit bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten registrieren lassen und ihnen gleichzeitig die Liste der Mitglieder ihrer führenden Organe geben.
4. Es wird bestimmt, daß für die ganze Zeit des Okkupationsregimes die Tätigkeit aller in Punkt 1 und Punkt 2 genannten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und entsprechend

*Das antifaschistisch-demokratische Programm
des Neuaufbaus Deutschlands*

Schon am Tage darauf gab das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands mit einem Aufruf an die deutschen Werktätigen in Stadt und Land den Auftakt für eine stürmische Entwicklung des demokratischen Lebens. Daß gerade die Kommunisten als erste ihre Stimme erhoben und sich als Motor des demokratischen Aufbaus erwiesen, war eine notwendige und gesetzmäßige Erscheinung. Keine andere deutsche Partei konnte mit solcher Autorität in dieser schweren Lage dem deutschen Volk die Gründe der nationalen Katastrophe erklären, ihm helfen, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, und den Weg zu einem demokratischen Leben zeigen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte bereits auf ihren Parteikonferenzen 1955 in Brüssel und 1959 in Bern die Politik des gemeinsamen Kampfes aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte begründet.

Die Kommunistische Partei Deutschlands war stets die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus gewesen. Ihre Warnungen, Hitler werde Deutschland in eine furchtbare Katastrophe stürzen, waren jetzt durch die eigenen Erfahrungen des Volkes bestätigt. Die Kommunisten hatten an erster Stelle im Widerstandskampf gegen die Nazibanden gestanden und die schwersten Opfer in diesem Kampf gebracht. Sie hatten stets das Banner des wissenschaftlichen Sozialismus und des proletarischen Internationalismus, das sie von den größten Söhnen Deutschlands, Karl Marx und Friedrich Engels, übernommen hatten, in Ehren gehalten und sich nicht mit Opportunismus, Antisowjet-hetze, Kompromissen und mit der Politik und Ideologie des Faschismus beschmutzt.

Von Karl Liebknecht und Ernst Thälmann erzogene Kommunisten hatten schon in den ersten Tagen nach der Befreiung vom Faschismus die Initiative ergriffen und dem deutschen Volk bei den ersten Schritten in die Freiheit beigestanden. Keine andere Partei in Deutschland hatte eine solche geschichtliche Legitimation

und ein solches wissenschaftliches Fundament, einen solchen Schatz von Kampferfahrung und soviel konstruktive Ideen wie die Kommunisten. In dem Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 hieß es:

„Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir:

Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion! Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt! . . .

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden! Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen

Deutsche Volkzeitung

Numer 1 / 1. Jahrgang

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Berlin, 13. Juni 1945

Feste Einheit! der demokratischen Kräfte

Von Wilhelm Ploch

Wir stehen an einem historischen Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands. Es gilt, unser deutsches Volk aus dem Elend und aus der nationalen Katastrophe herauszuführen, in die es durch das verbrecherische Naziregime gestürzt wurde. Ein neues Deutschland gilt es zu schaffen, neue Wege zu beschreiten, damit das deutsche Volk wieder ein würdiges Leben gewinnen, das kostbare Gut der Inneren Freiheit gesichert und eine Wiederholung der imperialistischen Gewalt- und Kriegspolitik verhindert werden kann, die unser Volk im Verlauf eines Menschenalters zum zweiten Mal in so großes Unglück und Verderben gestürzt hat.

Vergessen wir dabei nie! Hitler konnte nur zur Macht gelangen und den zweiten Weltkrieg entfesseln, weil und es nicht gelang, die Einheit der demokratischen Volkskräfte im Kampf gegen den Hitlerismus für Frieden und Freiheit zu schaffen. Darum lobt uns die Vergangenheit mit aller Eindringlichkeit:

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Nur durch die Einheit der antiimperialistischen demokratischen Kräfte kann das schwere Verhängnis des Wiederaufbaus gelingen und die Zukunft unseres Volkes gesichert werden!

Es gibt es kein höheres Gebot der Stunde, kein dringenderes Interesse aller schaffenden Menschen als die Herstellung jener festen Einheit der antiimperialistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte, wie sie im Aufbruch des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 vorgeschlagen wird.

Wie das Gelegenheit hatte, sich ein wahres Bild

der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Rainen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ebemals fruchtbare Gebiete verödet und verlassen. Die Wirtschaft ist desoragniert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, des das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefer Not und größter Elend getötet.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland herein- gebrochen, und aus den Reinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Starben, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anführer und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Kettel, Jodel und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röbling, Pöschgen und Siemens.

demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen erschlag und die besten Deutschen einsperren, martern und Köpfe ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größen Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren „und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Hasenlehre, des „Kampfes um Lebensraum“, den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgte, als er ihnen einen ungedeckten Mittags- und Abendbrotlich auf Lorien aufer- Volker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! Schaffendes deutsches Volk!

anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!¹

Die grundlegende Orientierung auf die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Umwälzung und die Vernichtung der Grundlagen des deutschen Imperialismus bedeuteten: Übernahme der bedeutenden Funktionen in den Verwaltungsorganen und in der Wirtschaft durch Antifaschisten; entschädigungslose Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer; Bestrafung der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher und die Abrechnung mit ihren großindustriellen Hintermännern durch Überführung der Konzerne, Banken und Großbetriebe in die Hände des Volkes sowie Auflösung der Unternehmerorganisationen. Nur durch Vernichtung dieser materiellen Grundlagen des deutschen Imperialismus konnten auch die faschistische Ideologie und die militaristische Tradition in Deutschland getilgt werden. So konnte das deutsche Volk vollenden, wofür die besten Deutschen seit einem Jahrhundert gekämpft hatten, zum ersten Male in seiner Geschichte konnte es als freies Volk über das deutsche Land und seine Reichtümer verfügen und ein Deutschland der friedlichen Arbeit mit friedlichen Beziehungen zu den anderen Völkern schaffen. Im Kampf um diese Ordnung einigte sich die deutsche Arbeiterklasse nach der langen Zersplitterung und konnte auf sicherem Fundament ihrer eigenen Einheit alle fortschrittlichen Kräfte zum Aufbau des neuen, demokratischen Lebens zusammenführen. Dieser Kampf mußte zu einer wahren Schule demokratischer Verantwortung werden, die das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickelte und die antifaschistischen Kräfte mit den notwendigen Erfahrungen in der staatlichen Verwaltung und in der Wirtschaft vertraut machte.

¹ Siehe im Anhang, S. 370–379.